

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 1**

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Beginn: 14.07 Uhr - Ende: 22.13 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer heutigen Ratssitzung.

Besonders begrüßen möchte ich unsere Gäste hier im Gürzenich und die Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, die heute anwesend sind, sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, besonders Frau Laugwitz-Aulbach, die heute zum letzten Mal als Beigeordnete an einer unserer Ratssitzungen teilnimmt,

(Beifall)

und unsere neue Stadtdirektorin, Frau Blome, zu ihrer ersten Ratssitzung in dieser Funktion.

(Beifall)

Natürlich begrüße ich auch Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Wir werden zu Beginn der heutigen Sitzung den Nachfolger von Frau Blome als Leiter des Verkehrsdezernats und noch zwei weitere Beigeordnete wählen.

Wie Sie wissen, haben wir heute mit über 20 Anträgen und über 120 Vorlagen eine anspruchsvolle Tagesordnung vor uns.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich wieder alle mit dem QR-Code hier an den Türen über Ihre Corona-Warn-App zu dieser Sitzung eingecheckt haben, und würde Ihnen gerne noch einmal erläutern, dass die Maskentragungspflicht am Platz für die heutige Sitzung aufgehoben ist. Bitte tragen Sie die Maske aber bei allen Gängen - auch zum Rednerpult, wo die Maske dann wieder abgesetzt werden kann -, und halten Sie sie mindestens bereit, um sie immer dann tragen zu können, wenn Sie nicht den Mindestabstand einhalten können.

Meine Damen und Herren, Sie haben bei der vergangenen Ratssitzung beschlossen, den Livestream der Ratssitzung attraktiver zu gestalten und darüber hinaus in einer Mediathek im Anschluss an unsere Sitzungen abrufbar zur Verfügung zu stellen.

Ich finde es wirklich gut, dass ich Ihnen mitteilen kann, dass der Livestream bereits ab heute zeitgleich auch in Gebärdensprache übertragen wird

(Beifall)

und, wie bereits bei der vergangenen Sitzung, nicht nur über unsere Internetseite abrufbar ist, sondern auch über Facebook und Twitter.

Da gibt es eine sehr beeindruckende Zahl: Alleine in diesen sozialen Netzwerken wurde die letzte Ratssitzung mehr als 13 000 Mal aufgerufen. Das ist eine bemerkenswerte Zahl, die ich auch kaum glauben konnte. Aber Zahlen lügen ja nicht, wie wir wissen.

Auch die Mediathek wird bereits für diese Sitzung zum ersten Mal zur Verfügung stehen. Unbearbeitet steht der Mitschnitt circa eine Stunde nach Ende des öffentlichen Teils der Ratssitzung zur Verfügung. Die überarbeitete Version mit weiteren Funktionen wie zum Beispiel der Suchfunktion ist dann nach drei Tagen abrufbar.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie natürlich noch einmal darauf hinweisen, dass Sie jederzeit die Möglichkeit haben, uns vor einem Wortbeitrag einen Hinweis zu geben, damit Ihre Rede nicht live übertragen oder auch nicht aufgezeichnet wird.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute Frau Jäger entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Hölzing-Clasen, Herrn Kaske und Herrn Erkelenz.

Wie immer legen wir zunächst die Tagesordnung fest. Im Entwurf sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Änderungsanträge sind beim jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter den Tagesordnungspunkten 4.4 bis 4.11, die haushaltsrechtliche Unterrichtung unter TOP 7.2.2, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 10.50 und 10.51, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.7 bis 17.11 und die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung unter Tagesordnungspunkt 18.1 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.12 bis TOP 24.15.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 3.2,1, 3.2.2, 10.10, 10.11, 10.15, 10.43, 10.45 und 17.10.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Weisenstein.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 2

(vom Redner ungelesene Fassung)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wir hatten noch eine Reihe von 17er-Punkten nachgereicht. Die haben Sie jetzt nicht aufgerufen, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, die sind mir noch nicht bekannt, aber vielleicht der - - Zugesetzt wurde TOP 17.11 - und mehr nicht. Die sind mir noch nicht bekannt. Wann sind die gekommen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]:
Heute Vormittag!)

Der Antrag der LINKEN liegt unter TOP 17.11 vor, Herr Weisenstein. Aber ich finde es richtig, dass wir das jetzt klären. Sonst geraten wir gleich ins Trudeln.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Eine Sekunde, bitte! - Die sind zusammengefasst! Alles klar!)

- Alles okay? - Gut.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich beantrage für meine Fraktion, im nichtöffentlichen Teil die Punkte 21.1 und 24.12 zusammen zu behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 21.1 und 24.12 gemeinsam. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, wir wollen den Antrag unter Punkt 3.1.19 „Schwimmbäder prioritär für Nichtschwimmer*innen-Kinderkurse öffnen“ zurückziehen und uns bei der Verwaltung bedanken, dass dies jetzt in sehr gutem Umfang für die Schwimmkurse geschieht.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. Danke schön.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Diesen Punkt wollen wir zurückziehen.

Beim Punkt 24.12 geht es um die RheinEnergie. Dieser Punkt ist im nichtöffentlichen Teil. Wir denken, dass es ein sehr hohes öffentliches Interesse an diesem Thema gibt, und beantragen daher, das im öffentlichen Teil zu verhandeln - zumindest die Debatte. Ich denke, dass das von den Redner*innen zu gewährleisten ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dass daran ein hohes öffentliches Interesse besteht, will ich überhaupt nicht bestreiten, Herr Zimmermann. Aber im Gegensatz zu Ihrer Einschätzung glaube ich, dass es sehr schwierig zu gewährleisten ist, sich dazu im öffentlichen Teil zu äußern. Ich würde daher vorschlagen, dass wir es nach wie vor im nichtöffentlichen Teil behandeln.

Wir stimmen aber natürlich darüber ab, wo es behandelt wird. Wer für die Behandlung im öffentlichen Teil ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist erkennbar eine Minderheit. Enthaltungen? - Von Volt. Dann bleibt es bei der Behandlung im nichtöffentlichen Teil. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch einmal zur Klarstellung: Ich gehe davon aus, dass, wenn die Verwaltung geprüft hat, ob Sachen im nichtöffentlichen Teil behandelt werden müssen, das dann auch so ist.

Daher haben wir uns jetzt nicht in der Lage gesehen, über diese rechtliche Einschätzung überhaupt abstimmen zu können. - Dies vielleicht nur noch einmal zur Klarstellung, weil es für uns eine rechtliche Frage ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für Ihr Vertrauen. Ich habe trotzdem, um die Souveränität des Rates ernst zu nehmen, darüber abstimmen lassen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Aber wir sind unter dem Eindruck, dass es rechtlich nicht möglich ist, und wenn es rechtlich nicht möglich ist, dann - -

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber die Abstimmung ist ja gelaufen. Herr Hammer, wenn Sie zur Tagesordnung sprechen möchten, würde ich Sie jetzt darum bitten.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 3

(vom Redner ungelesene Fassung)

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Dann komme ich einmal zur weiteren Tagesordnung.

Wir beantragen, dass wir den Tagesordnungspunkt 3.1.17¹ zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.1.21 und 3.1.23 behandeln, da sie alle das gleiche Themenfeld betreffen.

Außerdem würden wir gerne den Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 3.1.9 zusammen mit der Verwaltungsvorlage unter TOP 10.51 behandeln, da es auch dort um den gleichen Themenkomplex geht.

Ferner beantrage ich für unsere Fraktion, dass wir den Tagesordnungspunkt 24.9 aus dem nichtöffentlichen Teil, zu dem ja im Finanzausschuss schon Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, heute nicht beraten, sondern gegebenenfalls im Hauptausschuss dann wieder aufrufen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf zum Tagesordnungspunkt 10.49.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.49. - Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beantragt für TOP C, Wahl einer*s Beordneten für Dezernat IX, geheime Wahl.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, der Kollege Zimmermann hat soeben pauschal beantragt, den Punkt Rhein-Energie in den öffentlichen Teil zu ziehen. Das finde ich grundsätzlich richtig. Aber meines Erachtens muss man die Thematik um die RheinEner-

gie differenziert betrachten. Da gibt es Möglichkeiten, sie zum Teil im öffentlichen Teil und zum Teil im nichtöffentlichen Teil zu diskutieren.

Insbesondere war unsere Absicht, mit dem Antrag unter Punkt 21.1 Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, die Gelegenheit zu geben, in angemessenem Umfang die Öffentlichkeit zu informieren. Daher möchte ich darum bitten, dass der Punkt 21.1 im öffentlichen Teil behandelt wird. Wir würden uns sehr über eine Einschätzung Ihrerseits in der Öffentlichkeit freuen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt stimmen wir irgendwie zweimal über das Gleiche ab.

(Zuruf von der LINKEN)

- Doch, natürlich. Herr Zimmermann ist sicherlich nicht davon ausgegangen - wenn ich mir jetzt anmaßen darf, das zu sagen -, dass alles öffentlich behandelt werden soll. Er hat gesagt: Die Wortmeldungen kann man so fassen, dass man das, was nichtöffentlich ist, auch nichtöffentlich lässt. - So habe ich Sie verstanden, Herr Zimmermann.

Und nichts anderes wollen Sie im Grunde auch. Sie wollen ja nicht, dass hier nichtöffentliche Teile öffentlich behandelt werden.

Ich lasse der guten Ordnung halber noch einmal darüber abstimmen. Wer ist für die öffentliche Behandlung des Punktes 21.1? - Herr Joisten ist jetzt dagegen, dass ich noch einmal abstimmen lasse. Ich habe hier die Sitzungsleitung. Ich lasse das jetzt noch einmal abstimmen, und zwar in Bezug auf den Punkt 21.1.

(Christian Joisten [SPD]: Es geht um eine rechtliche Bewertung! Das war die Frage!)

- Die rechtliche Bewertung hat die Verwaltung vorgenommen, so wie Herr Hammer das unterstellt hat, als es auf die Tagesordnung gekommen ist.

Ich zitiere aus Ihrer eigenen Geschäftsordnung, meine Damen und Herren. § 2 Abs. 4 letzter Satz lautet:

Über Ausnahmen entscheidet der Rat mit der Mehrheit der Stimmen der Ratsmitglieder.

¹ Anmerkung: Gemeint war TOP 3.1.12 (s. Klarstellung auf Seite 33 des Wortprotokolls)

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 4

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Christian Joisten [SPD]: Das ist aber nicht die Fragestellung! - Bernd Petelkau [CDU]: Hier geht es um Geschäftsgeheimnisse!)

- Herr Petelkau, mir ist vollkommen klar, dass es hier um Geschäftsgeheimnisse von Unternehmen geht. Darum haben wir das in den nichtöffentlichen Teil eingeordnet.

Gleichwohl habe ich nach Ihrer Geschäftsordnung darüber abstimmen zu lassen. Wir stimmen also ganz deutlich auch darüber ab, ob es geht oder nicht. Ich stelle das deswegen noch einmal zur Abstimmung. Und dann sollten wir auch die Diskussion über die Geschäftsordnung beenden. Sie können sich gerne eine neue Geschäftsordnung geben.

(Heiterkeit)

Wir sind noch bei diesem Tagesordnungspunkt - - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja gerade auch eine Abstimmung vollzogen, und Sie haben unser Abstimmungsverhalten beobachten können.

Gleichwohl halte ich es für unerlässlich, der Öffentlichkeit zu erklären, warum es nicht möglich ist, dass dieser Tagesordnungspunkt geteilt wird. Genau dieses Ansinnen hatten wir nämlich auch an die Verwaltung herangetragen. Wegen des Hinweises, dass es rechtlich nicht zulässig ist, haben wir akzeptiert, dass es im nichtöffentlichen Teil bleibt. Aber genau diese Erklärung ist jetzt gegenüber der Öffentlichkeit auch einmal abzugeben. Die Verantwortung liegt dann nämlich in dieser rechtlichen Bewertung und nicht bei der freien Entscheidung dieses Rates. Das macht den großen Unterschied aus.

Deswegen möchte ich darum bitten, die inhaltlich-rechtliche Bewertung, warum es nicht teilöffentlich verhandelt werden kann, uns und damit der Öffentlichkeit hier noch einmal darzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht glauben Sie der Kämmerin das mehr als mir. Dann soll sie bitte als Rechtsdezernentin dazu

Stellung nehmen. - Darf ich Ihnen die Geschäftsordnung noch einmal geben, oder liegt sie Ihnen vor? - Okay. Bitte.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal ganz kurz zur Erläuterung: Grundsätzlich sind Dinge öffentlich zu behandeln. Allerdings gilt eine Verschwiegenheitspflicht der Ratsmitglieder vor allem für Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich und besonders vorgeschrieben ist.

Als ihrer Natur nach geheim definiert § 30 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung solche Angelegenheiten, „deren Mitteilung an andere dem Gemeinwohl oder dem berechtigten Interesse einzelner Personen zuwiderlaufen würde.“ Dazu zählt insbesondere die Verletzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. In diesem Fall drohen tatsächlich auch Schadenersatzansprüche.

Nun ist es schwer, die genauen Geschäftsgeheimnisse zu umreißen, ohne auf nichtöffentliche Teile der heutigen Behandlung einzugehen. Ich will es gleichwohl grob versuchen, ohne das Vertraulichkeitsprinzip zu verletzen.

Die Behandlung der Rheinland-Kooperation - das ist die Einschätzung der Verwaltung - wäre allenfalls nur auf ganz wenige Teile der Transaktion beschränkt möglich, ohne Geschäftsgeheimnisse der RheinEnergie/GEW zu verletzen.

In dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass es, wie bei solchen Transaktionen üblich, Vertraulichkeitserklärungen - auch mit Schadenersatz bewehrt - gibt, weil es hier tatsächlich um veritable Geschäftsinteressen der beteiligten Partner - auch für den Fall, dass eine solche Kooperation nicht zustande kommen sollte - geht. Das betrifft insbesondere Aussagen, die Wettbewerbern Rückschlüsse auf das künftige Marktverhalten der RheinEnergie und der rhenag ermöglichen würden, sodass hier die Positionen des Unternehmens im Wettbewerb geschädigt würden.

Wenn also beispielsweise bestimmte inhaltliche Bewertungen der Gesellschafterin Stadt zu bestimmten Transaktionen öffentlich würden - zum Beispiel bezüglich der Integration bestimmter Geschäftsteile, der Potenziale der Rheinland-Kooperation, der Entwicklungspotenziale und Synergien insgesamt oder gar der Unternehmensbewertung oder der Geschäfts- oder Preispolitik der RheinEnergie -, wäre hier eindeutig ein Verstoß anzunehmen.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 5

(vom Redner ungelesene Fassung)

Vor diesem Hintergrund sind auch inhaltliche Aussagen zu bestimmten Inhalten der Rheinland-Kooperation, wie sie in Teilen in der Medienlandschaft kolportiert worden sind, nie vonseiten des Unternehmens oder auch der Stadt bestätigt worden. Denn diese Kenntnisse erlauben Dritten Rückschlüsse auf Realisierungschancen, auf Interessenlagen und vor allen Dingen auf deren kommerzielle Bewertung.

Vor diesem Hintergrund ist eine Behandlung im nichtöffentlichen Teil vorgesehen und raten wir als Verwaltung dringend dazu, keinen Versuch zu unternehmen, die öffentlichen Teile von den nichtöffentlichen Teilen zu trennen, weil das - ich denke und hoffe, dass es angesichts der Breite der angesprochenen Themen deutlich geworden ist - mit einem erheblichen Risiko für die handelnden Beteiligten und für die Diskussion verbunden wäre. Und das - so habe ich jedenfalls alle Rückmeldungen von Ihnen bisher verstanden - ist ja nicht Ziel. Ziel ist, eine möglichst umfassende, transparente Debatte aller Punkte der Rheinland-Kooperation zu ermöglichen. Diese würde hier aber künstlich und hoch risikoreich aufgespaltet werden.

So weit die rechtliche Beurteilung hierzu. Ich hoffe, dass Ihren Fragen damit Rechnung getragen worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall - Christian Joisten [SPD]: Danke schön!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soll Ihr Begehren aufrechterhalten bleiben, darüber abstimmen zu lassen, Herr Weisenstein? Das müsste ich nämlich nach der Geschäftsordnung noch einmal tun.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]:
Dann würde ich darum bitten!)

- Gut. - Herr Zimmermann hat sich noch einmal gemeldet.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir nicht noch einmal die gleiche Abstimmung durchführen. Ich hatte es zu Punkt 24.12 beantragt, und Herr Weisenstein hat es zu Punkt 21.1 beantragt. Das sind unterschiedliche Tagesordnungspunkte. Daher ist durchaus eine zweite Abstimmung erforderlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das wurde inzwischen verstanden. Darum habe ich ja

gefragt, ob der Antrag auch nach der Erklärung der Kämmerin aufrechterhalten bleibt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja!)

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob ausnahmsweise nach § 2 Abs. 4 letzter Satz der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Köln die Behandlung von Punkt 21.1 im öffentlichen Teil erfolgen soll. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, Herr Zimmermann, Herr Wortmann, Frau Gabrysch, Frau Syndicus und Herr Dr. Akude. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann bleibt das im nichtöffentlichen Teil.

Jetzt gibt es eine weitere Wortmeldung von Herrn Hock, Die PARTEI. - Wir können Sie leider noch nicht verstehen. Aber da kommt schon die Technik.

Michael Hock (Die PARTEI): Hallo! Frau Reker! Liebe alle! Schönen Gruß auch an Judit ohne h! Auch Die PARTEI schließt sich der SPD an, was den Tagesordnungspunkt C angeht. Wir widersprechen der Offenheit der Wahl und möchten darüber gerne in geheimer Wahl abstimmen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen, meine Damen und Herren.

Die SPD-Fraktion hat am 18. Juni 2021 zum Thema „Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen - Veranstaltungen und Partys unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ermöglichen“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Sie finden ihn unter TOP 3.1.21.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 3.1.22 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, LINKE und Volt sowie der Ratsgruppe GUT vom heutigen Tage vor. Da geht es um das Thema „Ehemalige KHD Hauptverwaltung; Ausübung des besonderen Vorkaufsrechts“.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist nicht der

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 6**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Unter Punkt 3.1.23 liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, LINKE, FDP und Volt sowie der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE vom heutigen Tage vor. Da geht es um das Thema „Veranstaltungen in diesem Sommer in Köln draußen ermöglichen/Freiflächen für Open Air“.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Keine. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung wurde eben von Herrn Hammer vorgetragen.

Angesichts der langen Tagesordnung brauchen wir wieder eine besondere Disziplin, damit wir die Sitzungsdauer so kurz wie möglich halten können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten auf maximal vier Minuten festzulegen. Wir werden Ihnen nach drei Minuten ein Zeichen geben, damit Sie wissen, dass Sie zum Ende kommen sollten.

Aber wie immer gibt es natürlich auch heute die Möglichkeit, Redebeiträge zu Protokoll zu geben.

Ich frage jetzt abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen, die Tagesordnung so zu gestalten, wie sie eben vorgeschlagen wurde? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die geänderte Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen zunächst zu:

**A Wahl einer*s Beigeordneten für Dezer-nat III - Mobilität
2194/2021**

Aufgrund der Empfehlung des externen Personalberatungsbüros, das mit dem Verfahren zur Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezer-nat III beauftragt wurde, wird Herr Ascan Egerer für diese Beigeordnetenstelle vorgeschlagen.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Auch das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer sich für Herrn Ascan Egerer ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Christer Cremer [AfD] meldet sich zu Wort)

- Wir sind jetzt bereits in der Abstimmung.

(Christer Cremer [AfD]: Nein, ich wollte etwas beantragen! Ich wollte geheime Abstimmung beantragen!)

- Damit kommen Sie jetzt zu spät. Wir sind mitten in der Abstimmung.

(Christer Cremer [AfD]: Nein!)

- Doch. - Wer sich für Herrn Ascan Egerer ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die KLIMA FREUNDE, die CDU-Fraktion, Volt, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Die PARTEI. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion. Wünscht sich jemand zu enthalten? - Das sind die AfD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE.

Ich stelle fest, dass Herr Ascan Egerer vom Rat der Stadt Köln zum Beigeordneten für das Dezer-nat III gewählt wurde.

(Anhaltender Beifall)

Ich bitte Sie nach vorne, Herr Egerer, damit Sie die Wahl annehmen können.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Ascan Egerer begeben sich neben das Redepult)

Herr Egerer, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Ascan Egerer: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte! Ich nehme die Wahl sehr gerne an und bedanke mich ganz herzlich für Ihr Vertrauen.

(Lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich - Ascan Egerer erhält Blumensträuße und Glückwünsche - Es werden Fotos aufgenommen)

Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bedanken. Ganz herzlichen Dank für die Wahl und für das Vertrauen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Beifall)

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 7**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Egerer, wir bringen Ihnen gleich Ihre Blumensträuße. Keine Sorge; sie werden hier nicht mehrfach verteilt.

Ich bedanke mich sehr bei Ihnen und komme jetzt zur Wahl des Beigeordneten - -

(Philipp Busch [AfD]: Frau Oberbürgermeisterin, direkt zur GO, bitte!)

- Würden Sie mich erst aussprechen lassen?

(Philipp Busch [AfD]: Gerne!)

- Vielen Dank. - Wir kommen nun zu:

**B Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften
2195/2021**

Und da steht schon Herr Busch, wenn auch nicht an dem für ihn vorgesehenen Platz. Das ist nämlich nach meiner Liste eigentlich der Platz für Herrn Boyens. Aber ohne Maske beschlägt die Brille ja nicht. Sie wollen also etwas beantragen.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, wir beantragen, die nächsten beiden Dezernatswahlen dann auch geheim durchzuführen. - Danke.

(Zurufe: Wieso „auch“?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind jetzt bei Tagesordnungspunkt B. Der Antrag wird auch da entgegengenommen.

Zur Abstimmung zu stellen brauche ich es nicht. Wenn einer diesen Antrag stellt, reicht das aus.

Jetzt haben wir also zwei geheime Abstimmungen vor uns, meine Damen und Herren. Wir werden diese Abstimmungen gemeinsam durchführen. Das ist entsprechend vorbereitet.

Deswegen rufe ich jetzt zusätzlich auf:

**C Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales
2196/2021**

Ich bitte Sie, Ihre Entscheidung eindeutig durch ein Kreuz deutlich zu machen. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig.

Zum Ersten stimmen wir über die Wahl des Beigeordneten für das Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften - ab. Vorgeschlagen ist Herr Wolfgramm.

Zum Zweiten stimmen wir über die Wahl des Beigeordneten für das Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales - ab. Vorgeschlagen ist Herr Kienitz.

Wer dafür ist, macht bitte sein Kreuz in den Kreis bei „Ja“. Wer dagegen ist, macht bitte sein Kreuz in den Kreis bei „Nein“. Wenn Sie sich enthalten wollen, kreuzen Sie bitte den Kreis bei „Enthaltung“ an.

Die Kabinen für die Abstimmung sind bereits im Isabellensaal aufgestellt. In Kabine 1 stimmen Sie bitte über die Wahl von Herrn Wolfgramm und in Kabine 2 über die Wahl von Herrn Kienitz ab.

Gibt es weitere Nachfragen oder Anmerkungen? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Guten Tag, Frau Oberbürgermeisterin! Ich bin gerade ein bisschen verwundert. Vorhin haben Sie noch nach anderen Bewerbern gefragt. Das haben Sie jetzt bei diesen beiden Positionen nicht gemacht. Muss das nicht auch noch erfolgen? Nicht, dass die Wahl deswegen nachher anfechtbar ist! Es scheint ja möglich zu sein - ich glaube zwar nicht, dass es passieren wird -, dass theoretisch jemand hier aus der Versammlung heraus noch einen anderen Bewerber vorschlägt. Ich will ja nur, dass die Wahl sicher verläuft.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist sehr fürsorglich von Ihnen. Vielen Dank.

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieses Risiko ausgeräumt. - Danke sehr.

Dann bitte ich die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Abstimmung vorzubereiten. Ich habe gerade die Stimmzählerinnen und Stimmzähler benannt. Das sind Frau Hölzing-Clasen, Herr Kaske und Herr Erkelenz. Ich bitte sie, sich jetzt in den Isabellensaal zu begeben. - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Nur ein Hinweis der guten Ordnung halber: Bei der Wahl des Beigeordneten für das Dezernat IX ist Herr Kienitz nicht stimmberechtigt und nimmt an der Wahl nicht teil. - Ich bitte, dass wir das im Protokoll festhalten.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 8**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Davon bin ich ausgegangen. Das steht selbstverständlich auch so im Protokoll.

Jetzt bitte ich unsere Schriftführerin, Frau Lange, die Ratsmitglieder am Mikrofon in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen. Ganz zum Schluss sollen dann die Stimmzählerinnen und Stimmzähler zur Stimmabgabe aufgerufen werden. Frau Lange, würden Sie bitte ans Mikrofon gehen? - Da kommt sie schon.

(Der Namensaufruf und die Auszählungen erfolgen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Wir treten wieder in die Ratsitzung ein. Ich möchte Ihnen jetzt die Wahlergebnisse für die Dezernate VIII und IX mitteilen. Die Abstimmungsergebnisse stehen fest.

Zu Tagesordnungspunkt B, der Wahl des Beigeordneten für Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften -: Vorgeschlagen war William Wolfgramm. Es sind insgesamt 90 Stimmen abgegeben worden. Es gab keine ungültige Stimme. Enthaltungen 8, Ja-Stimmen 70, Nein-Stimmen 12.

(Anhaltender Beifall)

Damit hat der Vorschlag eine Mehrheit erhalten.

Ich stelle somit fest, dass Herr Wolfgramm vom Rat der Stadt Köln zum Beigeordneten für das Dezernat VIII gewählt wurde, und bitte ihn, mit mir nach vorne zu gehen, damit er die Wahl auch vor Ihnen annehmen kann.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker und William Wolfgramm begeben sich neben das Redepult)

Herr Wolfgramm, der Rat der Stadt Köln hat Sie zum Beigeordneten gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

William Wolfgramm: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, ich nehme die Wahl an. Ich danke Ihnen auch für das mir entgegengebrachte Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall - William Wolfgramm erhält Blumensträuße und Glückwünsche - Es werden Fotos aufgenommen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei Tagesordnungspunkt C steht das Abstimmungsergebnis fest. Abgegeben wurden 89 Stimmen. Es gab keine ungültige Stimme und keine Enthaltung. 50 Stimmen entfielen auf die Ja-Stimmen, 39 Stimmen votierten mit Nein.

Damit hat der Vorschlag eine Mehrheit erhalten, und der Rat der Stadt Köln hat Herrn Niklas Kienitz zum Beigeordneten gewählt.

(Anhaltender Beifall)

Ich stelle also fest, dass der Rat der Stadt Köln Herrn Kienitz zum Beigeordneten für das Dezernat IX gewählt hat, und bitte ihn nach vorne, damit er die Wahl annehmen kann.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Niklas Kienitz begeben sich neben das Redepult)

Herr Kienitz, der Rat der Stadt Köln hat Sie zum Beigeordneten gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Niklas Kienitz: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Wahl sehr gerne an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Lebhafter Beifall - Niklas Kienitz erhält Blumensträuße und Glückwünsche - Es werden Fotos aufgenommen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, nun rufe ich auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Leiko Ikemura durch Frau C. Schwahlen an das Museum Ludwig 1817/2021

Hier haben wir die Möglichkeit, eine Schenkung eines Kunstwerks der Künstlerin Leiko Ikemura durch Frau Schwahlen an das Museum Ludwig anzunehmen.

Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die KLIMA FREUNDE, die

CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Volt und GUT. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Frau Schwahlen für diese großzügige Schenkung an das Museum Ludwig.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

**2.2 Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Guan Xiao durch Nadine Zeidler und Amado Kraupa-Tuskany an das Museum Ludwig
0269/2021**

Dann gibt es die Möglichkeit, die Schenkung eines Kunstwerks der Künstlerin Guan Xiao durch Nadine Zeidler und Amado Kraupa-Tuskany an das Museum Ludwig anzunehmen.

Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich wiederum um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die KLIMA FREUNDE, die FDP, Volt, Herr Wortmann und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist auch diese großzügige Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Frau Zeidler und Herrn Kraupa-Tuskany.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

**2.3 Schenkung eines Kunstwerkes des Künstlers Danh Võ
1819/2021**

Dann gibt es eine Schenkung eines Kunstwerks des Künstlers Danh Võ.

Hier bitte ich wiederum um Ihr Handzeichen, wenn die Schenkung angenommen werden soll. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, Bündnis 90/Die Grünen, die KLIMA FREUNDE, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist auch diese Schenkung angenommen.

Auch diese Schenkung geht an das Museum Ludwig. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Daniel Buchholz und Christopher Müller.

(Beifall)

Wir kommen zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnungen des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

**3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen GUT, KLIMA FREUNDE und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Gewalt in Israel und Palästina beenden. Antisemitismus in Köln verhindern und bekämpfen. Für eine vielfältige, tolerante und friedfertige Stadtgesellschaft“
AN/1365/2021**

**Änderungsantrag der AfD-Fraktion
AN/1502/2021**

Meine Damen und Herren, üblicherweise halte ich mich ja, wie Sie wissen, bei Resolutionen sehr zurück. Aber im Fall der Resolution gegen Antisemitismus und für eine friedliche Lösung im Nahostkonflikt mache ich heute eine Ausnahme, weil das Thema so bedeutsam ist und weil es mir wichtig ist, und zwar nicht nur im Festjahr „1 700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“, sondern zu jeder Zeit an jedem Tag, den wir im Kalender haben.

Wir fühlen mit den Menschen unserer Partnerstadt Tel Aviv, die unter den Raketenangriffen zu leiden haben. Zugleich denke ich auch an die Menschen unserer Partnerstadt Bethlehem, die von diesem Konflikt ebenfalls betroffen sind.

Ich stehe solidarisch an der Seite all derer, die anstelle von Gewalt eine friedliche Lösung anstreben. Denn Gewalt erschwert den Frieden und führt zu weiterer Eskalation.

Die Stadt Köln wird als engagierte Partnerstadt für Tel Aviv und Bethlehem weiterhin den Dialog und die Zusammenarbeit fördern, wo immer das möglich ist.

Aber auch der zweite Aspekt der Resolution ist mir wichtig, nämlich das Bekenntnis gegen Antisemitismus, der sich unter dem Deckmantel der Israel-Kritik immer wieder auf erschreckende Weise zeigt.

Diese Resolution ist nicht nur gegen den Hass gerichtet, der daraus folgt, sondern ist ein positives

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 10

(vom Redner ungelesene Fassung)

Bekenntnis zu den jüdischen Kölnerinnen und Kölnern, die seit mindestens 1 700 Jahren die Geschichte unserer Stadt mitgestalten und am Aufstieg Kölns zur einzigen Millionenmetropole am Rhein sicherlich mitgewirkt haben.

Ich stelle noch einmal in aller Deutlichkeit klar, damit es wirklich jedem und jeder bewusst wird: In Köln gibt es keinen Platz für Antisemitismus.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Haltung bedeutet null Toleranz gegenüber antisemitischem Gedankengut. Und das wird schon in den Schulen dieser Stadt vermittelt: Zivilcourage. Darauf bin ich sehr stolz, weil sie jede und jeder Einzelne in ihrem und seinem täglichen Leben verwenden kann.

Das ist das Zeichen des Rates der Stadt Köln, und es ist ein Zeichen, hinter dem sich auch die Stadtverwaltung an 365 Tagen im Jahr versammelt.

Zuvorderst benennen möchte ich das große Engagement unseres NS-Dokumentationszentrums für das jüdische Leben in Köln und für die ganz wichtige Präventions- und Beratungsarbeit.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Fraktionen, die diese Resolution unterstützen, für ihre Initiative. Danke sehr für dieses wichtige Zeichen gegen Antisemitismus!

(Beifall)

Dann liegt mir eine Wortmeldung zum Änderungsantrag der AfD vor. Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion war tief betroffen über die jüngsten Angriffe gegen Israel. Insbesondere waren wir schockiert über die Bilder der Angriffe auf unsere Partnerstadt Tel Aviv durch die radikalislamische Hamas.

Sicherlich ist der Kölner Stadtrat nicht der Ort für deutsche Außenpolitik. Aber angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen an über 6 Millionen Juden in Deutschland und Europa muss man sich auch hier zum Existenzrecht Israels bekennen.

(Beifall bei der AfD)

Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten. Allein deshalb ist es ein natürlicher Verbündeter für unser Land. Wie jedes Land hat es das Recht und die Pflicht, seine Bürger zu schützen.

Wir als AfD-Fraktion haben einen Änderungsantrag vorgelegt, in dem wir dem Rat die Chance bieten, sich klar zu dem Existenzrecht wie aber auch dem Selbstverteidigungsrecht Israels zu bekennen.

Außerdem stellen wir mit unserem Änderungsantrag klar, dass die militärische Antwort auf den Raketenterror der radikalislamischen Hamas nicht mit dem Selbstverteidigungsrecht Israels gleichgesetzt werden darf.

Der Satz im Antrag - ich zitiere - „Wir fordern ein Ende dieser sinnlosen Gewalt, die nur den gewaltbereiten Kräften auf beiden Seiten nützt“ sagt das nämlich de facto aus. Und wir sind nicht der Meinung, dass die legitimen Handlungen Israels mit den Angriffen der Hamas gleichgesetzt werden dürfen.

Des Weiteren sollten wir klarstellen, dass es eine Zweistaatenlösung nur geben kann, wenn der jüdische Charakter Israels bewahrt bleibt.

Außerdem bitte ich Sie: Lassen Sie uns als praktisches politisches Bekenntnis hier vor Ort in Köln beschließen, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit israelfeindlichen Organisationen geben darf.

(Beifall bei der AfD)

Zu guter Letzt möchte ich Sie alle hier auffordern, sich bei Ihren jeweiligen Kölner Bundestagsabgeordneten für ein proisraelisches Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag, dem für Außenpolitik zuständigen Parlament, einzusetzen.

Ich finde es wirklich bedauerlich, dass im Jahre 2019 bei der Abstimmung über einen FDP-Antrag für eine stärkere Unterstützung Israels bei Abstimmungen im Rat der Vereinten Nationen - Bundestagsdrucksache 19/7560 - aus Köln nur die beiden AfD-Abgeordneten Fabian Jacobi und Jochen Haug für diesen Antrag gestimmt haben. Es kam keine Mehrheit für diesen Antrag zustande, auch nicht unter den Kölner Abgeordneten. Die AfD-Fraktion hatte übrigens in ihren Reihen die höchste Zustimmung zu diesem Antrag.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie höflichst um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist dieser Antrag angenommen. - Ich bedanke mich nochmals recht herzlich.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Verbleib von 86 ‚entwichenen‘ minderjährigen Flüchtlingen in Köln im Jahre 2020“ AN/0937/2021

Hier hat zunächst der Antragsteller das Wort. Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich das Thema, um das es jetzt geht, einmal in die typische Denk- und Vorstellungswelt der Grünen übersetze. Stellen Sie sich vor, liebe Grüne, dass Sie mit einer Jahrgangsstufe von 100 Schülerinnen und Schülern auf Klassenfahrt fahren und am Ende mit nur noch 78 Schülern und Schülerinnen zurückkommen. Wir können uns, glaube ich, alle vorstellen, wie der öffentliche Aufschrei wäre.

Nun, meine Damen und Herren, genau das ist im letzten Jahr dem Amt für Kinder, Jugend und Familie in der Stadt Köln passiert. Von insgesamt 397 Kindern und Jugendlichen, Flüchtlingen, sind im Jahr 2020 86 verschwunden. Oder, wie eine führende Internetzeitung süffisant titelte - Zitat -:

Neues von Henriette Rekers Lach- und Sachgeschichten: mehr als ein Fünftel der Kölner UMAs spurlos verschwunden

Meine Damen und Herren, wir reden hier über Minderjährige, ja, über Kinder, die nach einer langen, oft beschwerlichen Flucht, oft traumatisiert, hier in Köln endlich Schutz gefunden haben. Und plötzlich sind 22 Prozent davon spurlos verschwunden. Das kann uns als Stadtgesellschaft doch nicht kaltlassen.

86 minderjährige Flüchtlinge sind während der vorläufigen Inobhutnahme entwichen.

So stand es in der Mitteilung der Verwaltung 0186/2021.

Das, meine Damen und Herren, kann doch nicht alles sein, was unserer Verwaltung dazu einfällt.

Wir als AfD-Fraktion fragen: Was genau versteht die Verwaltung in diesem Zusammenhang unter „entwichen“? Was ist der Verwaltung über den Verbleib dieser Kinder und Jugendlichen und über die Gründe ihres Untertauchens bekannt? Wurden davon einige und, wenn ja, wie viele wieder aufgegriffen? Welche Konsequenzen zieht die Stadt aus diesem Vorgang?

Dies fragen wir insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling, ein sogenannter UMA, den Steuerzahler pro Monat 6 800 Euro kostet. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von sechs Monaten sind also nicht nur 86 Flüchtlinge, meine Damen und Herren, sondern auch 3,5 Millionen Euro verschwunden und entwichen.

Wir fragen: Wurden die Zahlungen an die betreuenden Sozialorganisationen - Caritas, Diakonie etc. - um die Zahl der entwichenen Flüchtlinge reduziert? - Fragen über Fragen!

Zu guter Letzt ein persönliches Wort an Sie, Frau Oberbürgermeisterin. Als Frau hätten Sie ja auch Mutter sein können.

(Zurufe: Unglaublich! - Pfui! - Aufhören!)

Und jedes dieser 86 Kinder - auch die mit starkem Bartwuchs, die wie 25 aussehen - hätte auch ihr Kind sein können.

(Weitere Zurufe)

Als Oberbürgermeisterin und oberster Repräsentantin dieser Stadt sind diese Kinder letztlich auch Ihre Kinder.

Offene Briefe zu schreiben und die Bereitschaft zu erklären, noch mehr Kinder aufzunehmen, ist das eine. Aber die Kinder, wenn sie dann hier sind, auch aufzunehmen und fürsorglich zu betreuen, sodass sie dabeibleiben, ist das andere.

Oder, um es mit Wilhelm Busch zu sagen: Mutter werden ist nicht schwer, Mutter sein dagegen sehr.

(Zurufe)

Wir erwarten von Ihnen als Oberbürgermeisterin, dass Sie den Verbleib dieser Flüchtlinge zur Chefsache machen und diese Kinder als Ihre Verantwortung anerkennen.

(Zurufe: Aufhören!)

Stimmen Sie daher für unseren Antrag. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Buh!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Viele! - Lisa Steinmann [SPD]: Erst einmal durchatmen!)

Das ist erkennbar nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „Die PLAKATEI - Werbeanlagen ausweiten“ AN/1386/2021

Hier hat der Antragsteller das Wort. Herr Hock, bitte.

Michael Hock (Die PARTEI): Liebe Frau Reker! Liebe alle! An den Anfängen moderner Verbraucherinformationen stand eine Idee. Edward Bernays, der Erfinder des Begriffs „Propaganda“ - zwischenzeitlich hatte ein hinkender Unsympath vom Niederrhein Bernays' Methoden und auch den Begriff dafür etwas in Verruf gebracht - und später auch der Erfinder des Begriffs „Public Relations“, jener amerikanische Neffe von Sigmund Freud also, brachte es bereits 1928 auf den Punkt - Zitat -:

Die bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ist ein wichtiges Element der demokratischen Gesellschaft.

Leider haben wir uns gesamtgesellschaftlich entschieden, dieses Element an Private zu übergeben. Wir von der Partei Die PARTEI bedauern das. Fantasielos und uninspiriert wird es von Ströer und Konsorten allein zur Förderung einer Konsumismus-Grundideologie genutzt. Das ist schade.

Noch viel schädiger ist es, dass wir den öffentlichen Raum hier in Köln so unverschämt billig verscherbelt haben. Unsere PARTEI-Anfrage in der vorletzten Ratssitzung und Recherchen des geschätzten Kollegen Hövelmann von GUT kommen zu dem Ergebnis, dass die Einnahmen der Stadt Köln und die der bezuschlagten Unternehmen ungefähr im Verhältnis 1 : 30 stehen.

Die Verträge hierzu sind zudem auch noch aus absolut unverständlichen Gründen für 15 Jahre geschlossen worden. Vielleicht war es die weihnachtliche Stimmung, die den Finanzausschuss am 19. Dezember 2011 zur Initiierung dieser einstimmig beschlossenen, man möchte fast schon sagen, Schenkung bewogen hat.

Die Kolleginnen und Kollegen Breite, Wolter und Henk-Hollstein von der FDP, den Grünen und der CDU sind uns ja erhalten geblieben. Vielleicht können sie uns etwas unerfahrenen Schnupsis die Hintergründe einmal bei einem Kölsch erläutern. Wir würden uns freuen.

Na ja, et is, wie et is; et hätt noch immer jot jejeange. Deswegen blicken wir heute zuversichtlich in die Zukunft. Es gibt da draußen noch so viel Raum, den wir den Märkten zugänglich machen können, beispielsweise den Dom. Vielleicht denkt man auch einmal eine Umgestaltung von Sankt Peter als Apple Store an, damit diese alte Pilgerstätte wieder in neuem Glanz erstrahlt.

Wir von der PARTEI wollen auch nicht immer nur lamentieren und uns beschweren, sondern selber helfen, wo es geht. Deswegen ist die sehr gute Werbeagentur Die PLAKATEI GbR im Prozess der Gründung. Die Gesellschafter der GbR, Dickas und Hock, sind dem Vernehmen nach bereit, etwa dreimal so viel wie die bisherigen Anbieter zu zahlen. Wäre das nicht eine konstruktive Lösung?

Die Ratsmitglieder der PARTEI werden sich bei der Abstimmung - wegen eventueller Befangenheit im Hinblick auf Punkt 3 - enthalten. Wir sind aber sicher, dass unser Antrag auf breite Zustimmung stoßen wird, und bedanken uns vorab für Ihr Vertrauen. - Vielen Dank.

(Beifall von Birgit Beate Dickas [Die PARTEI])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Ulrich Breite [FDP]: Nein! - Heiterkeit)

Das ist nicht der Fall.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 13

(vom Redner ungelesene Fassung)

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Antragsteller wollen sich enthalten. Gibt es weitere Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann und Frau Syndicus. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“
AN/1414/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Max Christian Derichsweiler (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden freue ich mich über die Gelegenheit, kurz diesen Antrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung zu begründen.

Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, dass es fraktionsübergreifend in enger Absprache mit der Verwaltung gelungen ist, das Potenzial dieses Ausschusses weiter auszuschöpfen.

Neben dem zentralen Bereich der Behandlung von Bürgeranfragen und Eingaben wird der Ausschuss nun auch von seiner Zuständigkeit her der Ort sein, an dem fachlich-politisch über Bürgerbeteiligung diskutiert wird.

Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Fundament unserer lebendigen Stadtgesellschaft. Aktive und Engagierte setzen sich in Köln dafür ein und wollen sich an Diskussionen beteiligen und in Vereinen oder Initiativen ehrenamtlich mitwirken.

Dieses Engagement wollen wir weiter fördern und über Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung auch an städtischen Vorhaben beraten.

Ich denke, dass ich für alle Mitglieder des Ausschusses spreche, wenn ich sage, dass wir mit der Änderung der Zuständigkeitsordnung zeigen, dass wir es mit der tatsächlichen Diskussion über die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung und Weiterentwicklung unserer Stadt ernst meinen.

Das ist ein guter Schritt, um das Vertrauen in politische und Verwaltungsprozesse und -entscheidungen und damit generell in das demokratische System zu stärken.

Teilhabe ist der Schlüssel dafür, der eigenen Lebenswirklichkeit eine Stimme zu geben, und kann Motivation sein, sich selbst verantwortungsvoll für unsere Stadtgesellschaft zu engagieren.

Mit diesem Antrag werden nicht nur der Ausschuss gestärkt und seine Kompetenzen erweitert. Wir erweitern den Rahmen, Bürgerbeteiligung in Köln zu entwickeln. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

**3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Nutzung Applikation RADar durch Stadt Köln im Zeitraum von Stadtradeln im Jahr 2021“
AN/0938/2021**

Hier hat zunächst der Antragsteller das Wort. Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, wir geben die Rede zu Protokoll. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön.

Dann stimmen wir ab. Wer wünscht dem Antrag zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.6 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „Erhöhung Hundesteuer um moderate 800 %“
AN/1382/2021**

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 14

(vom Redner ungelesene Fassung)

Ich gebe hier der Antragstellerin das Wort. Frau Dickas.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Hunde! Die Idee zu diesem Antrag entstand während der vorletzten Ratssitzung am 23. März 2021. Damals hat uns ein Kollege von den Grünen sehr engagiert die Angst seiner Hündin Lucy vor dem durch Bürger abgebrannten Silvesterfeuerwerk geschildert. Das hat uns sehr beeindruckt; denn das T in PARTEI steht bekanntlich für den Tierschutz.

Lediglich unser Ansatz ist ein anderer. Wir haben nicht vor - und da unterscheidet sich unsere Politik von der grünen Politik -, die Gesellschaft für unsere privaten Hobbys und Vergnügungen in die Verantwortung zu nehmen.

Liebe Freunde, wir haben hier eine der seltenen Gelegenheiten, das Hundeunwesen in unserer Stadt in den Griff zu bekommen. Sie alle wissen: Hunde machen Dreck, sehr viel Dreck. Zwischen ihren Pfoten sammelt sich der Schmodder. Sie haaren ständig. Alles ist voll von ihrem Fell, auf dem Flöhe und Läuse ein fröhliches Come Together feiern. Sie sabbern und lecken alles an. Sie stinken, und wenn ihr Fell nass ist, stinken sie noch erbärmlicher. Sie riechen und schnuppern schamlos an den Hinterteilen ihrer Artgenossen und essen nichts lieber als Kot. Das ist widerlich und wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig thematisiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie sich nicht vom Dackelblick beeindrucken. Lassen Sie sich nicht erzählen, dass dieser Wuffi aber anders sei als die anderen Kläffer. Wir finden: Hunde haben in unserer Mitte nichts verloren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie mit uns Hand in Hand einen großen Schritt hin zu einer klimagerechten Stadt, die alles zum Erhalt der Biodiversität unternimmt. Wir haben das in der schriftlichen Antragsbegründung ausführlich erläutert. Lassen Sie uns die Tölen und Mistviecher aus dem Stadtbild verdrängen, damit Mauerbienen, Holzbienen, Maskenbienen, Sandbienen und viele weitere Wildbienen eine Chance haben. Diese süßen Bienechen haben keine Lobby, keine Lobby außer uns.

Unser Antrag ist ausgewogen und sozial gerecht. Sämtliche Ausnahmetatbestände bleiben unangetastet, wie etwa die Befreiung für Blinden- und Assistenzhunde.

Wir werben für Ihre Unterstützung. 800 Prozent hört sich zunächst viel an. Aber wir wollen 800 Prozent mehr Bienenvielfalt, 800 Prozent mehr heimische Pflanzenvielfalt und 800 Prozent mehr Nahrungsquellen für unsere heimischen Wildbienen. Daher ist eine moderate Erhöhung der Hundesteuer um 800 Prozent angemessen und alternativlos. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Ich lasse dann darüber abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die PARTEI. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.7 Antrag der Gruppe GUT betreffend „Außen-gastronomie und Parkplätze“
AN/1411/2021**

Auch hier bitte ich zunächst um Wortmeldungen. - Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Gastro-Branche ist nach wie vor arg gebeutelt von den Aus- und Nebenwirkungen der Pandemie. Weihnachtsfeiern, Silvester, Karneval: All diese Ausfälle sorgten in diesem und im vergangenen Jahr für große Verluste.

Der DEHOGA empfiehlt, die Preise für Speisen und Getränke um 20 Prozent zu erhöhen.

Lassen Sie uns als Stadt die Gastro unterstützen und anerkennen, wie flexibel sich die Branche in dieser Situation gezeigt hat. Lassen Sie uns den Betrieben auch erlauben, die direkt anliegenden Parkplätze zu nutzen.

Nebenbei bemerkt: Es ist auch ein schöner Nutzen, diesen Platz vielen Menschen zur Verfügung zu stellen und nicht einem einzelnen Stehzeug.

Die Innenstadt hat es vorgemacht. Doch Köln besteht aus neun Bezirken. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 15

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Karadag das Wort.

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle freuen uns über das neu gewonnene gastronomische Außenflächenangebot. Insbesondere auf Parkplätzen sitzen wir ganz gerne.

Um die Gastronomie auch weiterhin zu unterstützen und ihr Planungssicherheit zu geben, möchten wir die Sondergenehmigungen auch über dieses Jahr hinaus bis Ende 2022 verlängern, wie die BV 1 das bereits beschlossen hat.

Auch die temporären Erweiterungen sind weiterhin schnell und unkompliziert zu ermöglichen.

Einen Gebührenerlass möchten wir aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht beschließen. Mit Blick auf die pandemische Lage und auch auf unsere Haushaltslage in der Kommune möchten wir dieses noch nicht abschließend entscheiden. Ich schaue die Kämmerin an.

Aus diesem Grund bitten wir, folgenden Änderungsantrag zu beschließen:

Der letzte Satz im Beschlusstext wird anteilig gestrichen. Es entfällt der erste Teil, nämlich „Gebühren für die Sondernutzung fallen nicht an und“.

Wir bitten, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ich würde es vom Platz aus machen!)

- Gut. Aber da bitte mit Maske. So ist es leider.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir würden dem Antrag in der Ursprungsform zustimmen. Frau Karadag sagte gerade, dass die Grünen gerne auf Parkplätzen sitzen. Das kann ich für die SPD nicht durchgängig bestätigen. Aber wenn es um Außengastronomie gerade im innerstädtischen Bereich geht, ist es jedenfalls eine sehr charmante Lösung, die in den letzten Jahren

schon gefunden wurde, Außengastronomie auf Parkplätzen zu ermöglichen.

Lassen Sie mich noch Folgendes sagen: Frau Karadag, Sie haben jetzt beantragt, den Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren zu streichen. Dann fallen sie aber an. Das muss klar sein. Denn nach der Satzung - ich habe nachgeschaut - ist es nun einmal so, dass nur darauf verzichtet werden kann, wenn das wirklich im überwiegenden öffentlichen Interesse ist. Und dass man das ohne Weiteres so herbeikonstruieren kann, wage ich zu bezweifeln. Deswegen bedarf es aufgrund des Satzungscharakters schon einer politischen Entscheidung, auf diese Sondernutzungsgebühren zu verzichten. Uns muss also klar sein: Wenn wir den Verzicht heute streichen, ist das erst einmal so.

Wir sind tatsächlich der Meinung: So, wie die Gastronomie in der Corona-Krise gebeutelt wurde, bedarf es wirklich aller Unterstützung. Deswegen sind wir für den Ursprungsantrag und für den Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren.

Wie gesagt, finden wir das Modell „Sitzen statt Parken“ durchaus charmant. Wir haben auch zuletzt im AVR eine Anfrage dazu gestellt, in der es noch einmal um das Thema Barrierefreiheit ging. Vielleicht kann die Verwaltung da ja etwas großzügiger sein und der Gastronomie ermöglichen, mit einer Palette oder Ähnlichem eine Barrierefreiheit herzustellen.

Noch einmal die Conclusio: Nach dem, was die Gastronomie in der Corona-Zeit mitgemacht hat, hat sie hier alle Hilfe verdient, denke ich. Deswegen sind wir für den Ursprungsantrag.

(Beifall bei der SPD - Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Tragt ihr auch den nächsten Haushalt mit?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Spehl das Wort.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer am Livestream! Der hier eingebrachte Antrag der Ratsgruppe GUT greift ein absolut wichtiges Thema auf. Dementsprechend ist es sehr gut, dass wir alle konstruktiv darüber diskutieren und eine Lösung finden.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 16

(vom Redner ungelesene Fassung)

Jedoch wissen wir alle natürlich auch, dass die Gastronomie durch die Corona-Krise sehr gebeutelt war. Das muss man hier niemandem erzählen. Man muss sich nur mit den Gastronomen vor Ort unterhalten. Dann merkt man, wie eng es ist. Sie mussten das ganze Tafelsilber verkaufen.

Umso richtiger ist es, dass man ihnen jetzt entgegenkommt und entsprechende Möglichkeiten einräumt. Wir sehen auch die Außengastronomie als ein gutes Mittel zum Zweck, dass wir den Gastronomen Erleichterung verschaffen.

Andererseits - die grüne Kollegin hat es schon angesprochen - ist Nachhaltigkeit wichtig. Das setzt zwar nicht nur bei der Außengastronomie an. Aber auch die Gastronomen haben ein Interesse daran, dass wir jetzt erst einmal einen guten Haushalt hinbekommen. Dementsprechend ist es vorerst erst einmal so, dass wir als CDU-Fraktion dem Änderungsantrag der Grünen folgen und dafür um Unterstützung bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir vonseiten der FDP-Fraktion sind dankbar für diese Initiative von GUT, aber auch der Meinung, dass der hier formulierte Vorschlag, die Gebührenfrage quasi zu vertagen, um sowohl die pandemische Lage als auch die Lage der Außengastronomie weiter zu beobachten, uns anzuschauen, wie das in diesem Sommer und im Herbst läuft, und dann zu einem späteren Zeitpunkt zu bewerten, genau die richtige Antwort für diese noch ungeklärte Situation ist.

Daher würden wir dem so geänderten Antrag als FDP-Fraktion dann auch zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Antrag von GUT in der Ursprungsversion zu. Den Antrag der Grünen können wir nicht mittragen. Wir halten das so, wie es die Gruppe GUT geschrieben hat, für genau

richtig. In der Tat sollte man auf Gebühren verzichten.

Die Kölnerinnen und Kölner wollen im Sommer draußen sitzen. Die Wirtinnen und Wirte wollen mehr Umsatz machen und sind nach den diversen Corona-Wellen oft auch darauf angewiesen. Beiden tut dieser Antrag etwas Gutes.

Parkflächen im öffentlichen Raum dagegen mindern die Aufenthaltsqualität. Wir haben uns vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, Parkplätze vor allem in der Innenstadt in Quartiersgaragen zu verlagern. Auch angesichts dieses Weges, die Stadtzentren wieder lebenswerter zu machen, ist dieser Antrag folgerichtig.

Doch wir müssen auch darauf achten, dass die Interessen der Fußgänger gewahrt bleiben. Oft schon konnten wir alle beobachten, dass mehr Fläche für die Außengastronomie auch zu mehr rücksichtslosem Wildwuchs führte.

Wenn nun Parkplätze zeitweise umgewidmet werden und zur Stellfläche für Tische und Stühle werden, muss das Ordnungsamt mit ausreichenden Kontrollen dafür sorgen, dass genügend Platz zum Passieren bleibt - nicht nur für einzelne Fußgänger, sondern auch für Eltern mit Kinderwagen, alte Menschen mit Rollator oder Menschen im Rollstuhl. Auch die Bedürfnisse sehbehinderter Menschen nach einer klaren Aufteilung von Flächen und Elementen, die ihnen zur Orientierung dienen, dürfen nicht ignoriert werden.

Die Barrierefreiheit muss gewahrt bleiben. Dann kann die Ausweitung der Außengastronomie zu einem tollen Sommer für alle beitragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse zunächst über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und der LINKEN. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Ich lasse nun über den Ursprungsantrag in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist er so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., Volt, der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Einfache Sprache als Verwaltungsstandard“ AN/1415/2021

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP
AN/1504/2021**

**Änderungsantrag der AfD-Fraktion
AN/1510/2021**

Hierzu hat als Erster Herr Bauer-Dahm das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Sprache ist ganz schön schwer. Sprache ist so schwer, dass wir als Kinder alle Jahre brauchen, um sprechen zu lernen. Sprache ist so schwer, dass man jahrelang zur Schule geht, um schreiben zu lernen. Sprache ist sogar so schwer, dass wir uns immer wieder falsch verstehen, obwohl wir doch eigentlich die gleiche Sprache sprechen.

Und weil Sprache so schwer ist, schließt sie auch ganz oft Menschen aus. Nicht alle können eine Sprache perfekt lernen, nicht alle supergut lesen lernen, und für einige ist die deutsche Sprache auch einfach neu.

Sprache muss aber nicht immer schwer sein. Dafür soll die Stadt Köln die Dinge einfacher erklären, mit einfachen Worten und mit einfachen Sätzen. Wenn man einen Brief bekommt, muss man verstehen, worum es geht. Darauf hat jeder Mensch ein Recht, auch Menschen mit geistiger Behinderung. Das steht so im Gesetz.

Ich lese jeden Tag auf der Arbeit Texte in schwerer Sprache. Denn ich arbeite mit Gesetzen. Die sind immer in besonders schwerer Sprache geschrieben. Deshalb verstehen viele Menschen auch Gesetze nicht. Dabei sind viele Gesetze auch für Menschen gemacht, die nur einfache und Leichte Sprache verstehen, also zum Beispiel Menschen mit geistiger Behinderung oder Menschen, die neu in Deutschland sind. Das ergibt keinen Sinn.

Für Menschen, die jeden Tag schwere Sprache lesen, ist es erst einmal ganz schön ungewohnt, einfache Sprache zu benutzen. Einfach zu schreiben und zu sprechen, ist daher am Anfang schwer. Aber das geht. Man muss das nur wollen.

Das kann jede Person, die schon die schwere Sprache beherrscht. Man muss nämlich nur Sachen weglassen, komplizierte, fremde Wörter zum Beispiel oder viele Nebensätze. Eigentlich ist das gar nicht so kompliziert.

Für Menschen, die schwere Sprache können, ist es oft einfach nur bequemer, so zu schreiben und zu sprechen. Sie sind es so gewohnt.

Menschen, die schwere Sprache nicht verstehen, sind dann aber ausgeschlossen. Das wollen wir nicht mehr.

Deswegen gibt es heute diesen Antrag hier im Rat der Stadt Köln. Wir entscheiden gleich, ob die Stadt Köln das ab sofort nicht mehr möchte. Alle Kölnerinnen und Kölner sollen alles verstehen, was die Stadt schreibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der LINKEN)

Wenn viele Menschen so einen Antrag stellen, muss man sich gut absprechen. Alle wollen ein bisschen etwas anderes. Das ist normal. Dabei können dann auch Fehler passieren. Das ist leider auch bei diesem Antrag so.

In der „Zusammenfassung in einfacher Sprache“ steht etwas Falsches. Da steht:

Der Teil in einfacher Sprache ist in männlicher Form geschrieben.

Zum Beispiel schreiben wir: Mitarbeiter.

Da muss aber stehen: Teile in Leichter Sprache sind in männlicher Form geschrieben - und auch nur da. Die einfache Sprache arbeitet immer mit allen Geschlechtern.

Die Stadt hat dafür schon tolle Tipps für die Praxis erstellt. Sie haben leider einen etwas komplizierten Namen. Denn sie heißen „Praxistipps für eine geschlechterumfassende Sprache und wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln“.

(Heiterkeit)

Sie sollen natürlich weiter gelten.

Zum Glück ist der Fehler in unserem Antrag aber nicht in dem Teil vom Text, den wir heute beschließen wollen, sondern nur in der Begründung.

Die Praxistipps benutzen die Mitarbeitenden der Stadt bereits jetzt. Wenn man etwas trotzdem nicht versteht, muss man das nur sagen. Man kann dann einfach die Mitarbeitenden der Stadt fragen. Man muss keinen Grund dafür nennen,

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 18

(vom Redner ungelesene Fassung)

und niemand muss sich dafür schämen. Alle, die es möchten, bekommen dann ihre Briefe sogar in Leichter Sprache.

Leichte Sprache ist ganz besonders einfach. Leichte Sprache müssen wir aber noch richtig lernen. Damit einige Mitarbeitende der Stadt das können, dürfen sie eine Fortbildung machen. Uns Politikerinnen und Politiker kann man übrigens auch immer ansprechen, wenn man einmal etwas nicht versteht.

Alle Firmen, die zur Stadt gehören, sollen das auch so machen.

Das gilt aber ganz besonders für die KVB. Alle Menschen in Köln sollen den Bus und die Bahn gut nutzen können. Daher soll die KVB nur noch Leichte Sprache benutzen.

Das hilft dann vielleicht auch mir. Ich kann zwar einfache und schwere Sprache lesen, aber leider keine KVB-Pläne.

(Heiterkeit)

Die Änderungsanträge helfen leider niemandem. Deswegen lehnen wir sie ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auf meiner Rednerliste steht als Nächste Frau Röhrig.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede und jeder von uns hat das selbst schon einmal erlebt: Ich bekomme ein Schreiben von der Stadt Köln. Ich lese das Schreiben einmal. Ich lese es noch einmal. Ich verstehe es nicht. Es ist zu schwer geschrieben.

So wie mir geht es vielen Menschen. Das muss sich ändern. Vor allem Menschen mit Lernschwierigkeiten und Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen, hilft eine einfache und verständliche Sprache.

Mit dem Antrag „Einfache Sprache als Verwaltungsstandard für jegliche Außenkommunikation der Verwaltung“ wollen wir das erreichen.

Außenkommunikation: Das ist so ein Wort, das wir in Zukunft vermeiden wollen. Und wenn sich so ein schweres Wort nicht vermeiden lässt, dann muss es erklärt werden.

Wir fordern nicht nur die Verwaltung auf, verständlich zu schreiben und die Sätze kurz zu halten. Wir wollen uns auch selbst um diese einfache Sprache bemühen - so, wie ich es jetzt in dieser Rede versuche.

Diese Umstellung wird nicht von heute auf morgen klappen. Wir müssen üben. Wichtig ist, dass wir uns auf den Weg machen. Wichtig sind Kursangebote, um die einfache Sprache zu lernen.

Wichtig ist vor allem die Einsicht: Die Stadt ist für die Bürgerinnen und Bürger da, und die Stadt muss so sprechen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sie verstehen. - Das klingt einfach. Das ist aber eine große Herausforderung. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg, diese Herausforderung zu meistern.

Den Antrag der SPD und der FDP würden wir als Ergänzung zu unserem Antrag unterstützen. Es ist gut, wenn die Verwaltung den aktuellen Stand erläutert. Es ist aber nicht gut, wenn es dabei bleibt. Wir wollen heute schon die nächsten Schritte beschließen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Vot): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! In Deutschland waren bis 2019 85 000 Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen, und zwar deshalb, weil sie unter Betreuung stehen. Es handelt sich hierbei um den expliziten Ausschluss aus der demokratischen Teilhabe einer willkürlich gewählten - weil sie unter einer Betreuung stehen und dies damit verknüpft wird - Gruppe von Menschen.

Glücklicherweise wurde dieser Ausschluss 2019 vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Das Bundesverfassungsgericht teilt in seiner Entscheidung aber ebenfalls mit, dass demokratische Teilhabe nicht nur alle paar Jahre durch ein Kreuzchen auf einem Zettel erfolgt, sondern dass ein inklusives Wahlrecht bedeuten muss, dass Menschen, die regieren, und Menschen, die regiert werden und die Ersteren wählen, miteinander kommunizieren können müssen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Politikerinnen und Po-

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 19**

(vom Redner ungelesene Fassung)

litiker und als Verwaltungsmitarbeiter und Verwaltungsmitarbeiterinnen mit den Menschen auch kommunizieren können.

Es darf keine Voraussetzung sein, täglich Zeitung zu lesen oder schlimmstenfalls auch noch ein Jurastudium abgeschlossen zu haben, um die Kommunikation auch zu verstehen. Auch Kölnerinnen und Kölnern, die unter anderem eine andere Muttersprache als Deutsch haben, erleichtert die einfache Sprache den Alltag. Unser Anspruch sollte es sein, jeden Kölner und jede Kölnerin bei den wichtigen Entscheidungen, die wir hier treffen, mitzunehmen.

Deshalb möchten wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu aufrufen, diesem Antrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt ist es etwas doof, dass ich immer ein bisschen aus der Lamäng rede und mir deswegen nicht so einen wunderbaren Text in einfacher Sprache geschrieben habe. Aber ich will einmal so sprechen, dass Sie mich hoffentlich alle verstehen.

Um eines voranzustellen: Die Intention Ihres Antrags ist selbstverständlich richtig. Niemand hier im Saal - jedenfalls von den demokratischen Parteien - möchte Menschen über das Instrument der Sprache ausschließen. Davon bin ich überzeugt. Allerdings zeigt sich hier: Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht.

Das beginnt bei Ziffer 1 Ihres Antrags. Sie wollen nämlich schlicht sämtliche Außenkommunikation der Stadt auf einfache Sprache umstellen. Das ist aber ein Anspruch, der in absehbarer Zeit niemals zu erfüllen sein wird.

Deswegen ist es doch gerade richtig, das Ganze, wie das mit unserem Änderungsantrag geschieht, einmal abzuschichten, es etwas genauer zu betrachten und vor allen Dingen da auch mit der Verwaltung und den Mitarbeitern, die das ja dann umsetzen müssen, zu kooperieren. Deswegen wollen wir von der Verwaltung erst einmal wissen, wie weit die Bemühungen in diese Richtung eigentlich schon gediehen sind.

Um das noch einmal auseinanderzunehmen: Sie müssen unterscheiden zwischen einfacher Sprache - kompliziert, aber nicht zu kompliziert -, Leichter Sprache mit starrem Regelwerk - wirklich anspruchsvoll - und dem, was ich einmal als verständliche Verwaltungssprache bezeichnen würde und auf das sicherlich auch jede Bürgerin und jeder Bürger einen Anspruch haben.

Ich sage einmal so: Wenn Sie jetzt so anfangen, dass Sie fordern, die Verwaltung müsse ihre sämtliche Außenkommunikation umstellen, dann wird das nicht funktionieren.

Im Übrigen haben wir da auch - und das finde ich ganz beruhigend - eine Broschüre und eine Empfehlung der Agentur Barrierefrei, übrigens beschlossen durch den Inklusionsbeirat Nordrhein-Westfalen, an unserer Seite. Das sind die Empfehlungen für Träger öffentlicher Belange zum strategischen Umgang mit Leichter Sprache. Die sagen dort ausdrücklich: Es ist niemandem geholfen, wenn man jetzt anfängt, alles umzustellen. Insofern soll man doch bitte Prioritäten setzen und sich gut überlegen, welcher Adressatenkreis welche Informationen als Erstes braucht.

Das ist auch völlig richtig. Denn diese Prioritätensetzung ist auch deswegen erforderlich, weil wir uns ja einig sind, dass nicht alles auf einen Schlag gehen wird. Dann ist es doch wichtig, erst einmal mit den Informationen anzufangen, die den primären Adressatenkreis auch besonders interessieren. Anschließend können wir es peu à peu ausweiten und schauen, wo was sinnvoll ist.

Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Wir verschließen uns Ihrem Vorhaben ja überhaupt nicht. Es ist legitim und richtig, sich dort zu bemühen. Aber lassen Sie uns einmal im AVR und auch im Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren alles zusammenfassen, was die Verwaltung dazu schon liefern kann und wo sie vielleicht bereits Informationen in Leichter Sprache zur Verfügung stellt. Bestimmte Menschen sind auch wirklich auf Leichte Sprache angewiesen und nicht nur auf einfache Sprache. Wir sollten einmal schauen, wo es vielleicht schon Informationen in Einfacher Sprache gibt und wie weit die Verwaltung in ihren Bemühungen gediehen ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung darin zu unterstützen, in verständlicher Verwaltungssprache mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren.

Nachdem wir uns das angeschaut haben, können wir - das würde ich vorschlagen - in den Ausschüssen gemeinsam mit der Verwaltung eine Prioritätensetzung entwickeln.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 20

(vom Redner ungelesene Fassung)

So ist keinem geholfen. Wenn man einfach nur sagt, um es einmal in einfacher Sprache auszu-drücken, dass wir ab morgen alles anders ma-chen, wird das nicht funktionieren.

Deswegen sollten wir bitte Schritt für Schritt vor-gehen und dafür unseren Änderungsantrag be-schließen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich möchte an das anschließen, was Herr Krupp gesagt hat. Uns alle hier eint das Ziel, dass Politik und Verwaltung verständlich kommu-nizieren müssen. Die Menschen müssen die Be-scheide und Formulare, die die Verwaltung her-ausgibt, natürlich auch verstehen. Selbstver-ständlich hat jeder Mensch auch das Recht, wenn er es nicht versteht, dass man ihm auch eine Er-klärung gibt, damit eine Mitteilung verstanden werden kann. Das gilt insbesondere bei Men-schen mit eingeschränkter Lesefähigkeit.

Aber wir müssen uns hier auch ehrlich machen. Herr Bauer-Dahm, ich fand Ihren Beitrag auch sehr beeindruckend. Nun kenne ich Sie noch nicht so lange. Aber ein bisschen kenne ich Sie schon. Insofern muss ich doch sagen: Nicht immer kom-munizieren Sie so wie hier und heute.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

Hier erinnere ich nur einmal an den Punkt 3.1.17 unserer heutigen Tagesordnung, unter dem wir einen Antrag des Bündnisses behandeln werden, der den Titel „Verankerung des Ziels der gesamt-städtischen Klimaneutralität in Köln bis 2035“ hat. Anspruch und Realität gehen also schon ein biss-chen auseinander.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Aber ich will gar nicht böse sein, weil wir ja uns eigentlich im Ziel einig sind.

Nun zum vorgelegten Antrag: Das erste Problem des Antrags ist die Vermischung von einfacher und Leichter Sprache. Für die meisten Menschen reicht das Verständnis von Texten in einfacher Sprache aus. In der Praxis bedeutet die strikte Trennung von einfacher und Leichter Sprache,

dass Verwaltungsmitarbeiter und Verwaltungsmit-arbeiterinnen zwar in einfacher Sprache geschult werden können, aber Texte in Leichter Sprache gar nicht erstellen können. Das muss durch zerti-fizierte Übersetzungsbüros geschehen. Bei jeder Korrekturschleife müssen diese Büros auch wie-der eingeschaltet werden. Das gilt, wie gesagt, für jede Textänderung. Insofern ist es ein enormer Verwaltungsaufwand, wenn alle Informationen in Leichter Sprache erstellt werden sollen.

Und einmal am Rande bemerkt: Manchmal beißt sich die Leichte Sprache auch mit anderen Zielen, die wir in dieser Stadt letzstens noch beschlossen haben, zum Beispiel der gendergerechten Spra-che. Wer Leichte Sprache nutzt, muss sich vom Gendersternchen verabschieden.

Das Zweite ist die Frage der Zielgruppe. Nicht alle Texte der Verwaltung - Herr Krupp hat schon da-rauf hingewiesen - müssen in Leichter Sprache verfasst werden. Schätzungen gehen davon aus, dass das rund ein Viertel der Kölnerinnen und Köl-ner betrifft. Das heißt: Wir müssen doch vor allem die Dokumente in Leichter Sprache zur Verfügung stellen, die für den betroffenen Kreis von beson-derer Bedeutung sind, zum Beispiel Anträge auf Unterstützung zum Lebensunterhalt.

Drittens. Ich verstehe nicht, warum die Kollegen und Kolleginnen sich im vorgelegten Antrag nur auf das Thema Sprache beschränken. Kommuni-kation ist nicht allein Sprache. Andere Vermitt-lungsformen wie Bilder oder Videos können in vie-len Fällen wirkungsvoller und verständlicher sein als Texte in Leichter Sprache. Hier sind also Inno-vation und Einfallsreichtum gefragt.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem gemeinsa-men Änderungsantrag von SPD und FDP. Auch wir wollen eine verständliche und bürgerfreundli-che Kommunikation für alle Bürgerinnen und Bür-ger unserer Stadt. Aber wir wollen zuerst einmal eine Bestandsaufnahme bereits vorhandener An-gebote.

Da gibt es ja auch schon einiges. Wenn ich recht informiert bin, sind über 100 Seiten der städti-schen Homepage bereits in Leichter Sprache ver-fasst.

Wie wir heute gehört haben, wird der Livestream jetzt auch in Gebärdensprache übersetzt. Das halte ich ebenfalls für einen guten Ansatz. Herzli-chen Glückwunsch hierzu.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 21

(vom Redner ungelesene Fassung)

Meine Damen und Herren, unser Ziel muss eine zielgerechte, passgenaue und realistische Kommunikationsstrategie für Menschen mit eingeschränkter Lesefähigkeit sein. Das bietet unser Antrag von SPD und FDP. Ich bitte um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es liegt ein Änderungsantrag der AfD vor. Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Ich möchte auch von hier aus sprechen, Frau Oberbürgermeisterin. - Erst einmal vorweg: Vieles, was gesagt worden ist, ist richtig und wichtig. Gerade Herr Dr. Krupp und Frau Hoyer haben eine treffende Analyse vorgenommen.

Trotzdem geht unser Änderungsantrag dahin, dass wir die einfache Sprache als Verwaltungsstandard ablehnen. Wir können aber selbstverständlich - es wurde schon oft gesagt - den Wunsch vieler Kölnerinnen und Kölner nachvollziehen, die Probleme haben, das Amtsdeutsch zu verstehen, und damit Gefahr laufen, eventuell für sie wichtige Informationen aus diesen Schreiben nicht zu verstehen.

Allerdings sehen wir das Problem, dass wir nicht jeden Bürger sofort und die Bürger allesamt mit der einfachen oder auch Leichten Sprache konfrontieren sollten. Dann würden viele Menschen - dessen bin ich sehr sicher - sich fast schon beleidigt fühlen oder sich fragen, was die Politik und die Verwaltung denn da überhaupt gemacht haben.

Auf der anderen Seite - das habe ich eingangs schon gesagt - müssen wir aber die Bürgerinnen und Bürger abholen, die Schwierigkeiten haben, und ihnen die Möglichkeit geben, die Schreiben, die im Amtsdeutsch aufgesetzt worden sind, vollends zu verstehen. Und um frei von Verständigungsproblemen zu sein, reicht es nicht unbedingt aus, dass man Muttersprachler ist.

Für diese Menschen schaffen wir aber mit unserem Änderungsantrag ein Angebot. Bei Bedarf kann man nämlich bei den einzelnen Schreiben, die aus verschiedenen Textbausteinen bestehen, einen QR-Code mit dem Handy scannen und sie online - in Anführungsstrichen - „übersetzt“ lesen.

Dazu ein kleiner Exkurs: Ich bin mit einer Sizilianerin verheiratet und erlebe das Problem tagtäglich.

Sie können mir glauben, dass das Amtsdeutsch für viele meiner Familienmitglieder, die Deutsch nicht in der Schule hatten oder erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen sind, eine sehr große Hürde ist, gerade im Austausch mit den Behörden. Daher kommt es vor, dass viele der Schreiben, die vom Amt bzw. von der Stadt kommen, gar nicht mehr geöffnet werden, weil die Frustration so groß ist, wenn man sie wirklich nicht versteht.

Deswegen sehen wir natürlich den Bedarf, diese Schreiben oder auch die Arbeit des Stadtrates transparent zu machen.

Daher bitte ich Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Stimmen Sie unserem Antrag zu, das Amtsdeutsch nicht gänzlich auszutauschen, sondern diese Möglichkeit für diejenigen nutzbar zu machen, die darauf angewiesen sind, und sie technisch so auszubauen, dass sie wegen purer Verständigungsprobleme oder einfach zum Abgleich für sich selber, ob man das einem vorliegende Schreiben auch richtig verstanden hat, zur Verfügung steht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Meine Damen und Herren, natürlich ist es wichtig, dass Verwaltungshandeln verständlich ist und dass alle Kölnerinnen und Kölner verstehen, was wir ihnen schreiben.

In der Debatte heute ist aber meines Erachtens auch deutlich geworden, dass wir dieses wichtige Anliegen, das ich auch habe, nicht von heute auf morgen umsetzen können und auch nicht von heute auf morgen umsetzen werden. Das ist mit einem riesengroßen Aufwand verbunden, der natürlich auch Kosten verursacht.

Wichtig ist allerdings, dass die Kolleginnen und Kollegen - und da gibt es ja Richtlinien innerhalb der Verwaltung - auch diese Haltung annehmen, verstanden werden zu können und sich so auszudrücken, dass es wirklich verständlich ist.

Deswegen möchte ich für die Abstimmung festhalten, dass wir diesen Antrag als Prüfantrag beschließen und die Verwaltung Ihnen mitteilen wird, in welchen Schritten wir uns zu diesem Ziel hin begeben können. Denn es wird, wie gesagt, nicht von heute auf morgen umzusetzen sein.

Aber Sie dürfen gewiss sein: Es ist auch mein Ziel, dass alle Kölnerinnen und Kölner das verstehen,

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 22

(vom Redner ungelesene Fassung)

was die Stadt ihnen schreibt, und nicht, wenn sie einen grauen Recyclingumschlag von der Stadt erhalten, davor zurückschrecken, ihn zu öffnen, weil sie glauben, nicht zu verstehen, was in dem Schreiben steht.

Ich lasse - -

(Ralph Sterck [FDP]: Frau Oberbürgermeisterin!)

- Ja, bitte, Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin, wenn ich nachfrage. Aber Sie haben gerade den Antrag irgendwie umgedeutet. Es ist ja ungewöhnlich, wenn das vonseiten der Verwaltung kommt. Ich möchte hier nur wissen, wie die Beschlusslage dann ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Noch gar nicht. Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge abstimmen.

Ralph Sterck (FDP): Ja. Aber Sie wollen ja den Antrag anders verstehen, als er hier eingebracht worden ist. Deswegen frage ich jetzt nur nach. Wir beschließen am Ende doch schon den Antrag, der hier vom Bündnis eingebracht worden ist. Denn sonst müssten Sie ja den Beschluss nachher beanstanden, wenn Sie sagen, dass Sie - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich könnte den Beschluss auch so beanstanden, weil ich keine Deckung sehe. Aber das möchte ich nicht, weil wir da alle das gleiche Ziel haben.

Ralph Sterck (FDP): Mir geht es nur darum, dass wir nachher genau wissen, was wir hier beschlossen haben, weil Sie jetzt gesagt haben, dass Sie das als Prüfauftrag umdeuten wollen.

Ein Prüfauftrag ist eher das, was SPD und FDP eingebracht haben. Das ist ein Prüfauftrag und damit eigentlich das, was Sie dann mit beschließen können, wofür wir ja auch werben.

Aber das, was hier vom Bündnis eingebracht worden ist, ist ein ganz klarer Auftrag an die Verwaltung, sodass es da nichts mehr zu prüfen gibt. Sonst müssten Sie es beanstanden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch zwei weitere Wortmeldungen, und zwar zunächst von Frau Gabrysch und dann von Frau Syndicus.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Zunächst einmal bitte ich um Entschuldigung. Ich habe wirklich versucht, mich sichtbar zu melden. Aber das ist irgendwie immer ein bisschen schwierig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist von hier aus ganz schwierig zu sehen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Deswegen vielen Dank, dass wir beide jetzt noch reden dürfen. - Ich hatte tatsächlich ursprünglich vorgehabt, einen Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag zu stellen, und zwar aus dem gerade genannten Grund, dass in dem Text der Begründung des Antrags das generische Maskulinum benutzt wurde.

Es freut mich, dass sich das jetzt aufgeklärt hat, dass das also nur ein Missverständnis oder ein Fehler war und dass in dem zugrunde liegenden Leitfaden tatsächlich das Gendersternchen schon vorgegeben ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein, nein, nein! Gendersternchen ist nicht einfache Sprache!)

- Ich habe das tatsächlich gerade mit den zwei Kollegen da hinten noch recherchiert. Wenn dem nicht so sein sollte, wird es sicherlich auch noch einmal einen Antrag dazu geben.

Jedenfalls möchte ich dann wenigstens noch ganz kurz den Teil meines Redebeitrags halten, der erläutert, warum das mir und auch den KLIMA FREUNDEN, für die ich hier spreche, so wichtig ist.

Grundsätzlich finde ich den Antrag großartig. Die Stadt möchte dadurch die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben stärken. Mit diesem Beschluss möchte sie ausdrücklich den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Für uns würden diese Bemühungen aber tatsächlich konterkariert, wenn dies bedeuten würde, dass in der einfachen Sprache das generische

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 23

(vom Redner ungelesene Fassung)

Maskulinum verwendet würde. Aus unserer Perspektive sind kleine Einbußen bei der Ästhetik, die - so haben das wissenschaftliche Studien ergeben - von den Menschen wahrgenommen werden, ein vernünftiger Preis für die gleiche Repräsentation aller Geschlechter.

Außerdem ist die Frage der Ästhetik lediglich eine Frage der Gewöhnung. Auch das ist mittlerweile wissenschaftlich belegt.

Hier sei auch noch einmal gesagt - das liegt mir sehr am Herzen -: Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Wenn wir uns jetzt dagegen wehren, unseren Sprachgebrauch umzustellen, um in unserer Ansprache wirklich alle Menschen und alle Geschlechter zu repräsentieren, dann ist das, mit Verlaub, unsere Bequemlichkeit. Und das kann nicht der Grund dafür sein.

Ich kann aus eigener Erfahrung sagen - denn auch ich habe 40 Jahre meines Lebens nicht gegendert -: Auch mir ist es am Anfang schwergefallen. Aber wenn man einmal anfängt, es zu üben, gewöhnt man sich ganz schnell daran.

Ich kann allen, die sich dagegen sträuben, nur empfehlen: Kommt uns einmal im Klimacamp auf den Uniwiesen besuchen. Wenn ihr dort ein paar Tage mit uns über Dinge diskutiert, werdet ihr euch ganz schnell daran gewöhnen.

Wir begrüßen auf jeden Fall diesen Antrag und freuen uns, dass wir hiermit ein konsequentes Zeichen setzen, indem wir auch in der einfachen Sprache die gendersensible Schreibweise anwenden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndikus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wer hätte gedacht, dass die einfache Sprache und die Leichte Sprache am Ende anscheinend so kompliziert zu definieren sind, wie wir es hier gerade merken? Im Moment weiß niemand mehr wirklich, was gemeint ist.

Auch das angefügte Beispiel im Ursprungsantrag ist im generischen Maskulinum geschrieben. Deswegen bin ich, ehrlich gesagt, gerade auch ein wenig verwirrt.

Wir sind Mitantragstellerin des Antrags. Dass in der einfachen Sprache das generische Maskulinum verwendet werden soll, war mir allerdings auch nicht bewusst.

Wir tragen natürlich die Feststellung mit, dass einfache Sprache für Inklusion und Teilhabe sorgt. Allerdings finden wir nicht, dass mit dem generischen Maskulinum alle mitgemeint sind.

Denken Sie an eine Gruppe von zehn Ärzten. Ich hoffe, dass wir in der Runde hier ein ausgewogenes Verhältnis aller Geschlechter im Kopf haben. Wissenschaftliche Studien zeigen hingegen anderes. Ich bin kein Politiker; ich bin Politikerin. Und solange man bei dem Wort „Politiker“ an einen unteretzten älteren Herrn denkt, möchte ich die Frage stellen, ob man mit diesem Antrag nicht zwei Schritte nach vorne, aber mindestens auch einen halben Schritt zurück geht.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Einfache Sprache ja, aber alle mitnehmen und nicht nur mitmeinen! - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Ich möchte Ihnen nur einmal erläutern - diejenigen, die in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik mitarbeiten, wissen das -, dass wir das schon vor Jahren diskutiert haben. Alle, die damit zu tun haben, kennen auch den Unterschied zwischen einfacher und leichter Sprache. Aber es ist in der Tat so, dass es komplexe Verwaltungszusammenhänge gibt, die wirklich übersetzt werden müssten. Das ist ein Aufwand, der nicht von heute auf morgen umzusetzen ist.

Mir ist wichtig - und darauf achte ich seit Beginn meiner Amtszeit als Sozialdezernentin -, dass das, was die Stadt schreibt, von jedem Kölner und jeder Kölnerin verstanden werden kann. Das ist manchmal nicht leicht. Aber es wird zunehmend besser.

Deswegen würde ich gerne mit Bezug auf Herrn Sterck noch einmal sagen, dass wir als Verwaltung gerne bereit sind, zu prüfen und so weit wie möglich umzusetzen und Ihnen auch darüber zu berichten, was wir jetzt in der konsequenten Umsetzung erreicht haben. Aber mehr kann ich Ihnen heute hier nicht zusagen.

Deswegen würde ich jetzt gerne unter dieser Prämisse abstimmen lassen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von SPD und FDP. Wer stimmt dagegen, meine Damen und Herren? - Das sind DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, Volt und die CDU. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die AfD, die Ratsgruppe GUT, die KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

(Ralph Sterck [FDP]: Wie haben Sie abgestimmt, Frau Oberbürgermeisterin?)

- Ich habe doch vorher gesagt, was ich für möglich halte, oder nicht? Ich halte nur dies für möglich.

(Christian Joisten [SPD]: Haben Sie jetzt zugestimmt oder abgelehnt?)

- Aber meine Stimme war nicht ausschlaggebend. Ich halte nur diese Umsetzung für möglich. Ich kann auch anders abstimmen. Es bringt aber nichts, weil wir es nicht umsetzen können.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann gibt es den Ursprungsantrag, den ich bitte, so zu verstehen, zu prüfen und so weit wie möglich umzusetzen. Ich bitte hier um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT, die KLIMA FREUNDE und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die AfD, die SPD-Fraktion und Die PARTEI. Dann ist dieser Antrag angenommen.

Wie wir bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen haben, rufe ich jetzt gemeinsam auf:

3.1.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Klarheit für Eltern bei den Elternbeiträgen - einheitliche Lösung schaffen auch bei unzureichender Beteiligung des Landes“ AN/1402/2021

10.51 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen 2337/2021

Hierzu spricht als Erster Herr Bürgermeister Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Eltern und Familien am Livestream! In der letzten Sitzung des Rates der Stadt Köln formulierte ein von mir sehr geschätzter Kollege zu unserem und meinem sozialdemokratischen Kampf um die Befreiung von Elternbeiträgen Folgendes: Und täglich grüßt das Murmeltier. - Ich grüße Sie also in diesem Sinne heute erneut und möchte das Murmeltier fortführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist immer ein hartes Ringen, wenn es um Geld geht. Zur Bewältigung der Pandemie wurden riesige Mengen an Geld freigesetzt. Es bleibt aber - und da bin ich sicher nicht alleine - bei vielen Menschen der Eindruck, dass Kinder und Familien irgendwie an letzter Stelle stehen und standen.

Dieser Eindruck entsteht auch - und das ist der Grund unseres heutigen Antrages - in der Frage der Elternbeiträge bei geschlossenen Kitas oder Kitas mit Notbetreuung oder im Teilbetrieb. Eine Aussage in einfacher Sprache - keine Kita-Besuche, keine Beiträge - scheint irgendwie schwer zu sein. Das ist klar.

So wurde hinter den Kulissen immer wieder heftig um die Entlastung der Familien gekämpft. Es sind Schritte erreicht worden - wenige, die im Vergleich zu den Abermilliarden der Pandemiefolgenbekämpfung doch recht klein erscheinen.

Nun komme ich aber zu der vielleicht auch für Sie zentralen Frage: Ist diese vor einigen Tagen erreichte Einigung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden - ich nenne jetzt einmal das Ergebnis vorweg; Sie sehen das ja in der Vorlage 10.51 - auch eine gerechte und eine wertschätzende Einigung?

(Bernd Petelkau [CDU]: Ja, klar!)

Das Ergebnis lautet, Herr Petelkau: zwei zusätzliche Wochen beitragsfrei. - Nein, das reicht nicht. Dies ist der kleinste Nenner und ein lauwarmer Kompromiss aus heiß und kalt, der viele Menschen und viele Eltern in der Ecke stehen lässt.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen. Von Januar bis Juni gab es für die Kita-Kinder wenige bis gar keine Kita-Besuche. Viele Eltern nahmen aus den unterschiedlichsten Gründen die Kita-Betreuung in dieser Zeit nahezu komplett nicht in Anspruch. Die Gründe dafür waren unterschiedlichster Natur. Zum Beispiel hatten oder haben die Familien, die Eltern oder die Alleinerziehenden berechnete Ängste vor einer Ansteckung und einer Übertragung im Umfeld gehabt. Oder -

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 25

(vom Redner ungelesene Fassung)

das kam auch sehr häufig vor - viele haben aus Solidarität zu anderen Familien die Notbetreuung oder die eingeschränkten Angebote nicht in Anspruch genommen. Gerade diese Familien, die so solidarisch handelten, wären nun doppelt betroffen.

So individuell die Familiensituation in Köln auch ist, so vielfältig sind auch die Gründe, die zum Nichtbesuch einer Kita geführt haben. Nun aber müssen diese Familien für Monate zahlen, die sie nicht in Anspruch genommen haben.

Viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten zu dem aktuell gefundenen Kompromiss sagen: Na ja, besser als nichts. - Aber soll es das wirklich gewesen sein, bei all den Milliarden, die wir sonst auf uns genommen haben? Gerecht ist das nicht, insbesondere nicht für die vielen Familien, die in dieser schweren Zeit solidarisch gehandelt haben. Uns sollten die Kölner Familien mehr wert sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Kessing das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Ralf, selten bin ich so verblüfft. Wenn ich diese Rede höre und mir diesen Antrag angucke, dann sehe ich zwei Welten.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Für die Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream: Der Antrag der SPD forderte dazu auf, mit dem Land zu verhandeln, damit wir landeseinheitliche Regelungen zur Beitragserstattung haben. Das war der Antrag. Kein Wort von: Wir wollen immer niemals Elternbeiträge zahlen - ein Ziel, das sicherlich wünschenswert und richtig ist. Nur damit hier einmal ein bisschen Klarheit besteht!

(Dr. Ralf Heinen [SPD]: Vollständige Entlastung!)

- Ja, man guckt genau auf den Antrag. Es ist also sehr viel Rede für einen sehr kleinen Antragstext gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber schöne Chuzpe bei der Rede! Chapeau!

Richtig ist, dass viele Eltern und ihre Kinder vor riesigen Herausforderungen in der Pandemie gestanden haben. Die Eltern arbeiten im Einzelhandel, in Kliniken, in sozialen Einrichtungen, im Homeoffice - oder auch nicht. Das Leben mit viel oder wenig Platz, mit oder ohne Garten, hat viele Eltern gefordert und belastet. Da sind wir uns alle einig.

Die Lösungen waren individuell. Und da unterscheidet sich die Wahrnehmung. Es gab viele Eltern, die aus guten Gründen ihre Kinder auch in die Kita geschickt haben, zum Wohle der Kinder und auch zu ihrer eigenen Entlastung. Und es ist völlig richtig, diese individuellen Entscheidungen zu treffen.

Aktuell können wir durchatmen. Die Inzidenz sinkt. Die Impfquote steigt. Das Management der Pandemie der Stadt Köln erfährt auch jenseits der Stadtgrenzen eine hohe Anerkennung, manchmal sogar ein wenig Neid. Ein herzliches Dankeschön dafür!

Mich hat gefreut, dass sich im JHA alle Träger der Jugendhilfe für das Engagement der Stadt gerade in diesem Bereich sehr bedankt haben - auch bei der Unterstützung, was Impfaktionen angeht, der Versorgung mit den Lolli-Tests etc.

Die Pandemie hat aber auch offengelegt, wo es Probleme gibt und wo wir massive soziale Missstände haben. Diese Grundsatzfragen können wir aktuell nur zum Teil in einem akuten Krisenmanagement lösen. Aber wir werden sie nicht aus dem Blick verlieren. Die Frage der Kita-Beiträge oder des Flickenteppichs in ganz NRW ist ein solches Thema.

Aber nun zum Antrag selbst: Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe SPD, es ist jetzt ein bisschen Pech - man hat es an der Rede gemerkt -, dass manche Wünsche schneller, zumindest zum großen Teil, in Erfüllung gehen, als ein Ratsantrag beschlossen werden kann. So ist das heute passiert. Die geforderte landesweite Regelung, die ein Kernbestandteil Ihrer Forderungen war, liegt nun offen auf dem Tisch. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich mit dem Land geeinigt - nach schwierigen Verhandlungen.

Wer schon einmal verhandelt hat, weiß, wie das so ist: Man kommt meistens anders heraus, als man hineingegangen ist. So ist das auch mit der Maximalforderung der vollen Beitragserstattung. Natürlich hätten wir uns auch noch mehr wünschen können und wollen. Aber wenn ich auf diese Gesamtsituation blicke, kann ich sagen:

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 26

(vom Redner ungelesene Fassung)

Dieses Ergebnis ist für Eltern, Kommunen und Land eine tragbare Lösung.

Wir, die wir den Haushalt verantworten müssen und dürfen, können uns auch nicht im freien Wunsch-dir-was verlieren. Wir wissen: Diese Regelung, die nun mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffen worden ist, muss jetzt umgesetzt werden.

Doch heute bitte ich Sie, liebe SPD: Ziehen Sie doch den Antrag zurück. Dann haben wir erstens ein tragbares Ergebnis und müssen zweitens den Antrag nicht ablehnen. Beim nächsten Mal können Sie dann ja wieder einen Antrag stellen, in dem Sie die Beitragsfreiheit insgesamt fordern. Dann werden wir diese Debatte erneut führen, aber an einem korrekten Antrag mit einem korrekten Beschlusstext. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Anliegen dieses Antrags der SPD ist berechtigt. Es ist zwar begrüßenswert, dass die Verwaltung jetzt ebenfalls eine Vorlage, die eine weitere Erstattung von Beiträgen an Eltern vorsieht, zugesetzt hat. Das begrüßen wir auch. Dennoch halten wir den weitergehenden Antrag der SPD für richtig.

Es ist richtig, dass Familien mit Kindern weitere finanzielle Hilfe für Belastungen in der Pandemie brauchen. Es ist richtig, dass es eingeschränkte Angebote gab und sie dafür nicht zur Kasse gebeten werden dürfen.

Der Verwaltung ist allerdings nicht zuzumuten, dass sie jetzt genau herausfindet, welche Eltern in welchem Umfang KITAS genutzt haben. Dieser Aufwand wäre zu hoch. Deshalb ist der Antrag der SPD der einzig praktikable Weg, Elternbeiträge weiter zu erstatten.

Wenn das Land allerdings nicht zu einer weiteren Erstattung bereit ist, stellt sich die Frage: Was machen wir dann? - Ich denke, dass die Stadt Köln aus ihrem Haushalt diese Kosten übernehmen sollte.

Deshalb stellt meine Fraktion folgenden Änderungsantrag zum SPD-Antrag:

Hinter „... April.“ bitte einfügen:

Sollte das Land nicht zu einer Refinanzierung bereit sein, trägt die Stadt die Kosten aus dem eigenen Haushalt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Normalerweise wäre ich nach vorne gekommen. Aber ich danke an dieser Stelle Ulrike Kessing für ihre Worte. Denen haben wir nicht viel hinzuzufügen - außer, dass wir uns sehr darüber freuen, dass Land und Kommunen einen Konsens gefunden haben,

(Beifall bei der FDP)

der alle entlastet und landesweit gleiche Verhältnisse schafft. Herzlichen Dank dafür.

Dementsprechend wird die FDP auch diesen Antrag ablehnen und freut sich über das, was schon erreicht ist. - Danke.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Ursprungsantrag in der mündlich geänderten Fassung abstimmen.

(Zuruf)

- Doch. Sie haben den Zusatz ja mündlich begründet.

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Die SPD müsste sagen, ob sie ihn übernimmt!)

- Die SPD hat zumindest geklatscht.

(Heiterkeit)

Aber die SPD mag sich trotzdem natürlich gerne als Ganzes entscheiden. Insofern würde ich zuerst über den mündlichen Änderungsantrag der LINKEN abstimmen lassen. - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir sind uns im Ziel der Elternbeitragsfreiheit einig. Das ist klar. Unsere Position kennen Sie.

Deswegen bitten wir darum, über den Änderungsantrag der LINKEN separat abzustimmen - das ist ja der weitergehende Antrag -, dann über unseren Antrag abzustimmen und anschließend über die Vorlage unter TOP 10.51, die wir ja gleichzeitig behandeln, den sogenannten Kompromiss, abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. So machen wir es.

Ich lasse also zunächst über den mündlichen Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, die SPD-Fraktion, Die PARTEI, die KLIMA FREUNDE und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen, also über den SPD-Antrag, der für mich in dem Sinne hier der Ursprungsantrag ist. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, Die PARTEI, die SPD-Fraktion, die KLIMA FREUNDE und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag nicht beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Vorlage unter TOP 10.51 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Tagesordnungspunkt

**3.1.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Corona-Screening im Abwasser“
AN/1397/2021**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1492/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/1508/2021**

Ich gebe Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe

Kollegen, liebe Kolleginnen! Wir freuen uns alle darüber, dass die Inzidenzzahlen zurückgehen und wir nun wieder mehr Freiheiten genießen können. Vor allem freuen wir uns darüber, dass sich deutlich weniger Menschen mit dem Coronavirus anstecken und dadurch die Gesundheit und das Leben der Menschen eine bessere Perspektive haben.

Blicken wir doch einmal ein Jahr zurück. Da haben wir uns in einer ganz ähnlichen Lage befunden wie heute: Der Sommer war da. Die Inzidenzzahlen gingen zurück und haben dafür gesorgt, dass es uns besser ging.

Damals wäre es an der Zeit gewesen, dass die Politik vorausschauend geplant hätte. Ich meine damit ausdrücklich nicht die Kölner Politik, sondern die Bundespolitik. Ich glaube, dass dort viele Chancen vertan worden sind, weil technische und innovative Möglichkeiten nicht genutzt worden sind. Dieses sollte uns nicht noch einmal passieren.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, eines sollten wir aus der Pandemie gelernt haben: Nutzen wir alle Chancen, die uns die Wissenschaft bietet, um der Pandemie vorausschauend zu begegnen. Und mit unserem vorgelegten Antrag bietet sich eine solche Chance.

Ich gebe zu: Als wir diesen Antrag geschrieben haben, kannten wir die Initiativen der StEB im Hinblick auf die Corona-Forschung nur unzureichend. Natürlich freuen wir uns darüber, dass die StEB hier schon im Rahmen des CoroMoni-Projektes aktiv ist. Aufgrund dieser neuen Informationen haben wir unseren Antrag auch überarbeitet und stellen ihn nun in geänderter Form zur Abstimmung.

Ich gebe auch zu: Als wir den Änderungsantrag zu unserem Antrag eingestellt haben, ist das sehr kompliziert gewesen - so, wie wir das aufgeschrieben haben. Da ist uns ein Fehler unterlaufen. Keiner ist perfekt. Es war jedenfalls kein Beispiel für Leichte oder einfache Sprache.

Eines ist aber trotzdem klar: Wir müssen diesen Antrag heute beschließen. Denn das Thema hat sich nicht erledigt. Es besitzt weiter hohe Aktualität und muss über die Zuarbeit der StEB im Rahmen des CoroMoni-Projektes hinausgehen, und zwar aus folgenden Gründen:

Von besonderer Bedeutung bei dem Corona-Abwasser-Monitoring ist die PCR-Analyse. Nur sie lässt aussagekräftige Aussagen über die Verbreitung des Virus zu. Diese Kompetenz besitzt die

StEB zurzeit nicht. Das Klärwerk in Stammheim kümmert sich nur um Probenahmen und Probeaufbereitung. Die PCR-Analyse erfolgt bei anderen Partnern. Im Sinne einer schnellen und erfolgreichen Virusbekämpfung sollten wir diese Kompetenz zur PCR-Analyse in Köln vorhalten. Dies kann beim Gesundheitsamt oder auch bei einem von der StEB beauftragten Labor erfolgen.

Hier besteht auch der entscheidende Unterschied zu dem Änderungsantrag des Ratsbündnisses, weil Sie zwar eine Arbeit im Rahmen des Corona-Monitorings vorschlagen, aber nicht ausdrücklich sagen, dass wir auch die Kompetenz zur PCR-Analyse haben sollten. Deswegen werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen können.

Selbst wenn Sie zu der Entscheidung kommen sollten, unseren Antrag nicht anzunehmen, werden wir den Änderungsantrag trotzdem in der Endabstimmung unterstützen. Denn nach dem Motto „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“ ist es immerhin ein Einstieg.

Auch aus einem zweiten Grund ist dieser Antrag sehr wichtig. Die EU hat bereits eine Empfehlung zu einem Abwasser-Monitoring für Städte mit mehr als 150 000 Einwohnern gegeben. Die Umsetzung liegt zwar bei den Bundesbehörden. Aber es ist damit zu rechnen, dass die Empfehlung umgesetzt wird.

Drittens. Im Sommer 2020 stellte die Bundesregierung die Fördergelder für ein deutschlandweites Projekt des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung ein, weil sie wohl hoffte, dass sich Corona erledigt hätte. Welch eine Fehleinschätzung! Jetzt sollen Fördergelder wieder vergeben werden. Hier sollte Köln seinen Anspruch anmelden. Nutzen wir die Chance, im Bereich des Abwasser-Monitorings deutschlandweit eine Führungsrolle zu übernehmen, die zudem dem Gesundheitsschutz unserer Bürgerinnen und Bürger dient!

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna hat jetzt das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Die Kollegin Gärtner spricht für uns gemeinsam. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns unter Grünen, Volt und CDU darauf geeinigt, um Zeit zu sparen - wir haben ja so viele Anträge -, dass ich gemeinsam für das Bündnis spreche.

Um es vorwegzunehmen: Den Antrag der FDP werden wir ablehnen und stattdessen unseren eigenen Änderungsantrag voranbringen. - Das verwundert die FDP, wie ich gerade sehe, nicht.

Ich möchte Ihnen aber begründen, warum wir so vorgehen. In Köln werden viele Bausteine zur Pandemiebekämpfung eingesetzt. Ein wichtiges Beispiel ist ein engmaschiges Netz an Teststationen.

Ein weiterer möglicher Baustein, Erkenntnisse über das Infektionsgeschehen im Sinne eines Frühwarnsystems zu gewinnen, stellt in der Tat die Untersuchung von Abwasser auf Coronaviren dar. Forschungsprojekte zum Nachweis des Virus über eine Abwasseranalyse laufen bereits seit dem vergangenen Jahr sowohl in Deutschland als auch in vielen anderen Staaten. Die Konzentration des Virus in Abwasserproben erlaubt demnach Rückschlüsse darauf, ob und welche Corona-Infektionen in der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes zu- oder abnehmen.

Die StEB waren im vergangenen Jahr Teil eines Expertenteams, das dazu beitragen sollte, ein deutschlandweites Abwasser-Monitoring auf COVID-19 zu etablieren. Die StEB steuerten seit Anfang dieses Jahres ihre Erkenntnisse zu verschiedenen Projekten unterschiedlicher Forschungsträger bei. Die bisherigen Projekte haben allerdings bisher keine Erkenntnisse über Kölner Proben ergeben.

Neue oder weitergehende Projekte wurden zunächst nicht aufgelegt, weil das Infektionsgeschehen rückläufig war und insbesondere deshalb keine öffentlichen Mittel zur Finanzierung erworben werden konnten.

Die Zuständigkeit für diese Aktivitäten insgesamt liegt bei den Bundesbehörden, die derzeit mit Fragen einer Fortführung des Abwasser-Screenings befasst sind. Wir gehen davon aus, dass dort auch eine positive Entscheidung herauskommt.

Ein Kölner Alleingang, wie die FDP ihn fordert, macht überhaupt keinen Sinn. Es kämen erhebli-

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 29

(vom Redner ungelesene Fassung)

che Kosten auf die Stadt zu, ohne dass damit wissenschaftlich wertvolle Erkenntnisse gewonnen und eingesetzt werden könnten, wie sie in einem bundesweiten Forschungsverbund erzielt werden.

Daher soll - so unser Antrag - die Verwaltung nach Klärung der Zuständigkeit zwischen dem Bundesgesundheits- und dem Bundesumweltministerium Interesse an einem Corona-Screening im Abwasser in Köln bekunden.

Wir wollen weiterhin dann die Verwaltung bitten, wenn der Stadt Köln eine Teilnahme am Corona-Screening in Aussicht gestellt wird, dass die Kostenträgerschaft geklärt wird und dem Rat dargelegt wird, ob und welche Kosten aus kommunalen Mitteln bzw. Mitteln der StEB dafür benötigt würden. Darüber müssten wir dann noch einmal einen gesonderten Beschluss fassen.

Wir halten es für den richtigen Weg, uns da dem bundesweiten Vorgehen anzuschließen. Das möchte ich noch einmal betonen. Wir glauben auch, dass es Sinn macht, einen so großen Forschungsverbund hier zu haben und nicht einen Alleingang zu unternehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kollegen von der FDP, wir sind sehr dankbar dafür, dass ihr den Änderungsantrag selber geschrieben habt. Dann mussten wir es nicht tun. Denn euer ursprünglicher Antrag klang so, als sei das ein etabliertes Verfahren; man könne es morgen einsetzen, und übermorgen könne der Krisenstab Handlungsanweisungen daraus ableiten.

Das ist für eine Großstadt nicht gegeben. Wir wissen noch gar nicht, wo wir Proben ziehen müssen. Eine Probe am Tag an einem Standort wird sicher nicht reichen.

All das ist hoch spannend. Ich halte das als Mediziner wirklich für eine ganz tolle Sache. Wir werden fünf bis zehn Tage vorher wissen, wie das Infektionsgeschehen verläuft, wenn das Verfahren einmal etabliert ist. Aber das muss erforscht werden.

Und - Frau Diemert wird mir zustimmen - Forschung wird nicht von der Stadt Köln bezahlt, sondern vom Land oder vom Bund. Deshalb finde ich euren Änderungsantrag gut, weil ihr genau das aufgenommen habt. Meine Fraktion wird diesem Änderungsantrag gerne zustimmen.

Zur Not - ich sage tatsächlich: zur Not; aber wahrscheinlich wird es ja so kommen - stimmen wir auch dem Änderungsantrag des Bündnisses zu, weil das wenigstens etwas ist. Ich kann mich da auf das stützen, was du gesagt hast, Katja: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Aber der Änderungsantrag der FDP ist deutlich der weitergehende und sinnvollere Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse dann zunächst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt und dann über den Ursprungsantrag der FDP in der Fassung des Änderungsantrags abstimmen, der sich allerdings bei Annahme des Ersetzungsantrags, über den ich zuerst abstimmen lasse, erledigen würde.

Ich lasse also jetzt über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen?

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Nein, ich lasse erst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. - Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Nein, eine Bemerkung. Entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin. Ich möchte mich nicht zu sehr in Ihre Abstimmungssachen einmischen. Sie würden uns allerdings nach den Wortmeldungen von SPD und FDP helfen, wenn Sie jetzt über den Änderungsantrag abstimmen lassen würden. Dann könnten wir da unser Missfallen - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Über Ihren Ursprungsantrag in der geänderten Fassung, meinen Sie?

Ralph Sterck (FDP): Nein, über den Änderungsantrag des Bündnisses. Wir würden wir dann dagegenstimmen, um damit unseren eigenen Antrag zu unterstützen. Trotzdem wird der Antrag des Bündnisses eine Mehrheit bekommen. Dann machen wir eine Endabstimmung über den so geänderten Antrag, und da könnten alle einstimmig wieder zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das ist ja ein Ersetzungsantrag. Das kann ich nicht, wenn er beschlossen wird. Ich will Ihnen gerne entgegenkommen. Ich merke ja, was hier abläuft. Aber wenn er beschlossen wird, dann geht das nicht.

Ralph Sterck (FDP): Sie können doch dann über den so geänderten, so ersetzten Antrag eine Schlussabstimmung machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Antrag ist dann erledigt; er ist ja dann ersetzt worden. Das geht leider nicht. Ich verstehe, was Ihr Ziel ist; klar.

Aber schauen Sie sich bitte, wie gesagt - darum würde ich Sie nach dem heutigen Tag wirklich sehr bitten -, noch einmal Ihre Geschäftsordnung an.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Ja, ich habe sie auch nicht auswendig gelernt. - Gut.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich warte noch ein bisschen ab.

(Ralph Sterck [FDP]: Mehr wird es nicht!)

- Mehr Gegenstimmen werden es nicht. Okay. Dann gibt es Gegenstimmen der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist der Antrag so beschlossen.

Damit entfällt, wie wir gerade gesagt haben, natürlich die Abstimmung über den Ursprungsantrag.

Tagesordnungspunkt

3.1.11 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Abschaffung von Gendersprache“ AN/0936/2021

Ich gebe dem Antragsteller das Wort. Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Neben der schon aufschlussreichen Begründung in unserem Antragstext möchte ich Ihnen noch weitere Beispiele geben, wieso das Gendern abgeschafft, mindestens aber aus der Verwaltung herausgehalten werden sollte.

(Beifall bei der AfD)

Viele versuchen, das generische Maskulinum zu umgehen, indem sie die beschreibende Form wählen und zum Beispiel „Studierende“ statt „Studenten“ schreiben. Hier wird es aber teilweise ungenau. Denn grammatikalisch gesehen muss das Partizip nicht die gleiche Bedeutung wie das dazugehörige Substantiv haben. Ein Backender zum Beispiel kann eine Person, die gerade backt, eigentlich aber Politiker, Steuerberater, Oberbürgermeister oder Ähnliches sein. Der Bäcker beschreibt hingegen eine Tätigkeit, die sich auf den Beruf bezieht.

Das generische Maskulinum bzw. die männliche Wortbildung, die alle Geschlechter einschließt, war auch heute und ist häufig der Grund für Diskussionen. Der Fahrer, der Bäcker oder der Verkäufer sind zum Beispiel Begriffe, die ihren Ursprung nicht in der männlichen Dominanz in diesen Berufen haben, sondern einfach von den entsprechenden Verben abstammen. Der Fahrer kommt vom Fahren, der Bäcker kommt vom Backen, und der Verkäufer stammt vom Verkaufen. Durch die Endung -er werden eben bestimmte Verben substantiviert.

Im Deutschen gibt es drei Genera: Maskulinum, Femininum und Neutrum. Deswegen sagen wir die Katze, das Eichhörnchen oder der Hund - unabhängig davon, welches Geschlecht das Tier hat.

Auch in Bezug auf Gegenstände wird ein Geschlecht verwendet: der Tisch, die Wand oder das Fenster. Wer eine genderneutrale Sprache konsequent verwenden möchte, müsste demnach auch das Katze, das Hund, das Tisch und das Fenster schreiben. Das ist aber - das wird Ihnen allen auffallen - grammatikalisch nicht korrekt,

(Beifall bei der AfD)

weil die deutsche Sprache nun einmal mehr als einen Genus hat.

Sprache ist natürlich auch kein starres Konstrukt, das sich nicht weiterentwickeln möchte oder das man nicht vielleicht sogar ändern kann. Die Einführung der geschlechtsneutralen Sprache aber gleicht eher einer gewaltsamen Änderung, die unseren natürlichen Sprachfluss behindert.

(Beifall bei der AfD)

Mein letzter Punkt spricht die Menschen an, die Deutsch als Zweitsprache lernen. Die deutsche Sprache ist extrem komplex. Um Deutsch verhandlungssicher sprechen zu können, benötigt man viel Übung. Man benötigt viel Ausdauer, auch Fehler zu machen und Fehler einzugestehen, um diese dann zu korrigieren. Trotzdem werden genau diesen Menschen durch Übersetzungen, die zum Beispiel die beschreibende Form haben, unnötig Steine in den Weg gelegt.

Deswegen gilt es, die Gendersprache abzulehnen und aus der Verwaltung herauszuhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Philipp Busch [AfD] meldet sich zu Wort)

- Ihre Fraktion hat bereits gesprochen, und die Redezeit ist ausgenutzt. Tut mir leid.

(Philipp Busch [AfD]: Dann eine zweite Runde!)

- Ganz neue Methoden führen wir hier heute nicht ein.

Ich stelle den Antrag jetzt zur Abstimmung. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wie Sie sich sicher erinnern, wurde bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen, dass TOP 3.1.21 und TOP 3.1.23 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3.1.12 behandelt werden. Deswegen rufe ich jetzt auf:

3.1.12 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „Prüfauftrag - Elfer Ring - Aufenthaltszonen zur Freizeitgestaltung“ AN/1384/2021

3.1.21 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen - Veranstaltungen und Partys unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ermöglichen“ AN/1468/2021

3.1.23 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „#draussen-tanzen #getthepartystarted: Veranstaltungen in diesem Sommer in Köln draußen ermöglichen/Freiflächen für Open Air“ AN/1516/2021

Ich gebe zunächst Herrn Hock als Antragsteller des Antrags unter TOP 3.1.12 das Wort.

Michael Hock (Die PARTEI): Liebe Frau Reker! Liebe Kolleginnen! Liebe Menschen an den Endgeräten im Internet! Neulich stolperten wir beim Schmökern in Politiksachen über ein sehr gutes Zitat von Herrn Greitemann. Als Beigeordneter des Dezernats VI, der heute von Herrn Kienitz beerbt worden ist, sprach er sich damals dafür aus, den Inneren Grüngürtel im Rahmen der Fortschreibung des städtebaulichen Masterplans Innenstadt einer übergeordneten Gesamtbetrachtung zu unterziehen. Ziel solle es sein, in Abstimmung mit Politik und Stadtgesellschaft verbindliche Regularien für die Weiterentwicklung des Freiraums und aller damit verbundenen Maßnahmen zu schaffen. Es solle das Ziel verfolgt werden, den Inneren Grüngürtel mit einer qualitativ und quantitativ positiven Bilanz für den Freiraum städtebaulich weiterzuentwickeln.

Heute kommt von der Partei Die PARTEI dazu ein konstruktiver Vorschlag. Dieser Vorschlag ist aus Wien geklaut. Die Benamung ist populistisch. Wir bestehen nicht auf der Bezeichnung (S)Aufenthaltszonen, sondern können das auch gerne zum Beispiel Elfer Ring nennen; das klingt in Kölle eh besser. Die Idee ist auch nicht neu.

Das alles sollte Sie aber heute nicht daran hindern, das Richtige für Köln zu tun und für unseren sehr guten Antrag zu stimmen. Die Vorkommnisse am Aachener Weiher am vorletzten Wochenende - vielleicht hat es der eine oder andere dann doch gelesen -, die Diskussionen um den Bebauungsplan im Belgischen Veedel - wir erinnern uns an ermüdende Diskussionen in der, ich glaube, letzten Ratssitzung - und vor allem auch unsere eigenen Erfahrungen, dass es verdammt schwierig ist, am Kölner Rheinufer Höhe Zoobrücke nachts um zwei ein kühles Kölsch zu bekommen, zeigen

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 32

(vom Redner ungelesene Fassung)

deutlich: Der zivilgesellschaftliche Bedarf für einen Elfer Ring besteht.

Die zu erwartenden Mutationen und Alpha- bis Omega-Varianten von Corona sprechen dafür, bereits jetzt über Maßnahmen nachzudenken, wie ein geselliges Draußensein auch im Klimawandelsommer bis zum 11.11. realisiert werden kann, ohne dass sich alle Freunde der kölschen Lebensart um den Brüsseler Platz und den Aachener Weiher versammeln müssen, weil nur hier Toiletten und Büdchen zur Verfügung stehen.

Und das Schönste ist: Elfer Ring ist kein Opernbau. Durch die Errichtung von ausreichend sanitären Einrichtungen - übergangsmäßig reichen ein paar DIXI-Klos -, das Aufstellen von einigen Mülleimern und die Vergabe entsprechender Konzessionen an die Kölner Gastro wäre der Elfer Ring schneller realisiert, als Corona mutieren kann.

Nennen Sie uns Defätisten, Fatalisten und Schnupsis; aber wenn wir den täglichen Irrsinn und absehbaren Sprint auf den Abgrund lediglich betrachten können, dann doch bitte mit einem kühlen Kölsch in der Hand und entspannter Blase im kölschen Grün.

In diesem Sinne gehen wir wie immer davon aus, dass wir für unseren sehr guten Antrag 100 Prozent plus X Zustimmung erhalten. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann gebe ich dem Antragsteller des Antrags unter TOP 3.1.21 das Wort. Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren draußen am Bildschirm! Wir haben unter dem Tagesordnungspunkt 3.1.21 einen Antrag gestellt, der sich ganz ausdrücklich mit der Veranstaltungs- und Partysituation unter den jetzt noch herrschenden Bedingungen der Corona-Pandemie befasst und diese ermöglichen soll.

In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir gesehen, welche Einschränkungen die Menschen in Köln, gerade auch die jungen Menschen, unter der Corona-Pandemie in den verschiedenen Lockdown-Phasen hinnehmen mussten. Es ist fast selbstverständlich und nachvollziehbar, dass all diese Menschen und insbesondere die jungen Menschen, die nun über fast anderthalb

Jahre ein völlig anderes Leben führen mussten, als es in dieser Lebensphase eigentlich üblich ist, jetzt draußen - oder auch in Gebäuden, aber insbesondere draußen - wieder etwas erleben möchten, etwas unternehmen möchten, etwas feiern möchten.

Insofern kommen auch die Entwicklungen der letzten Wochenenden wohl für keinen wirklich überraschend.

Überraschend ist lediglich, dass die Stadt Köln wieder so schlecht auf diese Situation vorbereitet ist, die absehbar war und die dann leider auch zu Eskalationen geführt hat - am Aachener Weiher als sinnbildliches Beispiel -, die wir alle - das will ich an dieser Stelle noch einmal betonen - ablehnen, verurteilen und auf gar keinen Fall wiederholt wissen möchten. Deswegen möchten wir auch alles dafür tun, dass das vermieden wird.

Gleichzeitig stehen wir aber auch dazu, dass die Menschen, die hier Gewalt gegen Sicherheitskräfte, gegen Ordnungskräfte verüben, entsprechend bestraft werden und dass klare Regeln an diesen Stellen eingehalten werden. Da sollten also keine Missverständnisse entstehen.

Dennoch sind wir gefordert. Genau darum geht es uns allen jetzt auch in diesen verschiedenen Anträgen. Deswegen bin ich froh darüber, dass wir hier nun gemeinschaftlich mit dem neu gefassten Antrag unter TOP 3.1.23 unterwegs sind.

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Verwaltung den Rücken gestärkt bekommt, hier Entscheidungen zu treffen, die an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch einmal ungewöhnlich oder pragmatisch sind. Wir brauchen jetzt in dieser Situation eine Ermöglicungsverwaltung und keine Verwaltung, die ausschließlich auf strenge Einhaltung von Regeln pocht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es uns sehr wichtig, dass man auch mit den Akteuren möglichst schnell in den direkten Kontakt kommt. Wir erleben und hören immer wieder, dass es da gute Verbindungen in die Verwaltung gibt, die auch gelebt werden, dass aber am Ende die Prozesse in der Verwaltung ins Stocken geraten und dann wichtige Entscheidungen nicht getroffen werden.

Das Summer-Stage-Festival ist nur ein Sinnbild dafür. Wir sind uns alle über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg einig, dass diese Veranstaltung hätte stattfinden müssen - geradezu müssen -, um auch deutlich zu machen, dass wir in dieser Stadt auch in Zeiten von Pandemie und von

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 33

(vom Redner ungelesene Fassung)

Corona Kultur leben können. Leider ist genau das, obwohl es im letzten Jahr unter vielleicht sogar schärferen Bedingungen möglich war, in diesem Jahr nicht möglich geworden. Das ist nicht verständlich und nicht nachvollziehbar.

Deswegen brauchen wir jetzt - das ist dann auch Teil unserer Forderung, die hier aufgenommen wurde - einen runden Tisch, an dem die Veranstalter von Events und von Kulturveranstaltungen, die Verwaltung, aber auch die Politik gemeinsam schauen: Wie bekommen wir schnell diese Lösungen hin?

Denn eigentlich ist es jetzt schon fünf nach zwölf. Der Sommer ist da, und wir erleben draußen Hitze. Wir brauchen, wenn es noch in diesem Sommer irgendetwas geben soll, jetzt also schnelle Entscheidungen.

Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn der von uns auch mitgetragene und gemeinsam fortentwickelte Antrag unter TOP 3.1.23 Ihre breite Zustimmung erfahren würde.

Meine herzliche Bitte an die Verwaltung ist, mit uns gemeinsam alles dafür zu tun, dass wir in diesem Geiste Köln ermöglichen, hier draußen zu leben, Kultur zu leben, Veranstaltungen zu leben und gleichzeitig sicher zu agieren, damit Corona sich nicht weiter ausbreiten kann, insbesondere die Mutanten nicht. Das will keiner.

Insofern danke ich für die Aufmerksamkeit und hoffe jetzt auf eine breite Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Liebe SPD, ich bin erfreut, dass Sie unserem Antrag dann doch beitreten. Wahrscheinlich ist der Antrag unter TOP 3.1.21 damit erledigt. Aber das klärt sich ja gleich im Rahmen der Sitzungsleitung.

Endlich ist Sommer geworden. Die Corona-Zahlen gehen zurück. Es ist Fußball-EM. In Kürze beginnen die Sommerferien. Damit geht einher, was zu erwarten war: Nach Zeiten der abendlichen Ausgangssperre und nach coronabedingten Kontaktverboten zieht es die Menschen ins Freie zu

Musik, Konzerten und Veranstaltungen. Angesichts sinkender Inzidenzzahlen, steigender Impfquoten und Testangeboten ist das immer mehr möglich.

Nur: Es klappt nicht so, wie seit einem Jahr von uns in Ausschüssen und im Rat beschlossen. Es klappt nicht so, wie wir es weiter bestärkt und weiter entwickelt haben. Es gibt weniger Open-Air-Möglichkeiten als angestrebt, weniger nutzbare Freiflächen und weniger Möglichkeiten, coronakonform zu feiern.

Dort, wo dies doch möglich ist, ist die Nachfrage groß. Auch die Lust, an Kunst und Kultur insgesamt wieder teilnehmen zu können, ist groß. Einiges, beispielsweise der Sommer Köln, ist am Start.

Aber nicht jeder Veranstalter mit Konzepten und Ideen kann jetzt tatsächlich loslegen. Denn oftmals stehen dem sehr aufwendige Genehmigungsverfahren entgegen. Schmerzlich mussten wir das vor zehn Tagen mit der Absage des Programms im Jugendpark erleben.

Viel Zeit ist vergangen - fast zu viel, um tatsächlich noch ein gutes, coronakonformes Open-Air-Sommerprogramm auf die Beine zu stellen.

Am Dienstag vor gut einer Woche gab es deshalb im Ausschuss Kunst und Kultur eine Aktuelle Stunde auf Antrag von Grünen, CDU und Volt zum Thema „Open-Air-Flächen sofort für Veranstaltungen bereitstellen“. Denn dies zu ermöglichen, sind Politik und Verwaltung den Kölnerinnen und Kölnern schuldig, aber auch den Künstlerinnen und Künstlern, die endlich wieder ihre Kunst zeigen und leben wollen, den Veranstaltern und den Kreativen, die trotz aller eigenen Risiken Kunst und Kultur möglich machen wollen.

Die Aktuelle Stunde schloss mit einem Beschluss, der die Verwaltung erneut beauftragte, kurzfristig Open Air zu ermöglichen und die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Diesen Beschluss nehmen wir heute in diesem Ratsantrag noch einmal auf, bekräftigen ihn, spezifizieren ihn und erweitern ihn.

Wichtig ist uns, alle Spielräume auszuloten, um möglichst optimale, kreative Lösungen zu finden.

Die Taskforce zur Ermöglichung von Veranstaltungen aus den verschiedenen Ämtern soll um eine Vertretung der Stabsstelle Events erweitert werden.

Es wird einen runden Tisch geben - aber ohne Politik, wenn ich das richtig lese.

Außerdem soll - das ist gerade bei Open Air wichtig - geprüft werden, ob Kosten für Lärmschutzgutachten und den Einsatz von Sachverständigen von der Verwaltung übernommen werden können. Denn die Genehmigungsverfahren dürfen für die Veranstalter und Veranstalterinnen nicht zu hohen finanziellen Risiken führen.

Auch im Einklang mit heute bereits verabschiedeten Anträgen sollen alle gemeinsam - Veranstalter und Veranstalterinnen, AWB und Stadt Köln - Konzepte zu Müllentsorgung und sanitären Einrichtungen entwickeln.

Insofern sind wir noch einen Schritt weiter gegangen und machen das Ganze noch besser und noch eher möglich.

Lassen Sie uns alle gemeinsam alles dafür tun, diese Stadt im Sommer lebendig zu gestalten. Corona ist noch nicht vorbei. Gerade Veranstalter mit ihren guten Hygienekonzepten bilden eine echte Alternative zu Hotspots und illegalen Menschenansammlungen. Dies hat im letzten Sommer funktioniert. Wir müssen jetzt alles daran setzen, es wieder zu ermöglichen.

Lassen Sie uns schnell handeln und deutlich machen, dass uns Köln mit seinen vielfältigen Ausdrucksformen und Bedürfnissen am Herzen liegt. Lassen Sie uns zusammen lösungsorientiert möglichst viel für alle schaffen: Platz für Kultur und Musik, beispielbare Plätze und Veranstaltungsorte. Lassen Sie uns zur Umsetzung der häufig seit Monaten vorliegenden Konzepte und Ideen jetzt tatsächlich einen handfesten Beitrag leisten.

Insofern freue ich mich darüber, dass fast alle Fraktionen aus dem Rat unserem Antrag beigetreten sind. Ich denke, dass wir jetzt die Voraussetzung haben, um tatsächlich in diesem Sommer noch viel zu schaffen und noch viel zu ermöglichen. Vielen Dank dafür allen, die sich beteiligt haben!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort. - Frau Tokyürek spricht. Bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch DIE LINKE hält es für den

richtigen Weg aus der Pandemie, Zusammenkünfte, Partys und Feiern unter freiem Himmel in der jetzigen Situation eher zu ermöglichen als zu verhindern. Insofern ist es schön, dass sich so viele Fraktionen und Gruppen zusammengefunden haben, um diesen Dringlichkeitsantrag heute in den Rat einzubringen.

Die Menschen haben sich bisher als weitgehend vernünftig und diszipliniert erwiesen. Die meisten sind gewillt, auch beim Feiern die Regeln zu beachten. Wenn für diese Menschen jetzt trotz dramatisch sinkender Inzidenz alles so weitergeht wie bisher - wegen der kleinen Gruppe von Menschen, die sich vielleicht nicht an die Regeln halten -, beginnt irgendwann auch der disziplinierteste Mensch, am Sinn der Regeln zu zweifeln.

Veranstaltungen, bei denen die Veranstalter auch für eine gewisse Kontrolle der Regeln sorgen, stärken ebenfalls das coronakonforme Feiern.

Wir müssen aber auch auf eine ausgewogene Mischung zwischen kommerziellen und kostenlosen Angeboten achten. Gerade für Jugendliche müssen nichtkommerzielle Angebote Vorfahrt haben. Der Kölner Jugendring und seine Mitgliedsorganisationen stehen hier in den Startlöchern.

Auch der seinerzeit von der LINKEN initiierte und gemeinsam beschlossene Antrag, der in Punkt 3 des SPD-Antrages erwähnt wird, möchte kleine, dezentrale Angebote in den Stadtteilen prüfen und als Pilotprojekte umsetzen. Auch das muss jetzt angepackt werden. Leider sehe ich, dass dieser Punkt in dem gemeinsamen Antrag nicht enthalten ist.

Deswegen bitte ich die Verwaltung, diesen Beschluss mitzunehmen - das ist Beschlusslage - und auch noch einmal umzusetzen. Das kommt aus dem Fachgremium, aus dem Jugendhilfeausschuss. Besonders die Jugendlichen brauchen hier Freiräume, um die Corona-Pandemie einfach noch einmal zu verarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte gerne noch einen weiteren Punkt ansprechen. Im Antrag der PARTEI geht es um die depressive Generation Y. Das kommt ein bisschen amüsant daher. Aber es ist überhaupt nicht amüsant. Denn wer Jugendliche oder junge Menschen in seinem Umfeld hat, weiß ganz genau, was sie in der Corona-Pandemie zu erleiden hatten.

Wenn wir über Feiern und Freiräume reden, ist es ganz wichtig, dass wir gerade Jugendlichen diese

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 35

(vom Redner ungelesene Fassung)

Freiräume geben. Gerade sie sind besonders betroffen gewesen, sowohl im schulischen Betrieb als auch in der Freizeit. Selbst meine kleine Nichte sagt: Ich bin 15 und möchte gerne feiern, aber habe nicht die Möglichkeit dazu.

Das ist ganz wichtig für uns, glaube ich. Deswegen ist das ein sehr wichtiger Antrag. Wir müssen diesen Weg gehen und den Menschen die Freiräume geben, zu feiern, ausgelassen zu sein und wieder zurück in die Normalität zu kommen.

Aber diese Angebote werden nicht alle Kölnerinnen und Kölner erreichen. Deshalb darf keiner, der den öffentlichen Raum unorganisiert und spontan nutzt, unter Generalverdacht gestellt werden. Ich glaube auch nicht, dass die Verwaltung das tut. Aber es ist wichtig, das klarzustellen. Es gibt einfach Zusammenkünfte. Da muss man genauer hinschauen. Aber man muss ermöglichen. Es geht darum, aus der Pandemie heraus zu ermöglichen. Auch weiterhin werden Familien aus kleinen Wohnungen ohne Garten im Park picknicken oder Jugendliche sich selbstbestimmt und ohne Aufsicht auf den großen Plätzen treffen. Auch das ist in Ordnung und muss in Ordnung sein. Das müssen wir ermöglichen und zulassen.

Wir werden aber auch dem Antrag der PARTEI zustimmen. Letztlich geht es in der Sache doch darum, Zusammenkünfte, Partys und Feiern zu ermöglichen. Das will Die PARTEI natürlich auch. Wir sehen hier keinen Dissens, sondern eigentlich auch viele Schnittmengen mit dem Antrag der PARTEI, bei dem es sich um einen Prüfantrag handelt.

Liebe PARTEI, wir hätten uns aber auch gewünscht, dass ihr mit auf unseren Antrag gekommen wärt. Denn es ist wichtig, dass wir heute aus dem Rat heraus sagen, wie wichtig es ist, dass die Menschen wieder ihren Freiraum bekommen, feiern können und ausgelassen sein können.

Das ist der Weg, glaube ich. Diesen Weg sollten wir als Politikerinnen und Politiker verfolgen und auch die Verwaltung dabei begleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und von Christian Joisten [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort - oder Frau Ruffen. Bitte.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und

Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Partei Die PARTEI, Ihren Antrag haben wir zuerst gelesen und haben uns eigentlich darüber gefreut. Denn Sie haben ja an uns gedacht, indem Sie davon sprachen, dass auch wir als FDP bedacht werden, wenn dort in Ihren Feierzonen kommerzielle Kioske verkaufen dürfen.

Das war ganz interessant. Denn wir haben auf unserem letzten Kreisparteitag schon einen ähnlichen Antrag beraten - aber mit dem einzigen Unterschied, dass die JuLis als unsere Jugendorganisation eben keine kommerziellen Kioske an den Feierorten, sondern eine Bewirtschaftung durch Vereine in den Fokus gestellt haben, also ehrenamtliche Vereine, die vielleicht sowieso Anlieger sind oder wieder auf die Beine kommen wollen.

Trotz allem haben wir gesagt: Wenn Sie uns so bedenken, können wir diesem Antrag eigentlich nur zustimmen. - Verkehrte Welt! Wir wissen das. Aber vielleicht wären Sie ja bereit, bei Ihrem Antrag eine entsprechende Ergänzung aufzunehmen, dass also auch Vereine infrage kommen, für die Bewirtschaftung dieser Orte zu sorgen. Das fänden wir großartig.

Zu unserem gemeinsamen Antrag und auch zum SPD-Antrag ist alles gesagt. Alles zusammen ist genau das Richtige. Denn wir brauchen einen Sommer, in dem für jeden etwas dabei ist. Wir müssen alle wieder raus. Wir müssen alle wieder die Gelegenheit haben, uns ungefährdet zu treffen, etwas zu erleben und miteinander zu reden, aber auch Kultur und Kunst zu genießen.

Doch das alleine reicht nicht. Deswegen macht auch der Antrag der PARTEI Sinn. Die Jugendlichen, die mit Sicherheit am meisten zurückstecken müssen, brauchen tatsächlich Orte, an denen sie - und da gebe ich Frau Tokyürek recht - einfach nur feiern können. Sie möchten zusammen sein. Sie möchten etwas trinken können. Sie möchten, ohne vertrieben zu werden, einfach wieder feiern können.

Daher können wir das unterstützen. Ich glaube, dass die Mischung aus diesen Anträgen genau das ist, was wir alle gemeinsam brauchen. Deswegen freue ich mich für viele auf Kunst und Kultur im Sommer und für die Jungen und Junggebliebenen natürlich auch auf viele Partys im Sommer. Ich denke, dass wir alle gemeinsam den richtigen Weg gehen, wenn wir das hier zusammen machen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 36

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Mitstreiter*innen! Man fängt ja gerne mit Zitaten an. Das möchte ich auch einmal tun:

Köln ist eine herausragende Kulturstadt, deren größte Stärke in der Vielfalt und Unterschiedlichkeit liegt.

So steht es auf der Homepage der Stadt Köln. - Weiter unten heißt es dann noch einmal:

Kultur lebt in Köln

Gleichzeitig werden Trinkhallen zum Kulturerbe in NRW ernannt. Das ist die Theorie.

Aktuell sieht es in der Praxis so aus, dass Kulturschaffende ihre Pläne für den Sommer weitgehend begraben müssen, weil sie nach fünf Monaten immer noch keine Genehmigungen erhalten. Kneipen müssen ihre Außengastro schließen, weil sie die falsche Bestuhlung haben. Und in der Stadt gibt es immer noch eine Maskenpflicht an öffentlichen Plätzen - bei unserer Inzidenz.

Gleichzeitig soll das ohnehin schon chronisch unterbesetzte Ordnungsamt für Ruhe und Ordnung sorgen. Die Gewalt gegen Polizei und diese Ordnungskräfte ist absolut durch gar nichts zu rechtfertigen. Es war allerdings schon länger klar, dass dieser Knall irgendwann kommen musste.

Menschen suchen sich ihre eigenen Räume zum Feiern, wenn ihnen keine Räume gegeben werden. Infektionsschutz, Alkoholverbote sowie gewerbliche Auflagen wie das Anmelden von Steuern werden dabei weitestgehend ignoriert. Das am nächsten Morgen sichtbare Problem der Müllentsorgung und der fehlenden Infrastruktur von sanitären Einrichtungen ist ein weiteres Problem der unkontrollierten Partys im Kölner Grün. Die AWB und das Ordnungsamt können dieses Problem nicht alleine bewältigen.

Ziel dieses Antrags soll es deshalb sein, den Menschen eine legale Möglichkeit zum Feiern zu geben, bei der Corona-Regeln eingehalten und Kontakte nachverfolgt werden können sowie die Müll- und Toilettensituation übersichtlich bleibt.

Die Kölner Kulturszene hat dazu bereits im letzten Jahr Konzepte vorbereitet. Außerdem haben wir in Köln eine wunderbare App, die bei der Kontaktnachverfolgung helfen könnte.

Das bisherige Angebot der Stadt begrüßen wir ausdrücklich; das steht ganz außer Frage. Es ist bisher aber leider nur ein erster Schritt für uns. Hier geht ausdrücklich der Dank an uns alle dafür, dass der Rat so weitestgehend einig dieses Thema unterstützt. Jedoch fördert das bisherige Angebot vor allem kommerzielle Großveranstaltungen, die überhaupt nur diesen umfangreichen zeitlichen und organisatorischen Vorlauf leisten können, den man aktuell braucht.

Dabei hilft gerade dies nicht den kleinen, nicht-kommerziellen Kollektiven, die sich spontan mit Freunden und Familien draußen im Grünen treffen wollen, um zur Musik zu tanzen, und es verhindert erst recht nicht die katastrophalen Zustände der letzten Wochen am Aachener Weiher.

Unser Antrag zielt deswegen auch nicht nur auf diese Großveranstaltungen, sondern insbesondere auch auf spontane Freiluftpartys, die allein schon aus Gründen des Wetters nicht Wochen im Voraus geplant werden können. Ein kurzer Blick nach Bremen reicht völlig aus, um zu zeigen, dass das auch möglich ist.

Wir alle als antragstellende Fraktionen wollen, dass dies in Zukunft oder wenigstens für diesen Sommer einen legalen Platz im Kölner Stadtbild hat. Wir wollen damit die kölsche Subkultur und die vielen freien Kollektive fördern, damit Köln sein kulturelles Potenzial auch wirklich entfalten kann, damit Köln seinem eigenen Anspruch als herausragende Kulturstadt gerecht werden kann und damit man Kultur auch wirklich in Köln leben kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

(Zurufe: Oh nein!)

Matthias Büschges (AfD): Oh doch. Aber keine Sorge: Ich mache es kurz. - Frau Reker, wir geben die Rede zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Dann würde ich gerne den Blick in die Zukunft richten und der Stadtdirektorin das Wort geben.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit der pandemischen Lage obliegen dem Krisenstab. Im Krisenstab werden auch diese Maßnahmen beschlossen.

Ich muss eine Anmerkung machen. Jetzt habe ich doch gelegentliche Einwürfe gehört, ein bisschen nach dem Motto, wir hätten die freie Entfaltung junger Menschen in der Stadt Köln hier leichtfertig verhindert oder verboten. Das ist natürlich nicht der Fall. Ich erinnere Sie gerne daran, dass wir eine Coronavirus-Schutzverordnung des Bundes und eine Coronaschutzverordnung des Landes haben, die uns selbstverständlich auch den Rahmen und die Leitplanken vorgeben, was genehmigungsfähig ist und was nicht genehmigungsfähig ist.

Der Krisenstab hat bereits in Aussicht gestellt, dass wir, wenn sich die pandemische Lage so darstellt, wie sie sich jetzt darstellt - nämlich in den kleinen Zahlen, die wir täglich alle miteinander erfreut lesen -, die Kölner Allgemeinverfügung, die ja sehr viele Regelungen von Verweilverboten über Alkoholverkaufsverbote enthält, nicht mehr verlängern werden. Morgen früh tagt der Krisenstab der Stadt Köln wieder.

Eine weitere Anmerkung: Dass wir eine derart ausufernde private Party im denkmalgeschützten Grüngürtel so nicht dulden können, hat mit Corona nichts zu tun. Da gibt es Hinterlassenschaften schlimmsten Ausmaßes. Ich glaube auch nicht - aber es obliegt natürlich Ihnen, das zu entscheiden -, dass wir als Stadt Köln bei Anträgen auf Partys privater oder kommerzieller Art und Weise jetzt all diesen Menschen mobile Toiletten zum Beispiel auf Kosten des städtischen Haushalts zur Verfügung stellen können.

Insofern ist mir folgender Hinweis wichtig, damit Sie das bei Ihrer Entscheidung im Hinterkopf haben: Die pandemische Lage sieht im Moment so aus, dass wir jedenfalls die Verschärfungen der Kölner Allgemeinverfügung nicht mehr verlängern werden. Dennoch sind natürlich noch Einschränkungen durch die Coronaschutzverordnung des Landes gegeben. Wir werden das aber morgen auch noch einmal medial aufarbeiten.

Ich würde das Wort, wenn ich darf, gerne noch an den Kollegen Greitemann weitergeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Beiträge. Ich begrüße ausdrücklich, dass Sie uns unterstützen wollen, pragmatisch vorzugehen.

Ich kann Ihnen aber ganz deutlich versichern, dass die Verwaltung pragmatisch vorgeht. Seit dem Januar dieses Jahres haben wir - ich spreche jetzt von den Veranstaltungen, die dauerhaft stattfinden sollen - intensive Kontakte mit denjenigen, die solche Veranstaltungen durchführen wollen. Sobald wir die Baugenehmigungsanträge vorliegen hatten, waren sie in kürzester Zeit genehmigt, innerhalb von spätestens sechs Wochen. Ich nenne ein Beispiel: das Bootshaus.

Vorhin ist davon gesprochen worden, dass legale kleine Veranstaltungen und auch legale Großveranstaltungen stattfinden sollen. Sie wissen genau, dass ich sehr pragmatisch bin. Bitte bedenken Sie aber, dass ich bei diesen Dingen zum Ersten die Interessen der Nutzer, also der Besucher, zum Zweiten die Interessen der Veranstalter und zum Dritten die Interessen der Nachbarschaft und der Allgemeinheit zu berücksichtigen habe. Das bitte ich immer im Hinterkopf zu haben.

Aber noch einmal, in die Zukunft gerichtet: Wie die Oberbürgermeisterin richtig gesagt hat, sind wir jederzeit bereit. Wir haben eine Arbeitsgruppe, in der Konzepte vorgelegt werden. Wir nehmen die Veranstalter an die Hand und sagen ihnen: Das und das und das brauchen wir, um eine dauerhafte Baugenehmigung erteilen zu können. - Denn in dem § 62 der Bauordnung befinden wir uns bei diesen Veranstaltungen nicht. Diese Angebote machen wir permanent. Wir werden sie auch weiterhin machen.

Daher sind die Anträge wertvoll für uns, weil sie uns unterstützen, weiterhin pragmatisch vorzugehen. Aber ich kann Ihnen sagen: Wir tun das.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich lasse jetzt abstimmen, und zwar zunächst zum Tagesordnungspunkt 3.1.12, dann zum Tagesordnungspunkt 3.1.21 und zuletzt zum Tagesordnungspunkt 3.1.23. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da müssen wir ein bisschen sortieren. Der Antrag unter TOP 3.1.23 ist etwas unorthodox in diese Reihenfolge geraten. Er hätte eigentlich ein Ersetzungsantrag für den Antrag unter TOP 3.1.21 werden sollen. Jetzt ist er auch ein Dringlichkeitsantrag geworden. Trotzdem ersetzt er den Antrag unter TOP

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 38**

(vom Redner ungelesene Fassung)

3.1.21, den wir gestellt haben. Wir sind ja nicht ganz schizophr und stellen zwei Anträge zum gleichen Thema.

Daher wäre jetzt der Antrag unter TOP 3.1.23 in Ersetzung des Antrags unter TOP 3.1.21 zu beschließen - allerdings mit einer kleinen Änderung im Punkt 5 auf der Seite 2. Dort heißt es:

Die Stadtverwaltung soll einen Runden Tisch mit der Gastronomie- und Veranstaltungsbranche einberufen.

Hinter „Veranstaltungsbranche“ soll noch „sowie Politik“ eingefügt werden. An dieser Stelle - Seite 2, Punkt 5 - sollen also noch die beiden Worte „sowie Politik“ eingefügt werden. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja - wer auch immer „Politik“ dann ist. Okay. Wir können gerne in der geänderten Fassung darüber abstimmen.

Ich will jetzt nur sichergehen, dass ich das richtig verstanden habe. Ich lasse also in der von Ihnen mündlich geänderten Fassung darüber abstimmen. Aber ich verzichte auf die Abstimmung über den Antrag unter TOP 3.1.21.

(Christian Joisten [SPD]: So ist das!)

- Gut.

Dann lasse ich aber erst über den Antrag der Gruppe Die PARTEI unter TOP 3.1.12 abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Die PARTEI, DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann, die FDP und die KLIMA FREUNDE - und Die PARTEI; klar.

(Ulrich Breite [FDP]: Einmal außen rum!)

- Das ist von hier aus gar nicht einfach zu sehen, weil man da einen breiten Weitwinkel haben muss. - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Antrag unter TOP 3.1.23 in der mündlich geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

**3.1.13 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt betreffend „Zusätzliche Reinigungsleistungen in der Open-Air-Saison“
AN/0820/2021**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1498/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1500/2021**

Ich gebe zunächst Frau Schneeloch das Wort.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer zu Hause! Dieses Thema passt zum vorherigen Tagesordnungspunkt. Wir haben ja die Bilder der ganzen letzten Wochen aus unseren Grüngürteln gesehen. Da stellte sich das auch entsprechend dar.

Wir haben aktuell nicht nur ein Müll-, sondern auch ein Bequemlichkeitsproblem, nämlich dahin gehend, diesen Müll aufzuräumen. Es ist nur ein Pizzakarton. Aber wenn das auch nur 10 000 Kölnerinnen denken, dann haben wir einfach mehr als ein Bequemlichkeitsproblem. Und wir wissen eigentlich: Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht.

Davon sind wir aber aktuell noch sehr weit entfernt. Deshalb müssen wir in diesem Sommer noch nachhelfen - auch vor dem Hintergrund all der eben schon genannten Gründe, warum wir den Kölnerinnen und Kölnern ermöglichen wollen, sich auch wieder draußen aufzuhalten. Diesen Sommer müssen wir noch helfen - mit Zusatzreinigungen unserer Frei- und unserer Grünflächen, mit mehr Toiletten, mit einer Aufmerksamkeitskampagne zur Müllvermeidung und auch mit Maßnahmen zum Schutz unseres Rheins, nämlich der Unterstützung zur Einrichtung einer Müllfalle in ebenjenem.

Unseren Zero-Waste-Antrag aus der letzten Ratsitzung müssen wir jetzt ambitioniert mit allen demokratischen Parteien gemeinsam angehen - auch in enger Zusammenarbeit mit unseren Bezirksvertretungen links- wie rechtsrheinisch. Mit ihnen gemeinsam müssen wir stark betroffene Flächen identifizieren.

Das müssen wir aber eben noch in diesem Sommer tun. Wir müssen unbedingt in diesem Sommer tätig werden, auch zugunsten des Umwelt-

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 39**

(vom Redner ungelesene Fassung)

und des Naturschutzes. Wir können leider nicht warten und es erst nach dem Sommer tun, um jetzt noch einen Antrag zum Beispiel in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün zu schieben.

An dieser Stelle geht unser ausdrücklicher Dank an die AWB, die übrigens in diesen Tagen einen ausgezeichneten Job macht, und auch an alle Ehrenamtlichen, die sie dabei unterstützen.

Solange wir noch Objekte herstellen, die nach nur wenigen Minuten Nutzung dann aber noch jahrhundertlang da sind, gibt es kein Wegkommen von Müll. Denn das, was wir wegwerfen, muss irgendwo anders hin. Darum kümmern sich gerade die AWB und auch viele Ehrenamtliche, um unsere Grüngürtel und unsere Freiflächen auch sauber zu halten.

Was definitiv weg muss, ist die Bequemlichkeit der Kölnerinnen und Kölner, die ihren Müll in den Grüngürteln liegen lassen. Bis unsere Kölnerinnen und Kölner das erkannt haben, müssen wir mit diesem Antrag helfen - mit mehr finanziellen Mitteln und mit Sonderreinigungen unserer Freiflächen und Grüngürtel. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Livestream! Dieser Antrag schließt wunderbar an den vorhergehenden an; denn nach der Party kommt das Aufräumen. Wir haben das alle wahrgenommen. Wir strömen nach draußen und wollen gerne feiern. Leider ist es aber auch so, dass wir danach die großen Müllmengen in den Grünflächen finden.

Wir wollen als Stadt Köln ein attraktives Erscheinungsbild für die Einheimischen genauso wie für Gäste abgeben. Dafür ist es notwendig, dass wir zusätzliche Reinigungsleistungen vorsehen. Wir möchten nicht, dass beim Familienspaziergang am Sonntagmorgen die Kleinkinder in die Partyreste vom Vorabend fallen und dass die Grünflächen ein Erscheinungsbild wie eine wilde Müllkippe haben. Daher investieren wir jetzt in zusätzliche Reinigungsleistungen im Sommer.

Es ist aber auch klar, dass wir das nicht beliebig steigern können. Deshalb brauchen wir nach meiner Meinung wirklich eine kluge Kampagne, um bei denjenigen, die ihren Müll nicht mitnehmen, eine Verhaltensänderung zu erreichen. Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass man seinen Müll entsorgt und in den nächsten Mülleimer bringt. Aber diese Selbstverständlichkeit ist irgendwie verloren gegangen. Deswegen müssen wir uns noch einmal darum kümmern, das ins Bewusstsein zu rufen.

Wir denken da auch nicht nur an eine Werbekampagne, in deren Rahmen man ein paar Plakate aufhängt. Vielleicht kann Die PARTEI dann sogar dem Antrag zustimmen, zumal wir uns auch um die Toiletten kümmern, die Herr Hock gerade vermisste.

Insofern ist das, glaube ich, wirklich ein gutes Angebot. Einerseits investieren wir noch einmal und räumen von städtischer Seite auf. Andererseits zeigen wir aber auch: Hier ist jeder gefragt. Es geht darum, Verantwortung für unser Zusammenleben hier in der Stadt und dafür, wie unsere öffentlichen Flächen und Grünflächen aussehen, zu übernehmen.

Wir haben aber nicht nur dieses Phänomen der Vermüllung, sondern sehen umgekehrt auch - das ist ganz faszinierend -, dass viele Menschen sich freiwillig darum kümmern, Müll aufzusammeln. Es gibt die KRAKE. Es gibt die Rheinpaten. Es gibt die Aktion „Kölle putzmunter“. Viele Menschen verwenden ihre Freizeit dafür, Müll aufzusammeln und tatsächlich Verantwortung für ihre Stadt zu übernehmen. Deswegen stellen wir dafür auch noch einmal Geld zur Verfügung und unterstützen solche Aktionen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Die Bereitschaft dieser Ehrenamtlichen darf natürlich nicht ausgenutzt werden. Insofern ist wirklich jeder Einzelne gefragt, seinen Müll in den nächsten Mülleimer zu entsorgen.

Zum Abschluss möchte ich noch eine Korrektur vorbringen, die erforderlich ist: Unter Punkt 6 muss es nicht „Teilplanzeile 20“, sondern „Teilplanzeile 15“ heißen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 40

(vom Redner ungelesene Fassung)

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich in Anbetracht der schon sehr weit fortgeschrittenen Zeit und auch der hier zu spürenden Einvernehmlichkeit kurz halten.

Zunächst danken wir den Kolleginnen und Kollegen der Bündnis-Fraktionen ganz herzlich dafür, dass sie an uns mit der Bitte herangetreten sind, den Antrag zu unterstützen. Dieser Bitte sind wir extrem gerne nachgekommen, weil uns Sauberkeit im Kölner Stadtbild natürlich ein Herzensanliegen ist.

Ich habe hier vor zwei Monaten vor Ihnen gestanden, als es um den Bebauungsplan für das Belgische Viertel ging, und Sie in diesem Zusammenhang darüber unterrichtet - Sie wussten es wahrscheinlich alle -, dass ich ja einmal Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt war. Und wir alle wissen, dass die Vermüllung der Innenstadt und das Partyleben in der Innenstadt schon immer Gegenstand vieler Anträge waren, die wir seinerzeit gestellt haben. Das zieht sich wie ein roter Faden durch.

Es ist natürlich bedauerlich, dass jetzt das böse Coronavirus den Impuls gesetzt hat. Aber ich finde die Aktion gut, zumal ich mir erhoffe, dass es dann auch Folgeprojekte gibt. Denn es liegt meiner Fraktion und mir sehr am Herzen, dass es sich dabei nicht um eine Einmalgeschichte handelt. Vielmehr müssen wir das verstetigen. Denn wenn wir in anderen Städten sind, nehmen wir alle oftmals zur Kenntnis, dass die öffentliche Sauberkeit dort offensichtlich besser gefördert wird als bei uns. Das Stadtbild ist in vielen Städten besser ausgeprägt.

Uns ist es - da möchte ich an die Worte der Kollegin Aengenvoort anschließen - unwahrscheinlich wichtig, an das private bürgerschaftliche Engagement anzuknüpfen, von dem auch die Kollegin Ruffen gerade gesprochen hat. Wir sollten die in dieser Stadt vorhandene Bereitschaft, Hand anzulegen, auch empowern.

Ich hatte in meinem Rotary Club vor drei Wochen die Gelegenheit, gemeinsam mit KRAKE eine Anti-Plastik-Aktion am Rheinufer durchzuführen. Die sind top organisiert; es wurde gerade schon angesprochen.

Darüber hinaus geht hier auch ein Lob an die AWB, die solche privaten Maßnahmen fantastisch unterstützt. Wenn Sie mit Ihrem Ortsverband oder sonstigen Freund*innen einmal den Rhein oder andere Parks aufräumen wollen, rufen Sie bei Herrn Mooren an. Er freut sich jetzt schon darauf.

Herr Mooren und sein Team von der AWB stellen alles zur Verfügung.

Laden wir also den Mist nicht in unseren Parks ab, und laden wir das Aufräumen auch nicht mehr bei der AWB ab, sondern unterstützen wir bürgerschaftliches Engagement! Das war für uns ein wichtiger Punkt, weswegen wir diesen Antrag sehr gerne unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Voll): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Kollege Herr Jeschka ist in seiner Rede zum vorigen Tagesordnungspunkt bereits auf den Wunsch und das Bedürfnis nach Geselligkeit, nach Ausgelassenheit, einfach nach Draußensein eingegangen und hat das auch schon erläutert. Nach ein- einhalb Jahren Corona-Einschränkungen, darunter sechs Monaten Lockdown, kann ich dieses Verlangen absolut nachvollziehen.

Doch so verständlich die Lust auf ausgelassenes Feiern auch ist, so schockierend ist der Blick am Morgen danach in den Grüngürtel, und so groß ist auch das Missverständnis.

Wir wollen zur Zero-Waste-Stadt werden. Ich kann mich gut an die tollen Reden aus der letzten Sitzung erinnern. Dahin ist es aber noch ein sehr weiter Weg.

Bis dahin wird leider auch noch sehr viel Müll anfallen. Damit er nicht im öffentlichen Raum bleibt, möchten wir die Reinigungsintensität der AWB erhöhen.

Zudem beinhaltet der Antrag einen für mich persönlich sehr wichtigen Aspekt: Wir brauchen schnellstmöglich mehr öffentliche Toiletten in Köln. Denn dass auf Kölner Spielplätzen und Grünflächen jeder Busch zur Toilette wird, finde ich fürchterlich und richtig ekelhaft. Es lässt tief blicken, wenn es eine Stadt wie Köln an vielen Stellen nicht schafft, ein hygienisches stilles Örtchen für Einwohner*innen und besonders für alle Kinder zur Verfügung zu stellen. Zusätzliche mobile öffentliche Toiletten tragen nicht nur zu einem besseren Stadtbild bei, sondern auch zur Familienfreundlichkeit von Köln und zum Sicherheitsgefühl der Kölner und besonders der Kölnerinnen.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 41**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Daher bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem Antrag zuzustimmen: für ein sauberes, hygienischeres und sicheres Köln. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Frebel das Wort.

Polina Frebel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde steht fast alles, was in dem Antrag aufgeführt ist, bereits in dem Abfallwirtschaftskonzept und in dem jährlichen Bericht dazu.

Wir haben Kampagnen für die Öffentlichkeitsarbeit. Das gibt es schon. Die PR-Kampagne für eine saubere Stadt kennen hier alle.

Die AWB betreiben pädagogische Arbeit in Kitas, Grundschulen und Sekundarstufe I. Die Mülldektive sind aktiv. Mit Standaktionen auf Straßenfesten in Bezirken erfolgt die Beratung zu Müllentsorgung. Natürlich war das anderthalb Jahre durch Corona etwas schwieriger. Aber das ist die Arbeit, die eigentlich die AWB macht.

Die stark genutzten Flächen werden ohnehin schon öfters gereinigt. Jetzt in den Sommermonaten erfolgt die Reinigung bei Brüsseler Platz oder Steinbergs Weiher am Wochenende morgens und abends.

Die Grill-Scouts sind immer unterwegs und versuchen, dafür zu sorgen, dass die Müllverursacher ihren Müll mitnehmen, wenn sie die Plätze verlassen.

Eigentlich fehlt es eher an einer wirksamen Kontrolle, damit die Leute den Müll erst gar nicht im Park lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir möchten den Punkt 4 um drei Punkte erweitern, die für uns wichtig sind - wenn Sie dem auch zustimmen, freuen wir uns -:

Es wird im Dialog mit allen Bezirksvertretungen ein Konzept für schwerpunktmäßige Zusatzreinigungen an besonders genutzten Standorten erarbeitet. Hierzu bekommen alle Bezirke die Gelegenheit, Örtlichkeiten aus ihrem Zuständigkeitsbereich zu benennen.

Die AWB werden beauftragt, für die zusätzlichen Reinigungsleistungen vor Ort in den Bezirken zusätzliche Reinigungstrupps aufzustellen; jeweils einen links- und rechtsrheinisch.

Bevor die Maßnahmen umgesetzt werden, wird dem Betriebsausschuss AWB eine Aufstellung der zu erwartenden Kosten zum Beschluss vorgelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden dem Antrag zustimmen und würden uns freuen, wenn Sie unseren drei Punkten, die ich vorgetragen habe, auch zustimmen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Niknamtavin, bitte.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Die Idee des vorliegenden Antrags ist auf jeden Fall richtig gut. Ich halte mich selber sehr oft an den aufgelisteten Orten auf und kann auf jeden Fall bestätigen, dass bei näherer Betrachtung sehr viel Müll von anderen Menschengruppen dagelassen wird.

Auch die Aussage meiner Vorredner*innen, dass es sehr an Toiletten mangelt, stimmt auf jeden Fall. Es ist vor allem als Frau richtig anstrengend, dann darauf angewiesen zu sein, im Park auf irgendwelche Gebüsche umsteigen zu müssen. Das muss auch einfach nicht sein.

(Vereinzelt Beifall)

Die Antragsteller*innen haben allerdings - das ist unsere Kritik - zu wenige Orte aufgenommen, die bei diesen Reinigungsleistungen berücksichtigt werden sollen. Da wir der Stadtrat für alle Einwohner*innen sind, wäre es richtig gut, wenn auch Orte wie Finkenbergring, der Kölnberg, der Wiener Platz in Mülheim usw. mit in diese Liste aufgenommen würden, da es dort auch Orte gibt, an denen sich Leute zur Erholung aufhalten und Müll produzieren. Diese Leute weichen nicht unbedingt an so beliebte Orte wie den Aachener Weiher aus.

Welche Orte es konkret sein sollten, könnte dann in Absprache mit Initiativen oder Bezirksvertretungen vor Ort festgelegt werden. Damit würde man nebenbei auch die Partizipation der Bezirke stär-

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 42

(vom Redner ungelesene Fassung)

ken. Natürlich dauert Beteiligung etwas länger. Allerdings ist das Ganze dann auch gerechter und nachhaltiger.

Eine Aufklärungskampagne mit Unterstützung der Sozialraumkoordinatoren wäre sicherlich neben der Werbekampagne auch sehr sinnvoll. Sauber wird die Stadt nämlich nicht dadurch, dass sie für andere sauber aussieht, sondern dadurch, dass wir sie auch sauber halten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. - Doch. Da gibt es eine Wortmeldung.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich finde beide Anträge super. Denn ich muss Ihnen ehrlich sagen: An dem Tag, an dem der Verein KRAKE sich auflöst, Aktionen wie „Kölle putzmunter“ nicht mehr nötig sind und wir endlich dieses Müllproblem in den Griff bekommen haben, mache ich eine Flasche Sekt auf.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Punkt 3, der Werbekampagne: Wir sollten nicht unbedingt nur darauf pochen, dass die Leute weniger wegschmeißen, sondern auch dem Beruf des Müllwerkers oder der Müllwerkerin wieder zu Ansehen verhelfen und ihn aus der sogenannten Schmutzecke herausholen. Denn da gehört er nicht hin. Das ist einer der wichtigsten Berufe, die wir hier in dieser Stadt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Punkt 4, in dem es darum geht, die Leistungen gegebenenfalls anzupassen: Vielleicht überlegt man einmal zusammen mit der AWB, ob es nicht möglich ist, für den Sommer Ferienjobs oder Studierendenjobs bei der AWB anzubieten. Denn die Hemmschwelle, etwas einfach wegzuschmeißen, dürfte wesentlich größer sein, wenn man weiß, dass die Kommilitonin am nächsten Morgen diesen Müll aufammelt. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN, danach über den Änderungsantrag der SPD und anschließend über den Ursprungsantrag mit der mündlichen Aktualisierung abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der LINKEN zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der LINKEN, die SPD-Fraktion, die AfD-Fraktion, die KLIMA FREUNDE, Die PARTEI und GUT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Die PARTEI, die KLIMA FREUNDE, die Ratsgruppe GUT und die AfD. Habe ich jemanden vergessen? Es ging jetzt nämlich so schnell. - Nein. Das ist gut. Dann frage ich: Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Ursprungsantrag mit der Aktualisierung und mit dem veränderten Deckungsvorschlag abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

**3.1.14 Antrag der SPD-Fraktion betreffend
„Sofortmaßnahmen für die Solar-Offensive in Köln“
AN/1409/2021**

Ich gebe als Erstem Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren an den Bildschirmen! Der Klimanotstand ist ausgerufen. Frau Oberbürgermeisterin Reker fordert zu Recht die Erreichung der Klimaneutralität Kölns deutlich vor 2050. Berlin beschließt noch in dieser Legislaturperiode einen Klimapakt, der zum Ziel hat, bereits fünf Jahre früher als geplant, also 2045, treibhausgasneutral zu werden. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken, und für 2040 wird eine Zielmarke von 88 Prozent weniger Treibhausgase festgelegt.

Trotzdem verwundert es, dass die Einführung einer Solarpflicht für Neubauten, durch die SPD im Bund gefordert, ohne eine mögliche Einigung mit der CDU leider vom Tisch ist.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 43**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Wenn wir jedoch den Anspruch haben, als Metropole die verschärften Klimaschutzvorgaben deutlich vor 2050 zu erreichen, muss unter anderem die Nutzung von erneuerbaren Energien massiv vorangetrieben werden - in Köln im Wesentlichen durch Photovoltaikanlagen. In Köln sind aktuell 3 424 PV-Anlagen, wie sie abgekürzt heißen, installiert.

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz hat das Potenzial für Photovoltaik in Köln repräsentativ ermittelt. Demnach gibt es in Köln ein enormes PV-Potenzial auf den Dächern der Stadt und zusätzlich noch auf Freiflächen.

Auch die ambitionierte Empfehlung des Klimarats der Stadt Köln, in den kommenden Jahren 50 Prozent des PV-Potenzials in Köln zu heben, verdeutlicht die Wichtigkeit. Das entspricht 1 900 Megawatt bzw. 200 Megawatt jährlich.

Hierbei ist jedoch nicht zu vergessen, dass in Köln in den vergangenen zehn Jahren nur insgesamt 60 Megawatt installiert wurden und wir in diesem Schnecken-tempo, ohne Nägel mit Köpfen zu machen, die Ziele niemals erreichen werden können.

Die Verwaltung selbst hat ermittelt, dass auf den städtischen Gebäuden insgesamt 6 000 Kilowatt installiert werden können. Das ist deutlich weniger als bei vergleichbaren Städten in der Region. Es sind beispielsweise etwa 50 Prozent der viermal kleineren Stadt Aachen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein wesentlicher Baustein für erfolgreichen Klimaschutz. Wenn wir unseren Beitrag für die Klimaziele leisten wollen, müssen wir aufhören, über Konzepte und Ziele zu reden, und müssen handeln. Windkraftanlagen wie auch Geothermie sind jedoch nicht realistisch. Aber Dächer sind massenweise in Köln vorhanden.

Es ist grob fahrlässig, wenn nicht jetzt ganz konkret und mit voller Energie der Ausbau von PV-Anlagen vorangebracht wird. Wir müssen die uns zur Verfügung stehenden Instrumente vollständig ausschöpfen. Bauleitplanung, Auflagen bei Neubau und Hallenbau, Bauvorhaben auf Grundstücken der Stadt und Denkmalschutzvorschriften, die strenger als anderswo sind und PV-Anlagen praktisch verbieten, müssen hinterfragt und angepasst werden.

Auch kann und darf es nicht sein, dass versäumt wird, Hauseigentümer aktiv konkret und systematisch anzusprechen. Andere Städte machen es vor, und wir als Metropole hinken hinterher.

Daher appelliere ich mit klarer Botschaft an alle Fraktionen, nicht immer nur neue, kleinteilige Konzepte vorzulegen und nicht immer nur Gründe zu suchen, warum es nicht geht. Lassen Sie uns die Kräfte bündeln. Lassen Sie uns mutig sein. Gerade im Klimaschutz müssen wir einen klaren Schwerpunkt auf die konkret umsetzbaren Maßnahmen legen und müssen jetzt handeln.

Kölns Dächer bieten ein enormes Potenzial zum Ausbau der Solarenergie. Dieser Ausbau kann massiv vorangetrieben werden - mit deutlich mehr als 5 000 Dächern pro Jahr. Außerdem sind auf Freiflächen in Köln erhebliche PV-Potenziale verfügbar.

Deshalb fordern wir, dass die Maßnahmen, die ohne weitere Bewertung, Konzeptentwicklung und Zielvereinbarung direkt umzusetzen sind, sofort in Angriff genommen werden. Dazu dient unser Antrag. Stimmen Sie ihm zu, damit wir in der Klimawende weiterkommen, die wir, glaube ich, alle wollen. Gleich haben wir noch einen anderen Antrag, der noch ehrgeizigere, aus unserer Sicht aber auch unrealistische Ziele setzt. Hier können wir aber einen ganz konkreten Schritt gehen, um realistisch weiterzukommen.

Stimmen Sie also unserem Antrag zu. Wir und vor allen Dingen die Kölnerinnen und Kölner und das Klima werden es Ihnen danken. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Abé das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Intention stehen wir hinter dem Antrag der SPD. Die meisten Fraktionen hier sind sich sicherlich einig, dass wir für die Klimawende eine Solaroffensive brauchen, und werden bereits eigene Ideen gesammelt haben. Die größten Potenziale beim Ausbau der Erneuerbaren in Köln liegen in der Solarenergie.

Gleich werden wir über die Verankerung des Ziels der Klimaneutralität bis 2035 beraten. Mehr dazu dann!

Teil unseres Antrags ist auch die Erarbeitung eines Maßnahmenplans. Bestehende Konzepte und Programme sollen mit einbezogen werden.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 44

(vom Redner ungelesene Fassung)

Dass bereits projektierte Vorhaben auch im Bereich Solar damit nicht stillstehen, ist für uns selbstverständlich.

Wie Herr Joisten schon gesagt hat, hat die Projektgruppe Energie des Klimarats Vorarbeit geleistet und bereits Ideen zum Solarausbau ermittelt. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün wird sich in einer Videokonferenz Anfang Juli die bisherigen Ergebnisse des Klimarats noch einmal im Detail vorstellen lassen und dazu austauschen.

Wie das weitere Verfahren bezüglich des Bürgerbegehrens Klimawende Köln verlaufen wird, ist auch noch offen. Daraus könnten Konsequenzen für den Solarausbau folgen.

Was die Freiflächen angeht, wird es wohl auch noch Beratungen im Naturschutzbeirat geben, der ein Positionspapier erarbeiten will.

Alle diese Punkte sollten wir abwarten und noch einmal in Ruhe beraten. Wir möchten uns die einzelnen Vorschläge der SPD gerne im Detail anschauen. Den Antrag würden wir daher nach der heutigen Debatte gerne zur Beratung in die Fachausschüsse Umwelt, Bauen und Liegenschaften verweisen lassen und später auch noch einmal offiziell darum bitten.

Als Vorsitzende des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün werde ich mich dafür einsetzen, dass dort ausreichend Raum für fachlichen Austausch zur Verfügung stehen wird. In einem sind wir uns doch alle einig: Wir brauchen eine Solaroffensive so schnell wie möglich. Diese sollten wir aber fachlich ausreichend beraten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Aengenvoort hat jetzt das Wort. - Nein, sie verzichtet. Frau Niknamtavin.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! DIE LINKE verweist seit Jahren auf Maßnahmen aus dem Paket KlimaAktiv 2022, wie Sie gleich bei TOP 3.1.17 wieder hören werden. Daher freuen wir uns sehr, die Stadt gemeinsam auf den richtigen Weg in eine gute und breit akzeptierte Solaroffensive zu bringen.

Wir waren in der Fraktion und in unserem Arbeitskreis Umwelt trotzdem über den Vorgang des Antrags ein bisschen verwundert. Unser Mitarbeiter

musste für eine gemeinsame Anfrage zum Thema Solaroffensive leider der SPD mühsam hinterhertelefonieren, und jetzt reicht die SPD einen Einzelantrag ein.

Wir werden dem Verweisungsbeschluss allerdings trotzdem zustimmen und würden uns sehr freuen, wenn Sie nächstes Mal Teil eines solchen Bündnisses wie der Solaroffensive würden und dort gemeinsam mit uns und anderen Ihre Ideen einbrächten, damit wir nächstes Mal zusammen einen Antrag stellen könnten, der konsens- und zustimmungsfähig wäre. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fasse mich angesichts des fortgeschrittenen Tages kurz.

Seit einem Dreivierteljahr versuche ich, auf unserem Kölner Dach eine PV-Anlage zu errichten. Ich stolpere, komme mit dem Finanzamt nicht klar und habe mit dem Brandschutz Probleme.

Deshalb sehe ich, dass das alles ein bisschen komplexer ist und es nicht ausreicht, einfach „Lasst uns mal machen“ oder „Macht mal“ zu sagen. Daher freue ich mich, wenn wir so etwas in den Fachausschüssen diskutieren und überlegen, wie wir in Köln wirklich vorwärtskommen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE]:
Doch!)

- Doch. Es tut mir leid. Bitte, Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Ich überlege mir, glaube ich, einmal etwas für da hinten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das wäre gut. Auffälligere Kleidung würde helfen.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 45

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Heiterkeit)

Hier ist es dunkel. Dunkel auf dunkel ist sehr schwierig zu erkennen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Okay. Ich schaue einmal, was ich im Kleiderschrank finden kann - oder vielleicht einen Hut, irgendeinen Karnevalshut, etwas Großes mit Blinklicht obendrauf.

(Heiterkeit)

Bitte verstehen Sie das, was ich gleich sage, nicht miss. Ich finde den Antrag super. Ich finde es auch total wichtig, dass wir da wirklich konsequent und entschlossen voranschreiten. Ich stimme den Vorredner*innen in dieser Sache also absolut zu.

Allerdings hätte ich mir tatsächlich gewünscht, wie das auch schon gesagt wurde, dass sich gerade in dieser absolut zentralen, wichtigen Sache - an der übrigens nicht nur die Fraktionen alle ein Interesse haben, sondern auch die Gruppen; das möchte ich noch ergänzen - alle zusammen an einen Tisch setzen. Denn diese Sache ist für unser Empfinden einfach zu wichtig, um hier ein Kräfte-messen zu veranstalten.

In der Tat brauchen wir ganz dringend die Klimawende und damit auch die Energiewende als einen zentralen, großen Baustein. Wir brauchen die Solaroffensive, und wir brauchen die bestmögliche, schnellstmögliche Ausnutzung der PV-Potenziale in unserer Stadt.

Das Ganze ist ein sehr komplexes Thema. Wir brauchen alle Flächen, die uns in irgendeiner Form zur Verfügung stehen - städtische Dächer, Dächer von Eigentümer*innen und Dächer von Eigentümergemeinschaften. Das ist gar nicht so leicht. Es ist auf jeden Fall ein Kernpunkt - da kann sicherlich noch Arbeit hineingesteckt werden -, wie man Eigentümergemeinschaften dazu bringt, das gemeinsam zu beschließen.

Wir brauchen Mieterstrommodelle. Wir brauchen Balkonmodule. Das alles gibt es auch schon. Wir brauchen vor allem die Informationen darüber.

Wir brauchen aber auch die Industrieflächen usw.

Außerdem brauchen wir transparente, umfassende Informationen für alle Akteur*innen in diesem Sektor und - das wurde gerade auch schon gesagt - die proaktive Ansprache der Menschen.

Wir brauchen Fördermittel, und zwar zum einen stadteigene Fördermittel, die wir den Menschen

auch transparent und ganz proaktiv kommunizieren, damit die Menschen darüber Bescheid wissen und diese auch abrufen.

Zum anderen brauchen wir aber auch für die Stadt in dieser Sache ganz massiv Fördermittel von Land, Bund und EU. Ich weiß, dass ich mich wiederhole. Aber da gibt es wirklich ziemlich viele Fördertöpfe. Andere sind da auch schon viel weiter als wir und haben bereits viel mehr abgerufen. Da ist also ganz viel möglich.

Zudem müssen wir natürlich auch an die Hersteller der Module, der Wechselrichter usw. denken. Die Bundesregierung hat es in den letzten Jahren sehr erfolgreich geschafft, den Erneuerbare-Energien-Sektor eher klein zu halten.

Solarteuer*innen, die bereit waren, diesen Beruf auszuüben, sind dann sogar wieder aus ihrem Beruf ausgestiegen, haben umgeschult und machen jetzt etwas anderes.

Wenn es um die Solaroffensive geht, ist daher tatsächlich eines der größten Probleme, dass wir einen massiven Personalkrätemangel haben. Das heißt: Wir brauchen Solarteuer*innen. Wir brauchen Elektriker*innen. Wir brauchen Dachdecker*innen. Vor allem brauchen wir eine massive Ausbildungsoffensive. Es wird geschätzt, dass ungefähr fünfmal so viele Menschen als Solarteuer*innen oder in ähnlichen Berufen arbeiten müssen wie bisher, die wir händelnd suchen müssen und ganz dringend brauchen, wenn wir das auch nur ansatzweise schaffen wollen. Auch da haben wir unserer Meinung nach die Aufgabe, uns mit den entsprechenden Akteur*innen zusammenzusetzen und eine Ausbildungsoffensive zu starten.

Vor allem brauchen wir ein koordiniertes und gemeinsames Vorgehen aller Akteur*innen, also auch der Verwaltung und der Politik. Ich freue mich sehr darüber - ich sagte es bereits; das wurde jetzt auch schon mehrfach gesagt -, dass wir uns auch alle einig zu sein scheinen, dass dies ein ganz wichtiges, großes Thema ist, und dass wir uns da alle gemeinsam an einen Tisch setzen wollen.

Inzwischen ist wahrscheinlich auch zu allen durchgedrungen, dass es diesen gemeinsamen Tisch schon gibt. Die Solaroffensive Köln existiert ja mittlerweile als Plattform für Koordinierung, für Austausch und für gemeinsames Planeschießen. Zumindest alle demokratischen Fraktionen und Gruppen sind dort bereits vertreten.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 46

(vom Redner ungelesene Fassung)

Ich kann euch nur herzlich dazu einladen, dass wir diese Plattform jetzt über den Sommer gut nutzen und dann hoffentlich in der nächsten Ratssitzung - so, wie ich das hier gerade sehe, wird es frühestens in der nächsten Ratssitzung sein - einen guten Beschluss fassen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage wieder nach Wortmeldungen. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Keine Sorge; keine zweite Rederunde. Ich wollte nur Frau Abé gezielt ansprechen, weil sie mich auch angesprochen hat.

Wir glauben zwar, dass das, was wir hier aufgeschrieben haben, relativ einfach ist, sodass wir es heute beschließen könnten. Aber natürlich sind wir trotzdem dazu bereit, in den Fachgremien noch einmal intensiver darüber zu beraten.

Lassen Sie uns aber doch zumindest heute hier als Commitment miteinander vereinbaren, dass wir noch in diesem Jahr einen Beschluss zu dieser wichtigen Frage fassen. Denn wir haben eben alle gesagt: Es ist dringend und höchste Zeit, diese Hemmnisse, die bestehen, aufzuheben.

Deswegen ist mein Wunsch, dass wir uns zumindest hier gemeinsam committen, in diesem Jahr als Politik, als Rat der Stadt Köln noch eine solche Solaroffensive zu starten. Das wäre zumindest ein kleines Signal auch an die Menschen draußen, dass wir das ernst nehmen und es nicht einfach nur in Arbeitskreise vertagen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erstens gibt es einen Geschäftsordnungsantrag, es nicht einfach nur in einen Arbeitskreis zu vertagen, sondern in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün.

Zweitens kann man das sicherlich als Protokollnotiz festhalten.

(Christian Joisten [SPD]: Dafür wäre ich dankbar!)

- Gut.

Ich lasse darüber abstimmen. Der Verweisungsantrag ist im Redebeitrag von Frau Abé gestellt worden. - Frau Abé.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Der Antrag sollte nicht nur in den Umweltausschuss, sondern auch noch in den Bauausschuss und in den Liegenschaftsausschuss verwiesen werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Danke für die Ergänzung.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann machen wir das so und nehmen auch die Protokollnotiz auf.

Tagesordnungspunkt

3.1.15 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Sozial gerechte Liegenschaftspolitik“ AN/1379/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1495/2021

Ich gebe zunächst Herrn Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Ich freue mich, dass ich Ihnen hier in gebotener Kürze unseren Antrag zur sozial gerechten Liegenschaftspolitik vorstellen darf.

Wir haben uns mit diesem Antrag relativ viel Mühe gemacht und mit dem Einzelmandatsträger, den Gruppen und den Fraktionen, auch mit der SPD, intensiv darüber diskutiert. Es ist dann in zwei Anträgen gemündet. Das ist nicht weiter tragisch. Aber es war ein interessanter Diskussionsprozess. Wir wünschen uns, dass wir diesen Diskussionsprozess jetzt auch hier mit Ihnen als, ich nenne es einmal, Regierungsbündnis in einer konstruktiven Art und Weise führen können.

Meine Damen und Herren, wenn wir eine sozial gerechte Liegenschaftspolitik erreichen wollen, dann brauchen wir eine Wende in der Liegenschaftspolitik. Wir können das nicht weiter so machen, wie wir es in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben eine große Konkurrenz um die Flächen. Wir sind - das brauche ich hier niemandem zu erzählen - eine Wachstumsregion. Es wird um

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 47

(vom Redner ungelesene Fassung)

jeden Quadratmeter für Wohnen, für Bildungseinrichtungen, für Grünflächen und für Gewerbe und Arbeitsplätze gekämpft.

Deswegen ist es nicht nachvollziehbar, meine Damen und Herren, dass die Stadt und ihre Töchter dieses hohe Gut nach wie vor verkaufen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen dazu übergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Gelände, die wir einem Investor - zu welchem Zweck auch immer - zur Verfügung stellen, dann aber, bitte schön, nicht per Verkauf, sondern in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen auch darüber diskutieren, nach welchen Kriterien wir Land in Erbpacht vergeben. Dabei muss natürlich der- oder diejenige den Vorzug bekommen, der oder die der Allgemeinheit am meisten mit seinem oder ihrem Projekt dient. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

In dieser Richtung muss auch darüber diskutiert werden, wie hoch der Erbpachtzins ist. Wenn jemand etwas realisiert, bei dem er sich sehr stark dem Gemeinwohl verpflichtet und dementsprechend eine geringe Renditeerwartung hat, muss auch der Zinssatz sehr niedrig sein. Wenn jemand eine Immobilie oder einen Industriebetrieb entwickelt, bei der oder dem er eine sehr hohe Rendite erwartet, muss natürlich auch der Zinssatz dementsprechend höher sein, meine Damen und Herren.

Der eine oder andere wird wissen, dass wir in dieser Stadt durchaus schon sehr erfolgreiche Projekte im Rahmen der Erbpacht umgesetzt haben. Hier nenne ich den Kalscheurer Weg. Ich will kurz erklären, was das ist. Dort ist es uns gelungen, in Erbpacht mit der Initiative vor Ort ein integratives Wohnprojekt auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Sie verpflichten sich auch, dauerhaft - mindestens für 50 Jahre - preisgebundenen Wohnraum anzubieten.

Meine Damen und Herren, dahin müssen wir kommen. Das müssen wir sehr viel öfter machen. Denn wir haben mit der Erbpacht natürlich ganz andere Möglichkeiten. Nicht alle, aber viele von Ihnen werden sich mit der Frage auseinandergesetzt haben, wie lange eine Mietwohnung im städtebaulichen Vertrag als preiswert festgeschrieben werden darf. Da haben uns die Gerichte gelehrt: Das wird schwierig, wenn du das Land verkauft hast. Wenn du es in der Erbpacht hältst, kannst du es für die ganze Erbpachtzeit als billige oder

als preiswerte Wohnung festschreiben - also für bis zu 99 Jahre.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns bitte zu der Erbpacht als Regel übergehen. Die katholische Kirche macht das seit vielen Hundert Jahren mit sehr großem Erfolg.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Dass sie momentan in der Kritik steht, ist ja gar keine Frage. Natürlich ist das ein Problem. Aber man kann trotzdem von jemandem, der etwas gut macht, auch etwas lernen. Das ist meine Meinung.

Liebe SPD, der von euch gestellte Antrag ist ja nicht schlecht. Aber ihr macht doch einen Riesenfehler, wenn ihr die städtischen Unternehmen da nicht mit hineinnehmt. An der Stelle müsst ihr noch einmal zu Ende denken. Wenn nur die Stadt selbst Erbpacht macht und die städtischen Unternehmen weiterhin verkaufen dürfen, wird doch die moderne Stadt künftig genau das tun. Dann werdet ihr eure Brachflächen der modernen Stadt geben, und die moderne Stadt wird sie verkaufen. Das geht doch nicht. Deshalb müsst ihr die städtischen Unternehmen mit hineinnehmen - ganz im Sinne von Hans-Jochen Vogel.

Das sollte euch hier noch einmal eine Unterstützung sein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, obwohl ich ein bisschen überzogen habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort. - Frau Pakulat, Sie haben jetzt das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Ich war der Meinung, dass erst die SPD ihren Antrag vorstellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die SPD ist Stellerin des Änderungsantrags. Deswegen ist sie noch nicht an der Reihe.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Gut. - Ich würde gerne beide Anträge in den Liegenschaftsausschuss verweisen, weil das der zuständige Fachausschuss ist. Weil diese Anträge sehr viele verschiedene Themen behandeln und zum Teil auch sehr detailliert sind, gehören sie in den

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 48

(vom Redner ungelesene Fassung)

Fachausschuss, damit wir uns dort auch fachlich damit auseinandersetzen können.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das tun wir doch schon seit drei Jahren!)

Ich möchte aber auch noch etwas zu Protokoll geben. Diese Anträge sind nämlich auch eine Folge davon, dass wir jetzt schon seit zwei Jahren auf die Vorlage zum Erbbaurecht warten. Wir haben vor einem Jahr eine Mitteilung dazu bekommen und haben dann gedacht: Jetzt geht es aber schnell; nach den Ferien haben wir dann die Beschlussvorlage. - Sie ist bis heute nicht eingetroffen. Die Folge sind dann natürlich auch solche Anträge.

Deshalb ist meine eindringliche Bitte an die Verwaltung, uns diese Vorlage schnellstmöglich vorzulegen und nicht erst bis Ende des Jahres. - Vielen Dank.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann hat unser Antrag ja etwas geholfen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat, darf ich davon ausgehen, dass sich der von Ihnen gestellte Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung nach der Debatte hier bezieht? Oder soll sofort verwiesen werden? Soll ich sofort darüber abstimmen lassen?

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Nach der Debatte!)

- Nach der Debatte hier. Gut. - Dann würde ich aber gerne zur Objektivierung Frau Blome fragen, wo die Vorlage bleibt, wenn sie denn noch nicht da ist.

(Mike Homann [SPD]: Wir können jetzt zum Änderungsantrag sprechen!)

- Aber dann können Sie ja gleich dazu Stellung nehmen. Dann haben Sie doch einen objektiven Tatbestand, hoffe ich. - Frau Blome.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ruf nach der Vorlage ist angekommen. Es ist auch nicht so, dass an der Vorlage nicht gearbeitet worden wäre. Sie wissen ja im Zusammenhang mit dem Entwurfsstand, den Sie oder jedenfalls die seinerzeitigen Fachpolitiker auch schon gewürdigt haben, dass noch vieles zu tun war. Wir hatten mit dem Wohnungsbauforum eine große Runde und müssen noch einmal eine

Runde mit dem Wohnungsbauforum machen. Es haben auf der Etappe etliche Abstimmungsgespräche mit der Köln AG stattgefunden. Es hat auch noch verwaltungsintern dezernatsübergreifende Workshops gegeben.

Ich persönlich bedaure, dass ich dies in meiner aktiven Zeit als Liegenschaftsdezernentin tatsächlich nicht mehr geschafft habe. Das ist natürlich wahr. Aber ich gehe davon aus, dass es nach der Sommerpause dann zügig vorgelegt werden kann, weil der Vorgang sehr weit fortgeschritten ist. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön, Frau Blome. - Jetzt hat Herr Pütz das Wort.

Pascal Pütz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Redebeiträgen hat sich meine Rede aus meiner Sicht tatsächlich schon zum Teil erledigt. Nichtsdestotrotz möchte ich trotzdem noch einmal auf unseren Änderungsantrag eingehen.

Köln ist eine wachsende Stadt, deren Flächen begrenzt und ein äußerst knappes Gut sind. Folglich muss Flächenpolitik dem Ziel einer nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung dienen. Dies ist nur möglich, wenn Köln den strategischen Ankauf von Flächen aktiv gestaltet und vor allem intensiviert.

Neben einer aktiven Ankaufspolitik dürfen die wertvollen Flächen der Stadt eben nicht meistbietend und planlos veräußert werden. Vielmehr benötigen wir einen sensiblen Umgang bei der Veräußerung, welche vorrangig im Wege von Erbbaurecht, Verpachtung und Vermietung erfolgen muss. Nur so erhalten wir unserer Stadt die Möglichkeit, die Nutzung unserer Flächen politisch zu steuern und das öffentliche Eigentum dauerhaft im Sinne künftiger Generationen zu erhalten.

Dazu soll die Verwaltung bitte bis zum Jahresende diesem Gremium eine Beschlussvorlage vorlegen, welche regelt, dass städtische Grundstücke besonders für den Wohnungsbau vorrangig unter Nutzung des Erbbaurechts vergeben werden. Das Hauptziel muss hierbei die Schaffung von Wohnraum in unserer Stadt sein. Denn dieser ist - das ist uns allen hier bekannt - nicht ausreichend vorhanden.

Sofern bei einer Veräußerung andere Zwecke als Wohnungsbau beabsichtigt werden, soll die Verwaltung ein Konzept vorlegen, welches regelt, wie

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 49

(vom Redner ungelesene Fassung)

trotzdem politische Steuerungsmöglichkeiten erhalten bleiben. Veräußerungen dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen und anhand eines verbindlichen Kriterienkatalogs erfolgen.

Meine Damen und Herren, wir können es uns nicht erlauben, städtische Flächen weiterhin so zahlreich aus der Hand zu geben und somit politische Steuerungsmöglichkeiten für nachhaltige und soziale Stadtentwicklung zu verlieren.

Den Ursprungsantrag begrüßen wir von seiner Zielrichtung her. Allerdings - lieber Michael, wir haben schon intensiv darüber diskutiert - schießt er aus der Sicht der SPD-Fraktion in einigen Punkten tatsächlich über das Ziel hinaus. Du hast eben das Stichwort „städtische Tochterunternehmen“ genannt. Da sind wir tatsächlich im Moment noch anderer, unterschiedlicher Meinung. Ich finde es auch gar nicht schlimm, dass wir - -

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Ich habe ja die Hoffnung, dass die Meinung sich vielleicht bei euch ändert und wir dann zusammenkommen.

Nichtsdestotrotz sind wir da ja auf einem guten Weg, glaube ich. In diesem Sinne möchte ich den Rat der Stadt Köln bitten, unserem Änderungsantrag zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die FDP spricht jetzt für Erbbaurecht!)

Volker Görzel (FDP): Der Herr Kollege Detjen kann es ja kaum erwarten, und ich weiß auch, warum. - Ich bin in den 70er-Jahren groß geworden; antiautoritäre Erziehung. In meinem Kindergarten - das war damals so eine freie Geschichte; heute würde man sagen: Kita - mussten wir immer ein bestimmtes Lied singen. Als ich den Antrag gelesen habe, ist mir eine Strophe aus diesem Lied eingefallen. Sie lautet:

Wäre das nicht fabelhaft?
Mein und Dein wird abgeschafft!

(Vereinzelt Beifall)

- Ich merke schon, liebe Freunde von den LINKEN und von den KLIMA FREUNDEN: Das ist Ihr

Credo, Mein und Dein abzuschaffen. - Das ist auch Ihr gutes Recht. Wir leben ja in einem freien Land.

Gleichwohl kann mich als Freien Demokraten ein solcher Antrag - er ist auch ernst gemeint; er ist auch sehr gut begründet - nicht ruhig lassen. Der Antrag atmet einen gewissen Geist nicht nur der 70er-Jahre, sondern auch der Sozialisierung und des Gemeinwohls: Gemeinsam ist immer besser; Staat vor Privat.

Haben Sie bitte Verständnis. Ich habe vorhin meine erste Impfung bekommen und kriege jetzt so ein Kribbeln auf der Haut. Aber bei diesem Antrag kriege ich wahrscheinlich sogar ein bisschen Schüttelfrost. Denn dieser Antrag zielt in den Kern unserer Gesellschaftsordnung und in den Kern unserer Wirtschaftsordnung.

Wer von Ihnen hat denn privates Eigentum? Das werden gar nicht so wenige sein. Sie können die Hände alle unten lassen.

Warum haben wir privates Eigentum? Weil zu Recht das Lehnswesen des Mittelalters, Herr Weisenstein, von der katholischen Kirche abgeschafft wurde. Dass Sie es sind, die hier das Lehnswesen des Feudalismus propagieren, verursacht bei mir auch noch einen Kälteschauer.

(Beifall bei der FDP)

Aber im Ernst: Wir reden doch auch von Demografie. Wir reden davon, dass unsere Generation bzw. die nach uns folgende Generation später einmal von irgendetwas leben muss. Eigentum ist Versorgung. Eigentum ist Rente. Eigentum ist Altersversorgung.

Das schaffen Sie mit einem Erbbaurecht doch gar nicht. Nach 99 Jahren ist Schluss. Heimfall! Da kann nichts vererbt werden. Dann muss man wieder bei null anfangen. Sie wollen also den Kern unserer privaten Altersvorsorge angreifen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Akzeptieren Sie einen Zwischenruf von Herrn Weisenstein? Er hat eine Zwischenfrage.

Volker Görzel (FDP): Herr Weisenstein ruft nie dazwischen. Er macht immer kluge Anmerkungen. - Bitte.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 50

(vom Redner ungelesene Fassung)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Kollege, Sie haben ja jetzt ein Loblied auf das Privateigentum gesungen.

(Volker Görzel [FDP]: Zu Recht, Herr Kollege! Zu Recht!)

- Das ist Ihr gutes Recht. - Jetzt kommt meine Frage: Ist Ihnen denn bekannt, dass Sie Ihr hochgelobtes Einfamilienhaus auch gerne auf einem Erbpachtgrundstück bauen können und es Ihnen sehr wohl gehört? Nach 99 Jahren geht dann halt wieder die Verhandlung los, ob der Grund und Boden weiterhin von der Kommune gehalten wird. Ist Ihnen also bekannt, dass man auch privates Eigentum auf öffentlichem Grund bauen kann?

Volker Görzel (FDP): Ich war zwar im Grundstücksrecht und im Sachenrecht immer sehr schlecht. Aber ich erinnere mich noch an Vorlesungen - ich habe ja vor vielen Jahren einmal Jura studiert -, in denen genau diese Fragen diskutiert wurden. Deswegen habe ich auch den Fachbegriff des Heimfalls hier einfließen lassen, um eine gewisse Kompetenz auf diesem Gebiet deutlich zu machen, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP)

Sie legen also die Axt an das Eigentum, an einen der zentralen Begriffe unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, an. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich dem nicht zustimmen kann.

Das kann ich erst recht nicht, wenn ich mir auch noch diese ganzen bürokratischen Dinge durchlese, die Sie da fordern: Kataster, Grundbesitz, Durchführung von regelmäßigen Erhebungen. - Ich sehe ja quasi die Kollegin Blome schon zittern - oder wer in Zukunft dafür zuständig ist. Niklas, du wahrscheinlich; ich weiß es nicht. Glückwunsch von meiner Seite!

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, nein, nein!
Der Kollege da hinten!)

- Oder auch der Liegenschaftsdezernent. Ich sehe ihn doch schon zittern. Er wird ja immer kleiner, wenn er darüber nachdenkt, wie viele Stellen er zusetzen muss, nur um hier den Sozialismus in unserer Stadt nach vorne zu bringen.

Liebe Freundinnen und Freunde, tut ihm einen Gefallen. Er hat mit Klima genug zu tun. So einen Quatsch brauchen wir nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Danke, Herr Görzel. Das muss ich gerade noch einmal verdauen.

In der städtischen Liegenschaftspolitik muss die soziale Gerechtigkeit mitgedacht werden und sich am Gemeinwohl orientieren. Daher befürworten wir die im Antrag festgeschriebene grundsätzliche Vergabe im Erbbaurecht sowie den umfassenden Katalog zu den Kriterien der Gemeinwohlorientierung.

(Beifall bei Volt und der LINKEN)

Auch die besondere soziale Ausgestaltung und Berücksichtigung von Klimaschutz in der Liegenschaftspolitik sind von enormer Bedeutung. Insofern unterstützen wir die inhaltliche Ausgestaltung dieses Antrags.

Allerdings würden wir uns für die Umsetzung einen intensiveren Dialog mit der Verwaltung wünschen - jetzt haben wir auch eine neue Person da -, damit diese Umsetzung auch tatsächlich möglich wird und es nicht nur bei einem Beschluss bleibt.

Daher befürworten wir, dass wir diesen fachspezifischen Antrag noch einmal im zuständigen Liegenschaftsausschuss intensiv und breit diskutieren.

Auf jeden Fall geht aber auch unser Dank an die Fraktionen und Ratsgruppen, die an diesem Antrag mitgewirkt haben.

(Beifall bei Volt und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau Sommer.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Verfahren: Wer im Liegenschaftsausschuss ist, weiß, dass ein Fachgespräch nach der Sommerpause avisiert ist, und weiß auch, warum es bis jetzt nicht stattgefunden hat: weil die Liegenschaftsverwaltung dies sehr gerne Face to Face und nicht über Zoom machen möchte.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 51

(vom Redner ungelesene Fassung)

Weil dieses Thema ganz bedeutend und wichtig ist, haben wir dann auch gesagt: Wir machen das so. - Aus diesem Grund haben wir es auch nicht vorher mit aller Deutlichkeit eingefordert, sondern haben gesagt: Wir warten ab, bis wir uns sehen können.

Herr Weisenstein, Sie haben völlig recht; Wohnungsbaugrundstücke werden in Erbpacht vergeben. Der Kalscheurer Weg ist doch das beste Beispiel. Er ist nicht nur ein Beispiel, sondern eines der letzten großen Projekte, die wir auch in dieser Hinsicht beschlossen haben. Daher verstehe ich den Einwand mit der Formulierung, als ob das nicht geschehen würde, auch nicht ganz. Es wird gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Sommer. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Verweisungsantrag in den Liegenschaftsausschuss abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**3.1.16 Antrag der AfD-Fraktion betreffend
„Karl Küpper Preis 2021 - Resolution
des Kölner Stadtrates“
AN/0932/2021**

Ich gebe Herrn Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden wir die Rede zu Protokoll geben. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Ich gebe meine Rede nicht zu Protokoll, weil ich es schon wichtig finde, auf diese AfD-Anträge von heute zu antworten.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass hier im Rat seit vielen Jahren alle demokratischen Fraktionen und Gruppen zusammenstehen - zusammenstehen gegen menschenverachtende Anträge und

Äußerungen wie die der AfD, die wir heute auch hören mussten.

Diese Anträge - jetzt liegt uns der letzte AfD-Antrag für heute vor - machen deutlich: Die AfD setzt wieder bei ihren Kernthemen an und bedient sich ihrer alten menschenverachtenden Muster. Im Versuch, sich in Köln ins Gespräch zu bringen, bindet die AfD für heute einen unerquicklichen und unerträglichen Themenstrauß zusammen, angefangen vom Verbleib von 86 entwichenen minderjährigen Flüchtlingskindern über RADar und die Abschaffung der Gendersprache bis zum Karl-Küpper-Preis - so, als könne es die AfD nicht lassen. Bestimmte Themen reizen sie immer wieder, auch wenn es auf die AfD glücklicherweise nach wie vor wenig Resonanz gibt.

Zum Antrag selbst lassen Sie mich Folgendes vorschicken: Die Initiatoren des Karl-Küpper-Preises, die Freunde und Förderer des Kölnischen Brauchtums und das Festkomitee Kölner Karneval, würdigen mit diesem Preis den Karnevalisten Karl Küpper, der sich im Dritten Reich offen gegen die Nationalsozialisten positionierte. Die Auswahl der Preisträger übernimmt eine fünfköpfige Jury, der neben der Oberbürgermeisterin der Präsident des Festkomitees Kölner Karneval, der Vorsitzende der Freunde und Förderer des Kölnischen Brauchtums, der Direktor des NS-Dokumentationszentrums sowie ein Vertreter der Familie Karl Küppers angehören. Ziel ist es, Engagement für Demokratie und Toleranz auszuzeichnen.

Ehrlich gesagt, sehe ich hier keinerlei Zuständigkeit des Rates, keinerlei Notwendigkeit, dass der Rat der Jury Tipps gibt, und noch weniger Notwendigkeit, dass die AfD versucht, diesen Preis für sich zu vereinnahmen.

(Lebhafter Beifall)

Dieses Vereinnahmen haben diejenigen, die in der letzten Wahlperiode hier saßen, noch im Kopf. Die AfD hat das ja bereits einmal versucht.

Ich vermute, dass dieser Antrag, der uns vorliegt, die Antwort der AfD auf die Auswahl der Preisträgerin von 2020 ist. Denn Carola Rackete wurde für ihr besonderes Engagement in der Flüchtlingshilfe als Kapitänin der *Sea-Watch* ausgezeichnet. Das kann der AfD nicht gefallen haben. Vermutlich wollen Sie mit Ihrem Antrag eine weitere solche Preisverleihung verhindern - mit durchschaubaren Argumenten.

Wenn man sich genau anschaut, wen Sie mit welchen Argumenten vorschlagen, dann ist festzustellen: Empathiefrei nutzen Sie von der AfD diesen Antrag vor allem auch, um Ihrer Islamophobie zu frönen. Sie missbrauchen in Ihrem Antrag Sprache, Zitate und Begriffe, gepaart mit Heuchelei und billigem Populismus. Und wenn man es zusammenfassen möchte, dann sind Ihre Aussagen rassistischer gemeint, als sie formuliert sind. Auch deshalb ist dieser Antrag wie viele weitere abzulehnen.

Ich komme zu meinen ersten Sätzen zurück. 2020 haben alle Demokratinnen und Demokraten im Rat der Stadt ihre Resolution von 2014 bekräftigt und damit ihre gemeinsame Grundhaltung klargestellt. Ich zitiere:

Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Humanität und Solidarität sind Grundwerte in unserer Demokratie, die die Grundlage unseres kommunalen Handelns sind. Dafür gilt es eindeutig Position zu beziehen.

Der Preis steht genau in dieser Tradition. Ich zitiere dazu Christoph Kuckelkorn:

Auch heute noch braucht es Menschen, die sich öffentlich für den Schutz der Demokratie einsetzen und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form der Diskriminierung stellen. Diese Menschen und ihr Engagement möchten wir mit der Vergabe des Preises würdigen.

Dem ist nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer wünscht zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.17 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Verankerung des Ziels der gesamtstädtischen Klimaneutralität in Köln bis 2035“

AN/1377/2021

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1501/2021**

Änderungsantrag der Gruppe GUT

AN/1514/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1503/2021

Ich gebe zunächst Frau Abé das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln muss bis 2035 klimaneutral werden. Mit diesem Ziel sind wir Grüne, sind Sie, Frau Oberbürgermeisterin, und sind viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Wahlkampf angetreten.

Wenn unser Antrag heute beschlossen wird, ist das nicht nur ein politischer Meilenstein, sondern auch ein Erfolg für die Mehrheit in diesem Rat und vor allem für unsere Stadt.

Extremwetterereignisse, heiße Sommer, sterbende Bäume und ein vertrockneter Grüngürtel haben uns in den letzten Jahren in erschreckender Weise vor Augen geführt: Die Klimakrise ist da.

Daher ist es jetzt Zeit, schnell zu handeln. Es ist unsere Pflicht, die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und das 1,5-Grad-Ziel zu erfüllen.

Natürlich müssen dafür von Landes-, Bundes- und Europaebene die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Aber auch wir in der Kommune können und wollen zum Vorbild und Impulsgeber beim kommunalen Klimaschutz werden und beweisen, dass die kommunale Klimaneutralität gelingen kann. Denn die konkrete Umsetzung erfolgt vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Ausrufen des Klimanotstands hat die Stadt Köln bereits vor zwei Jahren die Brisanz der Lage anerkannt. Im daraus resultierenden Klimarat haben sich die für den Klimaschutz notwendigen Akteur*innen zusammengefunden, um gemeinsam für unsere Stadt die gesamtstädtische Klimaneutralität zu erreichen. Erste Zwischenziele wurden erarbeitet.

Wir finden dieses Bündnis richtig und wichtig und erkennen seine Arbeit hoch an. Eine enge Zusammenarbeit und der Austausch mit den Beteiligten liegen uns weiterhin am Herzen.

Aber wenn wir die Klimakrise aufhalten wollen, brauchen wir ambitioniertere Ziele. Unser Ziel lautet daher: klimaneutral bis 2035. Dies muss zur Zielmarke der Stadt Köln werden und von allen

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 53

(vom Redner ungelesene Fassung)

städtischen Töchtern und Beteiligungen sowie dem Klimarat berücksichtigt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Dafür müssen die bisherigen Anstrengungen, Strategien und Konzepte fortgeschrieben, gebündelt und ausgebaut werden sowie definierende Berechnungen zur Klimaneutralität erstellt werden.

Wir brauchen einen konkreten sektorenspezifischen und ämterübergreifenden Maßnahmenplan, der mit dem Klimarat und allen Beteiligten mit professioneller Unterstützung durch das bereits beauftragte Konsortium erarbeitet wird.

Dieser Fahrplan muss der Politik möglichst zügig vorgelegt werden und einem regelmäßigen Controlling unterzogen werden.

Mögliche Finanzierungslücken für Personal und Umsetzung müssen geprüft und im anstehenden Haushalt beraten werden.

Noch kurz zu den Änderungsanträgen, und zwar zunächst zum Antrag der LINKEN: In Anbetracht der Herausforderungen der Wärmewende halten wir 2035 für realistisch. Geht es schneller, ist es gut. Dem Änderungsantrag können wir daher aber nicht zustimmen.

Dass die bisherigen Konzepte mit einbezogen werden und bereits avisierte Maßnahmen umgesetzt werden, ist selbstverständlich. Mit dem Bürgerbegehren der Klimawende sollten wir uns dann beschäftigen, wenn es auch so weit ist.

Der Änderungsantrag der SPD geht uns nicht weit genug und ist in Teilen bereits in Planung.

Den Antrag von GUT übernehmen wir gerne.

Statt uns über Details zu streiten, müssen wir nun gemeinsam Hand in Hand voranschreiten, um unser notwendiges und ambitioniertes Ziel zu erreichen. Es liegt auch in unserer Verantwortung, die Klimakrise zu stoppen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Hallo in den Livestream! Wir stecken uns das Ziel, für die Stadt und die städtischen Beteiligungsunternehmen die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen. Ich will daher vier Aspekte herausgreifen, die mir wichtig sind.

Erstens: der Maßnahmenplan. Die Klimaneutralität 2035 ist ein ehrgeiziges Ziel, das nichts wert wäre, wenn wir nicht auch aufzeigen würden, dass es realistisch ist und erreicht werden kann. Deswegen ist dieser Maßnahmenplan so wichtig, weil dort konkret dargestellt wird, wie wir das Ziel erreichen, welche Schritte wir gehen müssen und welche Belastungen damit verbunden sind. Es wird transparent werden, welche Zielkonflikte wir zu lösen haben. Wir werden aber einen großen Schritt weiter sein, wenn wir den Maßnahmenplan vereinbart haben, die Indikatoren zur Überprüfung der Umsetzung festgelegt haben und dann in die Abarbeitung kommen.

Der zweite Punkt ist die Kostenbetrachtung, die mir sehr wichtig ist; denn zu der Erreichung des Ziels gehört eben auch, zu sagen: Was kostet es, und in welchen Szenarien kostet es was? - In Klimaschutz investiertes Geld ist meiner Meinung nach gut investiertes Geld. Alternativ wäre es so, dass wir mehr in die Klimafolgenanpassung investieren müssten. Deswegen ist es sinnvoll, dass wir zunächst in den Klimaschutz investieren und das Ziel der Klimaneutralität unterstützen. Das sage ich vor allen Dingen auch im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen; denn da brauchen wir ein entsprechendes Budget, um die entsprechenden Maßnahmen tatsächlich umsetzen zu können.

Das Dritte ist, dass in diesem ambitionierten Ziel meiner Meinung nach auch eine große Chance steckt - natürlich für den Klimaschutz, aber eben auch in der Hinsicht, dass diese Herausforderung auch Innovationen befördert und dass noch einmal Technologien neu entwickelt werden, wovon wir als Stadt profitieren können. Ich nehme wahr, dass unsere Wirtschaftsförderung da aktiv ist, Unternehmen anspricht und in den Dialog geht, um dafür zu sorgen, dass wir als Stadt Köln auch davon profitieren können.

Als Viertes ist mir wichtig, zu sagen, dass wir viele Akteure benötigen und ansprechen müssen, um dieses Ziel erreichen zu können. An erster Stelle möchte ich hier den Klimarat ansprechen. Im Klimarat sind viele wichtige handelnde Personen und Unternehmen, Verbände und Vereine vereint, die sich auch schon Ziele gesetzt haben. Diese Ziele weichen zwar von dem heute von uns benannten Ziel 2035 ab. Aber für diejenigen, die diese Ziele ausgehandelt haben, sind es auch

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 54

(vom Redner ungelesene Fassung)

ambitionierte Ziele. Das möchten wir auf jeden Fall schätzen und würdigen.

Uns geht es darum, mit dem vorliegenden Antrag zu zeigen, dass wir von städtischer Seite den erforderlichen Beitrag leisten wollen, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Wir brauchen diese vielen Akteure, die sich anschließen.

Insgesamt ist es eine große Herausforderung, die städtische Klimaneutralität 2035 zu erreichen. Das ist kein Projekt mit schnellen Erfolgen, sondern erfordert Durchhaltevermögen. Dieses Durchhaltevermögen bringt meine Fraktion mit.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause! Auch wenn wir uns hier an einem für Köln typischen Sommertag zusammenfinden, ist der Klimawandel auch in Köln angekommen. Wir spüren ihn an der Häufigkeit und zunehmenden Intensität extremer Wetterereignisse.

Bis 1980 gab es in Köln durchschnittlich 36 Tage im Jahr, an denen es wärmer als 30 Grad war. Inzwischen sind das 47 Tage. Die Anzahl der Tropennächte, in denen es nachts immer noch wärmer als 20 Grad ist, hat ebenfalls stark zugenommen. Im vergangenen August war jede zweite Nacht in der Kölner Innenstadt eine Tropennacht.

Ich spreche hier über Köln, damit es für uns alle greifbarer und anpackbarer wird. Aber die viel schlimmeren Auswirkungen spüren jetzt schon Länder um den Äquator, die deutlich weniger zu dieser aktuellen Krise beigetragen haben und aktuell auch deutlich weniger tun können, um sich in dieser Krise zu helfen.

Es wird aktuell viel diskutiert, wie wir der jungen Generation für ihr Verantwortungsbewusstsein während der Corona-Pandemie danken können und wie wir ihr für ihr solidarisches Handeln etwas zurückgeben können.

Entscheidungssträger*innen wie wir können Generationengerechtigkeit herstellen. Die beste Variante dafür ist effizienter und ambitionierter Klimaschutz. Das bahnbrechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor wenigen Wochen setzt

auch für uns hier neue Maßstäbe. Um künftigen Generationen keine radikalen Einschnitte zuzumuten, dürfen wir beim Klimawandel heute nicht tatenlos zusehen. Wir müssen ihn jetzt effizient und vorausschauend bekämpfen. Denn die Schritte, die wir heute nicht gehen, werden in die Grundrechte zukünftiger Generationen eingreifen.

Daher ist es dringend notwendig, dass wir einen konkreten Maßnahmenplan vorlegen, der die einzelnen Schritte auf dem Weg zur Klimaneutralität aufzeigt. Ich freue mich sehr darüber, dass wir heute hier eine breite Mehrheit für das Jahr 2035 als Ziel bekommen werden. Aber das hilft uns alles nichts, wenn wir keinen konkreten Fahrplan bis dahin bekommen, der Zwischentappen enthält und das Ganze für einzelne Sektoren herunterbricht.

Das Ziel ist also klar. Durch den Plan kann jede Kölnerin und jeder Kölner nachvollziehen, wie wir als Stadtgesellschaft gemeinsam dort hinkommen. Gleichzeitig ermöglicht ein konsequentes Monitoring durch eine regelmäßige Erhebung der Immissionsdaten dann auch ein Verständnis und ein transparentes Verfolgen dieser Zielerreichung. Beides zusammen macht die Politik in unserer Stadt nicht nur transparent, sondern auch messbar.

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung und den Beteiligungsunternehmen haben wir die Chance, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Ich freue mich insbesondere auch darüber, dass Herr Steinkamp von der RheinEnergie heute hier ist und diese Debatte, in der wir diese großen Schritte beschließen, verfolgen kann.

Das, was bisher in Köln im Kampf gegen den Klimawandel geschehen ist, ist zwar nicht nichts, jedoch aus unserer Sicht nicht ambitioniert genug und auch nicht strukturiert genug. Genau das ändern wir gemeinsam mit diesem Antrag. Wir müssen die Pariser Klimaziele erreichen. Wir müssen ambitioniert sein. Nur so können wir Generationengerechtigkeit schaffen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort.

(Christian Joisten [SPD]: Wieso nicht die SPD?)

- Sie waren nicht angemeldet. Aber dann sprechen Sie als Nächster nach Frau Niknamtavin.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 55

(vom Redner ungelesene Fassung)

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Ich dachte auch, dass die SPD zuerst drankommt. Deswegen war ich ein bisschen verwirrt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt hier Rednerlisten, nach denen ich zumindest zunächst einmal vorgehe. Und wenn man sich nicht anmeldet, dann wird das für mich schwierig.

(Christian Joisten [SPD]: Aber trotzdem kann man fragen!)

- Ja, ich frage demnächst immer. Okay. Das mache ich. Ich frage jedes Mal.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Ich würde gerne zunächst auf die organisatorische Ebene in unserem neuen Punkt 7 eingehen. Dieser ist ein Zeichen des Rates, das Engagement Zigtausend Kölner*innen ernst zu nehmen und eine Abstimmung vorzubereiten, die ihren Namen auch verdient. Zumindest darauf können wir uns, glaube ich, alle einigen.

Jetzt zum inhaltlichen Teil: Sich ambitionierte Ziele zur Bekämpfung des Klimawandels zu setzen, ist kein Überbietungs- oder Unterbietungswettkampf. Denn im Ziel sollten wir uns alle einig sein: Wir alle wollen die Erde als lebenswerten Planeten erhalten.

Aber die Ideen und Maßnahmen zu entwickeln und auch umzusetzen, um diese selbst gesteckten Ziele auch zu erreichen, muss konsequent und schnell geschehen. Je früher wir damit beginnen und je effektiver wir sind, umso weniger drastisch müssen wir eingreifen.

Das Ziel, bis 2035 Köln klimaneutral zu machen, ist besser als ein Ziel, das um viele Jahre weiter nach hinten verlegt wird,

(Beifall bei der LINKEN)

aber schlechter als ein Ziel, das früher angestrebt werden kann.

Jede Tonne Klimagas, die wir dieses Jahr nicht einsparen, muss in Zukunft zusätzlich eingespart werden. Es muss schnell und zupackend gehen, wie wir das auch in der Pandemie gezeigt haben. Meine Freund*innen und andere junge Menschen gingen und gehen jede Woche protestieren - und nicht erst in zehn bis fünfzehn Jahren -, um die wichtige Dringlichkeit gegenüber Menschen wie

uns, die hier im Stadtrat sitzen, jedes Mal zu betonen. Es ist unabdingbar, dass wir durch schnelles und konsequentes Handeln zeigen, dass wir diese Bemühungen auch ernst nehmen.

Meine Fraktion hat schon bei der Verabschiedung des sogenannten Umsetzungsprogramm für den Klimaschutz KölnKlimaAktiv 2022 vor mittlerweile zweieinhalb Jahren darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen konkret zu entwickeln und vor allem umzusetzen sind.

Dass wir hier vor zwei Jahren den Klimanotstand beschlossen haben, hat außer neuen Zielen und Planungen aber auch noch keine wirkungsvollen Maßnahmen zur Folge gehabt.

Wenn die Erde auf dem Weg ist, krank zu werden, müssen wir alles tun, damit es nicht so weit kommt. Dabei werden uns weder Wahlprogramme ohne konsequente Ziele noch Programme voller Ziele und Willensbekundungen ohne konkrete Maßnahmen helfen.

(Beifall bei der LINKEN und den KLIMA FREUNDEN)

Die gesamtstädtische Klimaneutralität in Köln bis 2030 mit konkreten Maßnahmen - beispielsweise der Reduzierung der vom Flughafen Köln/Bonn aus- und am Flughafen eingehenden Flüge um ein Viertel - ist eines unserer Ziele für eine emissionsärmere Welt. Denn alles in allem ist Klimaschutz letztlich eine Investition in die Zukunft. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und den KLIMA FREUNDEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht für die SPD-Fraktion zu sprechen? - Herr Joisten. Bitte sehr.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt vielen Reden zugehört, insbesondere denen des einbringenden Ratsbündnisses, und bin zumindest Herrn Achtelik dankbar, der in seiner Rede auch darauf hingewiesen hat, dass es vor allen Dingen einen Plan braucht - hier wurden eben auch noch einmal Maßnahmen angesprochen -; denn ansonsten ist das, was in diesem Antrag postuliert wird, doch schlichte Augenwischerei.

Wenn wir uns in immer ambitionierteren Zielen überbieten, ohne dass wir eine Idee und konkrete

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 56**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Pläne entwickeln, wie wir diese denn erreichen wollen, ist das alles nur Schall und Rauch und irritiert die Menschen, die am Ende 2035 feststellen werden: Wir sind nicht da, wo wir hin wollen.

Denn realistisch - das zeigen auch alle internationalen Vereinbarungen - ist das Zieljahr 2040. Dieses Jahr hat man ja nicht umsonst gewählt. Es ist an sich schon sehr ambitioniert. Alle früheren Ziel-daten - das können Sie in zahlreichen Studien, Untersuchungen und auch Einschätzungen aller derer, die sich mit diesen Vorgängen beschäftigen, nachlesen - sind Utopie.

Zunächst aber zum Begriff der Klimaneutralität: Ist das wirklich so gemeint, liebes Ratsbündnis? In Ihrem Antrag geht es unter dem Punkt 1 darum, dass nicht mehr Treibhausgase emittiert werden, als auf natürliche und künstliche Art und Weise gebunden werden können. Das müsste dann Treibhausgasneutralität sein. Denn Klimaneutralität ist mehr. Dieser Begriff umfasst neben Treibhausgasen auch Änderungen bei der Landnutzung, den Rückgang von Eisflächen und alle anderen Handlungen, die das Klima beeinflussen und dann auch deutlich über den kommunalen Handlungsrahmen hinausgehen.

Insofern gehen wir einmal davon aus - das haben wir in unserem Änderungsantrag dann auch vorgeschlagen -, dass wir von Treibhausgasneutralität sprechen.

Wir möchten selbstverständlich, dass die Stadt Köln und natürlich auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften eine besondere Vorbildfunktion bei dem Weg hin zur Treibhausgasneutralität einnehmen. Wir wollen, dass die Verwaltung im Einvernehmen mit den Beteiligungsgesellschaften einen verbindlichen Fahrplan entwickelt, wie alle direkt beeinflussbaren Treibhausgasemissionen bis spätestens 2040 das Ziel der Treibhausgasneutralität erreichen.

Der Maßnahmenplan zur Treibhausgasneutralität - ich nenne es jetzt einmal so - muss ämterübergreifend erarbeitet werden. Maßnahmen und Ziele müssen verbindlich zugeteilt werden. Der Maßnahmenplan wird bis Ende 2021 der Stadtgesellschaft vorgestellt - so sieht es unser Antrag vor - und natürlich dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün sowie dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Direkt von der Stadt Köln beeinflussbar sind logischerweise auch nur die städtischen Dienststellen sowie die Beteiligungsgesellschaften. Was Sie so vollmundig als gesamtstädtische Klimaneutralität bis 2035 verkaufen, ist doch in Wirklichkeit nichts

anderes als Klimaneutralität der Stadtverwaltung und der Stadtwerke. Da wir zum Beispiel wissen, dass die städtischen Gebäude gerade einmal 1 Prozent der Emissionen in Köln ausmachen, ist das nicht sonderlich viel.

Wir wollen, dass eine belastbare Kostenschätzung vorgelegt wird. Diese stellt zum einen die direkten Kosten für den städtischen Haushalt dar. Zum anderen werden die Auswirkungen auf den Stadtwerke-Konzern beurteilt. Dabei geht es insbesondere um die Konsequenzen für den steuerlichen Querverbund, aber auch um die Gewinnabführungen an den städtischen Haushalt; denn daran hängt wiederum die Verkehrswende, die wir auch brauchen, wenn wir Klimaneutralität erreichen oder einen Beitrag dazu leisten wollen.

Ich betone noch einmal: Für den weitaus größten Teil der Treibhausgasemissionen in Köln gilt, dass diese nicht direkt durch die Stadt und ihre Beteiligungen beeinflusst werden können.

Wir wollen, dass basierend auf der Vorarbeit des Klimarates sektorspezifische Ziele definiert werden. Dabei werden den drei größten Sektoren jeweils konkrete Minderungsziele zugeordnet. Zugleich wird definiert, mit welchen realistisch umsetzbaren Maßnahmen diese erreicht werden sollen.

Hierbei wird nach dem Paretoprinzip vorrangig die Maßnahme angegangen, mit der die höchstmögliche Treibhausgasreduktion bei gleichzeitig geringstem Aufwand erreicht werden kann.

Es werden, dem Beispiel erfolgreicher Kommunen wie beispielsweise Bottrop folgend, Strategien entwickelt, wie durch gezielte Maßnahmen konkrete Einsparungen umgesetzt werden können.

Last, but not least legt die Verwaltung eine jährlich fortzuschreibende Treibhausgasbilanz auf Grundlage international anerkannter Standards vor, um die Ziele und deren Erreichung transparent und fassbar zu machen.

Fazit: Ihr Antrag ist aus unserer Sicht mehr Schein als Sein und ein eher billiger Versuch, hier eine große Botschaft zu senden, ohne dass viel dahintersteckt und es mit einem klaren Plan und einer klaren Umsetzungsstrategie verbunden ist.

Folgen Sie unserem Änderungsantrag. Denn im Ziel - das will ich noch einmal betonen - sind wir uns doch alle einig: Das Klima muss geschützt werden. Eine Treibhausgasneutralität wollen wir alle so schnell wie möglich erreichen. Es muss aber realistisch sein. Wir dürfen den Menschen

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 57

(vom Redner ungelesene Fassung)

keine Versprechungen machen, die wir alle nicht halten können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, die per Livestream dabei sind! Sie haben bei meinem Vorredner gerade eine Rede der schweren Sprache gesehen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Insbesondere konnte ich bei der Schnelligkeit gar nicht allem folgen, Herr Joisten, was Sie gesagt haben.

Im Übrigen halte ich es nicht für entscheidend, ob es nun Treibhausgasneutralität oder, wie in dem Antrag von Grünen, CDU und Volt, Klimaneutralität heißt. Denn wir wissen alle, wenn wir uns die letzten Jahre ansehen, worum es geht und dass wir etwas tun müssen.

Wenn wir uns hier streiten, möchte ich sagen: Viele Wege führen nach Rom. Aber wir müssen etwas fürs Klima tun. Die Wichtigkeit von Klimaneutralität ist uns allen, glaube ich, bewusst.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb streiten wir uns über die Wege, wie das geht, aber nicht darüber, dass wir diesen Aspekt haben. Das finde ich sehr bedeutsam.

Es ist insbesondere deshalb bedeutsam, weil wir bei der Europäischen Union und bei der Bundesregierung das Jahr 2040 haben. Jetzt kommt bei diesem Antrag das Jahr 2035. Wir sehen das, was die Bundesregierung und die Europäische Union sagen, eigentlich schon als einen guten Schritt an. Aber wir haben intensiv darüber diskutiert, weil wir als Fortschrittspartei sagen: Man muss sich doch überlegen, ob man sich noch ein anderes Ziel setzt.

Jetzt kommt euer Antrag. Dann werden sofort andere Anträge vorgelegt, weil gesagt wird: Dann können wir ja noch andere Zahlen nehmen. - Schaffen wir doch erst einmal dieses hier. Damit gehen wir ja schon weiter als der Bund und Europa. Das ist natürlich eine Herausforderung, die wir haben.

Wenn hier die städtischen Beteiligungen mit einbezogen werden sollen, ist das noch eine große Herausforderung. Denn wir haben bei der Rhein-Energie nicht nur eine Verantwortung für unseren städtischen Haushalt, sondern auch für die dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist eine große Herausforderung.

Wir von der FDP wollen uns dieser Herausforderung stellen und werden darum diesem Antrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auf meiner Rednerliste steht jetzt noch Herr Zimmermann. Wird darüber hinaus das Wort gewünscht? - Von der PARTEI und von Frau Gabrysch. - Herr Zimmermann, leider muss ich Sie noch einmal zurück auf Ihren Platz schicken. Ich habe jetzt, wie eben versprochen, gefragt, ob weiter das Wort gewünscht wird, und es wird gewünscht. - Frau Dickas.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Die Ratsgruppe Die PARTEI möchte noch einen weiteren Änderungsantrag zur Sache stellen. Wir gehen mit den ganzen Forderungen aller Fraktionen überein. Anscheinend ist die Jahreszahl das große Problem. Wir wollen Klimaneutralität bis 2029 erreichen. Damit lösen wir unser Wahlversprechen ein: immer ein Jahr weniger als die anderen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Mich freut ehrlich, dass wir uns hier wirklich alle, zumindest fast alle, einig sind. Das macht Mut.

Wie ihr euch alle vorstellen könnt, gibt es aber natürlich auch aus der Sicht der KLIMA FREUNDE noch ein bisschen etwas dazu zu sagen. Ich versuche einmal, das auf den Punkt zu bringen.

Wir haben vor zwei Jahren den Klimanotstand in Köln ausgerufen, da die Klimakatastrophe bereits da ist. 2035 ist nicht schnell genug.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 58

(vom Redner ungelesene Fassung)

Ich nenne hier die Scientists for Future. Die Wissenschaft sagt: Wir haben nur noch wenige Jahre Zeit, wenn wir ernsthaft versuchen wollen, das Pariser Abkommen einzuhalten. - 2035 ist nicht schnell genug.

Die technischen Möglichkeiten sind vorhanden. Andere machen es uns längst vor. Wir müssen uns nur in der Welt umschauen. 2035 ist nicht schnell genug.

Die finanziellen Mittel stehen zur Verfügung. Das Geld ist da. Wir müssen es nur abrufen. 2035 ist nicht schnell genug.

Jeder Tag Verzögerung kostet uns mehr - in vielerlei Hinsicht. 2035 ist nicht schnell genug.

Das Bundesverfassungsgericht hat ein klares Zeichen gesetzt. Deutschland wurde bereits von der EU wegen Mangelleistung verklagt. Auch die Stadt Köln ist vor Klagen nicht gefeit. 2035 ist nicht schnell genug.

Wir sind die von Kölner*innen gewählten Vertreter*innen. Es ist unsere Verantwortung, diesen Menschen und vor allem auch ihren Kindern und Kindeskindern eine lebenswerte Zukunft in dieser Stadt zu ermöglichen. 2035 ist nicht schnell genug.

Ja, wir haben auch eine Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmer*innen, zum Beispiel der RheinEnergie. Aber ich sagte es bereits mehrfach und wiederhole es auch gerne heute noch einmal: Was bringt Menschen ein Arbeitsplatz, wenn der Lebensraum nicht mehr lebenswert ist? - 2035 ist nicht schnell genug.

Hier wurde zu Recht bemängelt, dass es viele warme Worte zum Thema gibt, aber noch keine handfesten Taten, noch keinen wirklichen Plan.

Ich sage: Unite behind the science. Schaut euch die Kölner Perspektiven 2030 an. Sprecht mit den Menschen, mit den Scientists for Future; die haben Pläne. 2035 ist nicht schnell genug. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und im Li-

vestream! Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieser Antrag heute hier gestellt wurde und höchstwahrscheinlich auch gleich beschlossen wird. Die Grünen und die Oberbürgermeisterin lösen damit ein wichtiges und auch zentrales Wahlversprechen ein. Sie haben „2035“ in der ganzen Stadt plakatiert. Neun Monate nach der Wahl kommen wir nun dazu.

Die Jahreszahlen sind nicht wirklich wichtig. Aber ich möchte noch einmal klarstellen: Die SPD setzt eher auf 2040, weil sie das für realistischer hält, und die LINKEN setzen auf 2030, weil sie das für notwendiger halten. - Es ist ganz klar, dass wir es so schnell wie möglich erreichen müssen. Diese Zahlen stören mich nicht. Deswegen halte ich mich auch an der 2035 nicht weiter auf.

Interessant fand ich aber im Zusammenhang mit dem Jahr 2030, das von den LINKEN noch einmal in den Raum geworfen wurde, dass die EU dieses Ziel ja noch gar nicht aufgegeben hat. Die EU hat das Programm „100 klimaneutrale Städte bis 2030“. Dieses Ziel steht also auch noch.

Daher haben wir einen kleinen Ergänzungsantrag eingebracht, in dem die Verwaltung gebeten wird, einmal zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten es bei der EU und auch beim Bund gibt, um dieses Ziel schnellstmöglich zu erreichen. Wenn es 2030 werden sollte, wäre das umso besser.

Es freut mich sehr, dass Sie von der FDP diesem Antrag, den das Bündnis hier eingebracht hat, zustimmen werden. Ich musste auch bei dem Bundesverfassungsgerichtsurteil an die FDP denken. Interessanterweise geht es in der Begründung gar nicht konkret um Klimaschutz und auch nicht um Gesundheit. Es geht um Freiheitsbedürfnisse und Rechte. Die Begründung des Bundesverfassungsgerichtsurteils besteht ja im Wesentlichen darauf, dass wir jetzt etwas unternehmen und die Maßnahmen vorziehen. Das wird darin von der Bundesregierung verlangt. Denn wenn wir dies nicht täten, würde das bedeuten, dass die Einschränkungen für künftige Generationen, gerade was Freiheitsrechte angeht, noch wesentlich höher wären. Daher ist die Bundesregierung aufgefordert worden, die Ziele nach vorne zu verlegen.

Noch einmal ganz kurz zum Antrag des Bündnisses: Ich finde es gut, dass der Klimarat und die Koordinationsstelle Klimaschutz im Antrag und auch in der Begründung des Antrags explizit erwähnt werden.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 59

(vom Redner ungelesene Fassung)

Der Klimarat hält unsere Ziele, die wir heute beschließen, offensichtlich nicht für realistisch. Zumindest hat er das im April dieses Jahres in einer Pressemitteilung verlautbaren lassen.

Den Klimarat halte ich als Organisation, der in die Stadtgesellschaft hinein wirkt, wie Sie es beschrieben haben, Herr Rau, natürlich weiterhin für wichtig. Aber ich finde ganz klar, dass das Primat in dem Fall bei der Politik liegt. Und wenn wir andere Vorgaben machen, wünschen wir uns natürlich, dass sich der Klimarat mit diesen neuen Vorgaben dann auch auseinandersetzt - mit dem Ziel, das dann auch unter den Akteuren vor Ort zu diskutieren.

Die Koordinationsstelle Klimaschutz ist ein - ich sage es einmal vorsichtig - eher trauriges Kapitel. Ich wünsche mir, dass diese Koordinationsstelle unter dem neuen Beigeordneten - herzlichen Glückwunsch! - endlich richtig in Schwung kommt, ob nun mit externer Unterstützung oder - in Führungszeichen - „nur“ mit eigenen Verwaltungsmitarbeiter*innen. Sie sollte wirklich einmal anfangen, den Klimaschutz in Köln zu koordinieren.

Wir sind gar nicht ganz hilflos und ausschließlich auf EU oder Bund angewiesen. Hier in Köln können wir - und da möchte ich Herrn Joisten widersprechen - weit mehr bewirken als nur das 1 Prozent, das die städtischen Gebäude ausstoßen. Natürlich können wir jede Menge Beschlüsse fassen, die in die Stadtgesellschaft hinein wirken.

Das geht mit PV-Anlagen, zu denen Sie selbst einen Antrag gestellt haben. Natürlich wird das mehr bewirken als nur das 1 Prozent, das die Verwaltung zu verantworten hat.

Es geht um Erbpacht. Selbstverständlich können wir Erbpacht so gestalten, dass sie klimaneutral wirksam wird.

Wir können uns über den Flughafen unterhalten. Dort sind große Wirkungen möglich.

Wir können über den Verkehr diskutieren und nachdenken.

Wir können uns auch endlich einmal über Entsiegeln statt Versiegeln in Köln unterhalten.

Ein ganz wichtiger Punkt ist natürlich in der Tat die RheinEnergie.

(Zurufe: Die Redezeit!)

Das höchstwahrscheinlich bald anstehende Bürgerbegehren zeigt, dass die RheinEnergie ein hervorragendes Instrument ist, das wir zwar nicht

komplett selbst in der Hand haben, aber mit dem wir diesen Klimaneutralitätsgedanken gestalten können.

Ich weiß, dass meine Redezeit abgelaufen ist. Die Erinnerung nach drei Minuten habe ich vermisst.

Daher möchte ich den Rat auffordern, dass wir uns gleich im nichtöffentlichen Teil wirklich dessen bewusst sind, was für ein Schatz die RheinEnergie ist, wenn wir den Weg zur Klimaneutralität gestalten wollen, und dass wir uns da alle Handlungsoptionen weiter offenlassen.

Ich wünsche mir mehr Mut. Sie brauchen keine Angst vor Veränderungen zu haben. Die große Mehrheit der Bevölkerung steht dahinter und fordert wirksame Maßnahmen in Sachen Klimaschutz.

Wie eine Redner*in erwähnte, hat die Pandemie gezeigt, wozu wir tatsächlich in der Lage sind und welche Ressourcen wir aufrufen können. Ich wünsche mir, dass wir das jetzt endlich auch für den Klimaschutz tun. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den mündlichen Änderungsantrag der PARTEI, dann über den Änderungsantrag der SPD, danach über den Änderungsantrag der LINKEN und anschließend über den Ursprungsantrag mit den Ergänzungen des Änderungsantrags der Ratsgruppe GUT.

Wir treten in die Abstimmung ein. Wer dem Änderungsantrag der PARTEI zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die PARTEI. Enthaltungen? - DIE LINKE und die KLIMA FREUNDE enthalten sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der SPD. Zustimmung? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Änderungsantrag der LINKEN. Zustimmung? - Durch DIE LINKE und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Der PARTEI und der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann komme ich zu dem Ursprungsantrag mit den Ergänzungen des Änderungsantrags der Ratsgruppe GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

**3.1.18 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Zählung des Radverkehrs zwischen
Hohenzollern- und Deutzer Brücke“
AN/1396/2021**

Ich gebe Herrn Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir hätten uns eigentlich gewünscht, diese Debatte zu diesem Thema im Verkehrsausschuss führen zu können, aber dort wurde die Dringlichkeit für dieses Thema leider abgelehnt. Da es wirklich dringlich ist, wie ich Ihnen jetzt beschreiben werde, müssen wir es dann nun einmal leider hier machen.

Die Nord-Süd-Radverkehrsbeziehungen und Verbindungen entlang des linksrheinischen Rheinufers sind sehr unbefriedigend. Das steht außer Zweifel. Der ADFC hat den Vorschlag gemacht, eine Hochbahn für Radfahrer durch den Rheingarten zu bauen. Wenn Sie auf Ihrem iPad einmal bei Google eingeben: „Rheingarten Radweg Hochlage“, finden Sie ein sehr interessantes Video, wie Sie über diese Hochstrecke mit dem Fahrrad fahren können. Oder es geht eben darum, eine Spur - auch das ein Vorschlag des ADFC - im Rheinufer tunnel für den Radverkehr freizugeben.

Beides sind sehr teure, sehr aufwändige Maßnahmen, die entweder städtebaulich oder verkehrlich massive Einschnitte bedeuten. Beides hat den Nachteil, dass es zwischen Deutzer und Hohenzollernbrücke für den Ziel- und Quellverkehr in Richtung Altstadt keine Anbindung gibt.

Bevor wir uns auf solche aufwändigen Wege begeben - gerade für die Lösung in Sachen Rheinufer tunnel gibt es hier in diesem Hause auch politische Mitbewerber, bei denen diese Lösung hoch im Kurs steht -, brauchen wir verlässliche Daten über den Radverkehr in diesem Bereich; insbesondere über den Raddurchgangsverkehr, der von der Deutzer Brücke bis zur Hohenzollernbrücke durchfährt - oder umgekehrt -, für den sich der Tunnel dann überhaupt eignen würde. Denn für alles, was Ziel- und Quellverkehr ist, was also in den Altstadtgassen versickert, kommt der Tunnel nicht infrage, weil man an der Stelle nicht herauskommt.

Jetzt - bevor wir die Kragplatte anpacken an der Rheinuferpromenade, bevor diese neu gebaut wird und über Jahre eine Baustelle entsteht - ist die Zeit, die entsprechenden Daten zu erheben. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, damit wir hier in dieser Frage nicht im verkehrspolitischen Blindflug agieren, sondern mit klarer Datenlage die beste Lösung für diesen sensiblen Bereich finden.

Deswegen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich hier um Ihre Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender des Verkehrsausschusses bin ich dann doch über die Aussage, dass man diesen Antrag gerne im Verkehrsausschuss diskutiert hätte, aber nicht konnte, weil die Dringlichkeit aberkannt wurde, insofern etwas überrascht, als heute Morgen um 11 Uhr eine Sitzung des Verkehrsausschusses stattgefunden hat - eine Sondersitzung, wegen vieler anderer Themen auch -, wo der FDP-Antrag bewusst auch noch einmal auf die Tagesordnung genommen wurde, damit wir diese Fachdebatte eben nicht hier im Rat führen müssen, sondern im Ausschuss.

(Beifall)

Dort hat dann Ihr Kollege im Ausschuss den Antrag mit der Begründung zurückgezogen, man könne es dann auch im Rat diskutieren. Von daher würde ich diese Kritik vielleicht nur ungern gelten lassen.

Aber noch zwei, drei inhaltliche Aspekte zu ihrem Antrag: Es gibt in Köln ja schon diverse Fahrrad-zählstellen und auch eine schöne App dazu, wo man sich das angucken kann. Es gibt auf der Deutzer Brücke eine, auf der Severinsbrücke, auf der Hohenzollernbrücke auch. Das heißt, die Datenlage, die wir über Radverkehre haben, ist jetzt nicht so unbefriedigend. Wir haben auch ein Verkehrsmodell, was wir ja auch kontinuierlich erneuern und erweitern, wo auch entsprechend die Daten mit einfließen.

Das ist ein sehr kleinteiliger Antrag von Ihnen, wo genau, wann, wie, was gezählt werden möge. Ich

gehe davon aus, dass sich bei der Bewertung von möglichen Umleitungsrouten für die Führung des Radverkehrs während der Sanierung der Kragplatte selbstverständlich unsere Fachverwaltung auch Gedanken dazu macht, wie es sein könnte, wie man aber sowohl eine durchgehende Verbindung für den Nord-Süd-Verkehr als auch für den Ziel- und Quellverkehr herstellt.

Bei Ihnen klang so ein bisschen durch, dass es nur Ziel- und Quellverkehre gäbe. Wir gehen aber davon aus - und ich denke, dass die Zahlen auch entsprechend kommen werden -, dass es auch die Durchgangsverkehre geben wird.

Da brauchen wir aber nicht erst noch aufwändig alles zu zählen in diesem Sommer und zu gucken, wer will denn wohin, sondern es ist einfach klar: Wenn wir den Radverkehr in dieser Stadt stärken wollen, werden wir in Zukunft auch beide Verbindungen brauchen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP! Wir hätten das heute sehr gut besprechen können im Verkehrsausschuss, wie der Kollege Lino Hammer das schon gesagt hat. Wir halten es immer noch für sinnvoll, dass das Ganze in die Fachdiskussion in den Verkehrsausschuss verwiesen wird und dann dort diskutiert wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gehen Sie davon aus, dass erst die Debatte hier stattfindet, oder gilt der Verweisungsantrag sofort, Herr Lorenz?

(Lukas Lorenz [SPD]: Wir können erst diskutieren!)

Dann würde ich aber zunächst fragen, ob von der CDU das Wort gewünscht wird.

(Zuruf von der CDU: Es reicht einer aus dem Bündnis!)

Das ist nicht der Fall. - Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einfach mit einsteigen, was Lino Hammer gerade gesagt hat. Das war ja doch ein wenig merkwürdig: Erst war es ein Dringlichkeitsantrag, dann war es in der Sondersitzung heute um 11 Uhr. Wir hatten wirklich ausreichend Zeit, diesen Antrag wirklich ausgiebig zu diskutieren. Das machen wir dann jetzt hier. Also das ist schon bemerkenswert, dass man einen Antrag zurückzieht, obwohl heute Vormittag doch alles hätte abgeräumt werden können.

Begründet wird dieser Antrag damit, dass Erkenntnisse über die Erhebung, für die Verkehrsführung, während der Baumaßnahme Kragplatte genutzt werden sollen. Ich möchte hier nur anschließend an das, was Lino Hammer gesagt hat, aber noch einmal anmerkend auf Folgendes hinweisen: In einen Vortrag der Stadt Köln aus dem Jahre 2018 mit dem Titel „Mobilität in Köln“ wird dargestellt, dass der Ratsverkehr nach Umsetzung von Verbesserungsmaßnahmen im Schnitt um 65 Prozent zugenommen hat. Das ist also wirklich unglaublich viel.

Man sieht, dass Verbesserungen einfach auch dazu führen, dass der Radverkehr zunimmt. Auf der Bonner Straße gab es sogar eine Verdoppelung des Radverkehrs, was wirklich sehr viel ist. Was sagt uns das? - Dass Verbesserungen immer zu einer Steigerung der Nutzung führen. Deshalb werden die Erhebungen nicht das zutage fördern, von dem ich glaube, dass es sich die FDP davon erhofft. Man muss ja mutmaßen, ob sie sich erhoffen, dass diese entsprechenden Verbesserungen der Maßnahmen für den Radverkehr doch nicht so angezeigt sind, oder eben nicht in dem Umfang. Aber das ist ja ein Trugschluss.

Wie gesagt: Verbesserungen führen zu Nutzung. Deshalb halten wir auch diese Erhebungen nicht für erforderlich. Insofern können Sie gerne auch noch einmal in den Verkehrsausschuss verweisen, aber wir werden auch bei der Entscheidung bleiben, dass wir diesen Antrag nicht zielführend finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini hat das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskollegen und Ratskolleginnen! Eigentlich begrüßen wir den Anstoß der FDP-Fraktion, eine Faktenlage schaffen zu wollen, um aus den resultierenden Erkenntnissen eine Entscheidung zu treffen. Davon sind wir eigentlich auch immer - -

(Zurufe: Man versteht kein Wort! - Man versteht es nicht!)

- Ja, ist ja gut. So besser? - Eigentlich begrüßen wir den Anstoß der FDP-Fraktion, eine Faktenlage schaffen zu wollen, um aus den resultierenden Erkenntnissen eine Entscheidung zu treffen. Im Kontext der Baumaßnahmen der Kragplatte halten wir es jedoch für sehr, sehr wichtig, die Sicherheit der Radfahrenden in den Vordergrund zu stellen, ungeachtet der Zahl der dort mit dem Fahrrad verkehrenden Menschen.

Köln belegt 2020 nicht umsonst den letzten Platz im Ranking der fahrradfreundlichsten Großstädte Deutschlands. Auf der Hinfahrt wurde ich auch fast wieder angefahren mit dem Fahrrad.

Wir müssen die Sicherheit der Radfahrenden stärken und der historischen Priorisierung des motorisierten Individualverkehrs in Köln endlich einmal eine Absage erteilen. Daher wollen wir hier die Sicherheit der Radfahrenden nicht von einer Erhebung abhängig machen und möchten auch nicht die Ressourcen der Verwaltung durch die Zählung unnötig binden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen, der von der SPD gestellt wurde. Gibt es Gegenstimmen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Gegen die Verweisung?)

- Gegen die Verweisung. Das sind Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist die Verweisung abgelehnt. Das heißt, wir haben heute über die Anträge zu entscheiden.

Wer ist für den Antrag der FDP-Fraktion? - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Wünscht sich jemand zu enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

TOP 3.1.19 ist von Herrn Zimmermann zurückgezogen.

Ich rufe auf:

3.1.20 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Ein neu definiertes Grundnetz für den Motorisierten Individualverkehr“
AN/0566/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/1507/2021

Herr Wahlen hat das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mit dem neuen Grundnetz für den motorisierten Individualverkehr gehen wir einen konsequenten Schritt in Richtung der Verkehrswende. Schon jetzt wird an vielen Stellen überflüssiger Verkehrsraum vom Auto zum Umweltverbund umverteilt; etwa, wenn wir Fahrspuren in Radfahrstreifen umwandeln oder Busspuren einrichten. Aber das passiert bisher immer nur in einzelnen Abschnitten und nicht systematisch, stadtwweit.

Die meisten Straßen in Köln wurden für eine autogerechte Stadt gebaut, mit einem immer weiter wachsenden Autoverkehr. Jedoch nimmt bereits heute der Autoverkehr in Teilen der Stadt ab; so fahren auf den Ringen teilweise bis zu 2000 Autos weniger pro Tag. Um den enormen Herausforderungen der Klimakrise gerecht zu werden, müssen wir diesen Trend noch deutlich verstärken und auf die gesamte Stadt ausweiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Laufen Sie einmal nachts durch die Stadt. Sehen Sie sich die verlassensten Straßen und die riesigen Kreuzungen an. Mit dem Rückgang des Autoverkehrs werden enorme Flächen frei, die in einer so dicht bebauten Stadt wie Köln enorm wertvoll sind.

Mit dem Grundnetz wollen wir dieses Potenzial schöpfen. Wir wollen die Flächen schon jetzt identifizieren und neue, sinnvolle Verwendungen für sie finden. Denn nicht nur für den Fuß- und Radverkehr können wir diese Flächen nutzen, sondern auch für mehr Lebensqualität in den Vierteln. In der Pandemie konnten wir doch alle sehen, wie viel schöner es ist, wenn am Straßenrand Leute sitzen und essen, anstatt dass Autos den Blick versperren.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 63

(vom Redner ungelesene Fassung)

Meine Damen und Herren! Gute Lösungen wachsen nicht auf Bäumen, aber wachsende Bäume sind eine gute Lösung für die Folgen des Klimawandels in der Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie spenden nicht nur Schatten für Fußgänger*innen, sondern kühlen durch ihre Verdunstungen auch die Umgebung ab. Auch für diese Bäume brauchen wir Platz. Zwar geht es in dem Antrag um ein neues Grundnetz, aber wir wollen auch auf die Straßen blicken, die nicht Teil dieses Grundnetzes sein werden. Denn hier führen wir einen Paradigmenwechsel herbei, indem bei zukünftigen Straßenplanungen nicht mehr die Leistungsfähigkeit des Autoverkehrs über allem steht, sondern auch die Bedürfnisse der Menschen und der umweltfreundlichen Verkehrsmittel in den Fokus rücken. Denn wer Autoinfrastruktur sät, wird Autoverkehr ernten. Deshalb müssen wir künftig so viel Infrastruktur wie möglich bauen, die die Menschen zum Gehen und Radfahren einlädt und sie nicht davon abschreckt.

Lassen Sie mich noch auf den Änderungsantrag eingehen. Liebe Kolleg*innen der LINKEN! Ich finde es ja sehr nett, dass Sie sich entschieden haben, unsere Anträge korrekturlesen. Ich habe mich aber doch sehr gewundert, dass Sie dabei zu einem Änderungsantrag gekommen sind, der größtenteils unsere Sätze nimmt und einfach nur neu formuliert, ohne am Inhalt etwas zu ändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Natürlich muss der Verkehr in Köln als Gesamtsystem betrachtet werden. Dafür machen wir dieses Grundnetz. Ich glaube, auch die Verwaltung wäre von selbst darauf gekommen, dass mit „Verkehrsverbänden“ auch der ADFC und VCD gemeint sind. Wenn die Leistungsfähigkeit des MIV außerhalb des Grundnetzes in den Hintergrund rückt, wird das natürlich auch zu autoarmen Straßen führen. Und natürlich wird es auch auf dem Grundnetz möglich sein, die Situation des Umweltverbunds zu verbessern. Der MIV hat nur Priorität, nicht Narrenfreiheit.

Es ist doch de facto so, dass bisher der MIV auf allen größeren Straßen bei Planungen Priorität hatte, und trotzdem haben wir in den letzten Jahren auf vielen Straßen die Situation für die Umweltverbund verbessert.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Ende und lade nun Sie ein. Gehen Sie mit uns einen

weiteren Schritt in Richtung Zukunft, einen weiteren Schritt zu einem lebenswerteren Köln. Stimmen Sie gemeinsam mit uns für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Moderne Mobilität ist uns wichtig. Sie gehört zu unserer Daseinsvorsorge, genauso wie Wasser, Lebensmittel, Energie, medizinische Versorgung und soziale Teilhabe. Genau deshalb setzen wir mit dem neu definierten Grundnetz für den motorisierten Individualverkehr einen wesentlichen Punkt unseres Bündnisvertrages um und sind überzeugt, dass die Umsetzung unseres Antrags wegweisend für die positive Entwicklung unserer Stadt ist.

Wir wollen keine rückwärtsgewandte Mobilitätswende, sondern blicken nach vorne. In unserem Antrag geht es um eine sinnvolle und zeitgemäße Veränderung am Anteil der genutzten Verkehrsträger. Der motorisierte Individualverkehr wird immer ein wesentlicher Bestandteil unserer Mobilität bleiben. Unser Lebensstandard, die Stärke unserer Wirtschaft und viele Aspekte unserer Gesellschaft waren, sind und werden auch in Zukunft in großem Maße davon abhängig sein. Dennoch braucht es ein Umdenken in vielen Bereichen. Genau dafür haben wir das Grundnetz neu definiert.

Dabei geht es auch darum, den unterschiedlichsten Anforderungen gerecht zu werden. Neben dem reibungslosen Anwohner-, Durchgangs- und Lieferverkehr muss auch in Zukunft die Erreichbarkeit der Innenstadt und ein besserer Verkehrsfluss für den ÖPNV gewährleistet sein. Gerade letzterer ist eine der Hauptsäulen moderner Mobilität.

Um dieses Ziel auch erreichen zu können, bedarf es einer Lösung, die nur als Masterplan für ganz Köln gedacht werden kann. Mit Einzelentscheidungen für jede einzelne Straße kommen wir da nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Ein Großteil des Verkehrs in Köln ist Durchgangsverkehr, und dies gerade an den Straßen mit

Grenzwertüberschreitungen. Mit der Neudefinition des Grundnetzes erhalten wir eine leistungsfähige Mobilität und erreichen gleichzeitig die Ziele für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung. Die Neugestaltung des Verkehrsnetzes hat aber natürlich auch eine wichtige soziale Komponente: Die Innenstadt muss auch weiterhin für alle erreichbar bleiben, und das ganz unabhängig vom Geldbeutel der einzelnen Bürgerinnen und Bürger.

Das neu gestaltete Grundnetz soll und wird die engagierten Radverkehrskonzepte berücksichtigen, und auf den Straßen, die nicht zum Grundnetz gehören werden, soll der Umweltverbund Priorität haben. Auf diesen Straßen steht die Leistungsfähigkeit für Fußgänger und Radfahrer maßgeblich im Vordergrund. Der MIV soll diesen Stadtraum untergeordnet weiter mitbenutzen.

Last but not least, können wir mit einer intelligenten Raumaufteilung öffentliche Räume gestalten. Der Wohlfühlfaktor spielt gerade für die Mobilität zu Fuß eine ganz entscheidende Rolle. Er wird gerne ausschließlich den Spaziergängern oder gar den Flaneuren zugeordnet, trifft aber genauso auf den Alltagsverkehr zu, der beim zu Fuß Gehen kaum vom Freizeitverkehr zu trennen ist. Deshalb sind in Zukunft die Bedürfnisse der Fußgängerinnen und Fußgänger stärker zu beachten - egal, ob sie zielgerichtet einen Weg zurücklegen oder einfach nur Zeit im öffentlichen Raum verbringen. All das sieht unser Antrag vor.

Vertrauen Sie uns: Es soll und wird durch das neue Konzept keine Konkurrenzsituation zwischen Auto, Fußgänger und Rad hergestellt werden. Das Ziel ist ein ausgewogenes, modernes und leistungsfähiges Mobilitätskonzept. Die in die Planung eingebundenen Interessengruppen, wie beispielsweise die IHK oder die Handwerkskammer, Vertreter des Einzelhandels und natürlich die Verkehrsverbände werden ein Ergebnis bringen, das auch eine möglichst breite Zustimmung in der Bevölkerung haben wird.

Kurz zum Änderungsantrag der LINKEN: Mein Kollege Lars Wahlen hat schon einiges eingebracht. Es ist wirklich sehr traurig, dass man unseren Antrag nimmt und praktisch nur Formulierungsvorschläge macht. Man kommt sich fast vor wie in der Schule. Von daher können und werden wir an der Stelle dem Änderungsantrag nicht zustimmen. Denn unsere Sprache, die wir sprechen, ist verständlich. Und da gibt es auch nichts zu korrigieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich lade sie ein, nachzudenken, Ihren Antrag zurückzunehmen und, wie auch die anderen Kollegen, hoffentlich unserem Antrag zuzustimmen. Wir können gemeinsam eine zukunftsweise und nachhaltige Verkehrspolitik gestalten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! „Autos raus: Köln wie Barcelona!“ titelte der Express am Mittwoch unseren Antrag und zitierte die Bürgermeisterin Barcelonas mit dem schönen Satz: „Lasst uns die Straßen mit Leben füllen“. Das finden wir eigentlich ganz treffend.

Wir müssen in der Stadtplanung Menschen vor Autos priorisieren und Mobilität neu denken, um die Verkehrswende voranzutreiben. Ähnlich wie in Barcelona wollen wir mit diesem Antrag Zonen innerhalb der Stadt errichten, in denen Menschen und Radfahrende Vorrang vor Autos haben.

Klar ist aber auch: Das Konzept des Superblocks in Barcelona lässt sich nicht eins zu eins auf unsere historisch gewachsene Stadt übertragen. Dennoch ist die Identifizierung von notwendigen Korridoren für den MIV ein wichtiger Schritt und spiegelt auch das mediterrane Lebensgefühl der Kölnerinnen und Kölner wider. Die Realisierung des zurückgedrängten Autoverkehrs hätte die Verbesserung der Kölner Luftqualität zur Folge, der Verkehrslärm würde minimiert. In den jeweiligen Zonen verbessert sich auch die Sicherheit zum Beispiel von Radfahrenden.

Was die Erfahrung in Barcelona gezeigt hat, ist: Weder bricht der Verkehr zusammen, noch muss der lokale Einzelhandel leiden. Wenn man Menschen vor Autos in der Stadtplanung priorisiert, profitiert davon die Wirtschaft in den verkehrsberuhten Zonen. Aber zur Wahrheit gehört auch: Der Prozess, den wir durch den Antrag anstoßen, wird vermutlich nicht bis zur nächsten Wahl vollendet sein, sondern wir blicken jetzt zehn Jahre in die Zukunft, statt nur auf die nächsten vier Jahre. Das Umdenken muss aber jetzt passieren.

Deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Stimmt für unseren Antrag und lasst uns Köln für die nächsten Jahre neu denken. - Vielen Dank.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 65

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Beifall bei Volt, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Timing Ihres Antrags ist für uns ausgesprochen verwunderlich. Wir haben im Verkehrsausschuss gerade erst die Verwaltung mit einer Modal-Split-Erhebung und mit einem Gesamtverkehrskonzept beauftragt, im Rahmen einer nachhaltigen urbanen Mobilitätsplanung, kurz: SUMP.

Als Tischler weiß ich, dass man erst die Grundmasse braucht, um ein Möbelstück zu bauen, und dass das auch seine Zeit braucht. Vielleicht denken Sie ja, dass alles flotter geht, wenn man die Fachleute gar nicht erst fragt, bevor man etwas umsetzt.

Will denn niemand von Ihnen wissen, wo in Köln die Lieferverkehre fließen, ob sich diese überhaupt auf 10 Prozent reduzieren lassen? Pendeln Sie diese Frage aus, oder nehmen Sie dafür die Glaskugel, um das vorauszusagen?

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Sie haben den Antrag nicht gelesen!)

Ist Ihnen bewusst, dass beispielsweise auf der Aachener Straße, auf der Luxemburger Straße, auf dem Clevischen Ring Menschen wohnen, auf die eine zusätzliche Belastung von Stickoxiden zukäme?

Es spricht nichts dagegen, gute Ideen aus anderen Städten für Köln anzupassen. Vielleicht füllen Sie sich damit auch die in Ihrem Antrag deutlichen Lücken. Gute Lösungen für den ruhenden Verkehr im öffentlichen Raum oder für schnellen und komfortablen ÖPNV - das alles haben Sie nämlich in Ihrem Antrag derzeit komplett außen vorgelassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was wir wirklich brauchen, ist eine fundierte Diskussion im Fachausschuss. Hier wird der letzte Schritt vor dem ersten gemacht und am Verkehrsausschuss vorbei den Ergebnissen des SUMP vorgegriffen. Wir müssen bedenken bei der ganzen Sache: Die Umsetzung Ihrer Beschlusspunkte hat erhebliche Auswirkungen auf das Leben in unserer Stadt und die Mobilität.

Daher beantrage ich für die SPD-Fraktion die Verweisung dieses Antrags zur fachlichen Diskussion in den Verkehrsausschuss nach der Debatte. Im Anschluss gehören vernünftig ausgearbeitete Vorschläge natürlich wieder in diesen Rat zur Beschlussfassung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, Kollegen! Der Antrag von Grünen, CDU und Volt geht uns in vielen Punkten nicht weit genug. Was hat Lars Wahlen gerade gesagt? Dieser Antrag wäre ein Paradigmenwechsel. Das müssen Sie natürlich selbst glauben, denn es ist auch Ihr Antrag, aber das sehen wir nicht so.

Ihr Antrag blendet den Pendelverkehr komplett aus. Eine Verkehrswende kann aber nur gelingen, wenn wir Autopendler zum Umstieg auf den Umweltverbund bewegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Etwa die Hälfte der Menschen, die nach oder von Köln pendeln, tut dies mit dem Auto. Diese Zahl wollen wir halbieren. Damit sie umsteigen, müssen wir attraktive Angebote schaffen. Und wo müssen diese Alternativen entstehen? - Natürlich entlang der Routen, über die Pendler nach Köln hineinfahren. Denn dort ist ja offensichtlich der Bedarf. Genau diese Strecken wollen sie aber von Veränderungen herausnehmen.

Meine Damen und Herren! Durchgangsverkehr gehört heraus aus der Stadt. Er muss um die Stadt herumgeleitet werden. In Ihrem Antrag sprechen Sie aber davon, den Durchgangsverkehr auf ein notwendiges Maß reduzieren zu wollen. Wenn man, wie Sie, keinerlei Kriterien definiert, nach denen sich „notwendig“ bestimmt, sagt diese Formulierung genau gar nichts aus.

Lesen Sie den Antrag, fragen Sie sich: Was ist das notwendige Maß? Ich stand vor diesem Antrag da und dachte: Was ist denn das? Ich habe das sogar noch nachgefragt im Bündnis. Es war schwierig, da überhaupt einen Fall herausbekommen: Was ist notwendiges Maß?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 66

(vom Redner ungelesene Fassung)

Meine Damen und Herren von Grünen, CDU und Volt! Wie halten Sie es eigentlich mit der Öffentlichkeitsbeteiligung? Laut Ihrem Antrag sollen Bürgerinnen und Bürger und auch die Politik nur informiert werden. Der Verkehr im Veedel wird neu strukturiert. Der öffentliche Raum wird umgestaltet. Und die Menschen, die dort leben, erhalten keine Möglichkeit zur Mitsprache. Meine Damen und Herren, so geht das nicht! Das können Sie nicht tun.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Unzufrieden sind wir auch mit Ihrer Auswahl an Vereinen und Verbänden, die in die Planung eingebunden werden sollen. Der Großteil ihrer Aufzählung besteht aus Wirtschaftsverbänden. Frau De Bellis hat die IHK, andere Wirtschaftsverbände und nebenbei noch die Verkehrsverbände. Aber wenn man das konkretisiert und hineinschreibt, was ist daran so schlimm? Was haben Sie eigentlich gegen Konkretisierung Ihres Antrages? Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das ist ja schön und gut, aber was ist mit den Behindertenorganisationen, Senior*innen, Umweltverbänden, Fahrgastverbänden oder den Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Finden Sie es nicht relevant, dass diese in die Planung der zukünftigen Mobilität in Köln eingebunden werden? - Anscheinend nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der Antrag, den Sie vorgelegt haben, ist unentschieden und ängstlich. Ich möchte auch darauf eingehen, was alles an Vorwürfen an unseren Antrag angetragen worden ist, wir würden korrekturlesen. Was heißt hier „korrekturlesen“? Wir haben uns den Antrag ganz genau angeschaut. Das ist doch gut! Freuen Sie sich doch, dass wir uns Gedanken machen, als LINKE, wie wir die Mobilität, die Verkehrswende voranbringen können.

Davon zu reden, dass wir in der Schule wären - ich finde, da haben Sie unseren Antrag nicht genau gelesen. Das gebe ich gerne zurück. Sie müssen sich mit den Änderungsanträgen auch ein bisschen mehr beschäftigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Einige unserer Punkte sind Konkretisierungen, Verbesserungen, Klarstellungen. Ich möchte eines noch sagen: Sie glauben ja wohl nicht, dass wir als LINKE in unserer Blase sitzen, uns nicht

informieren und die Anträge einfach korrekturlesen, aber nichts hineinschreiben. Wie können Sie das glauben?

Natürlich sprechen wir mit dem Verkehrsverbänden. Natürlich haben wir eine Rückkopplung in die Stadtgesellschaft. Daher rühren auch unsere Änderungsvorschläge, unsere Konkretisierungen und Verbesserungsvorschläge. Es liegt nämlich daran, dass Ihr Antrag ängstlich und unentschieden ist, nicht konkret genug ist, nicht verständlich genug ist. Das ist auch der Grund, warum wir hier entsprechend diesen Antrag gemacht haben.

Ganz kurz, denn Frau De Bellis hat sich ja gemeldet: Ihr Antrag schreibt für das Grundnetz den derzeitigen schlechten Status quo auf Dauer fest. Wir können ihm so nicht zustimmen. Deswegen haben wir einige Punkte.

Ich möchte noch eine Sache hier mitteilen. Es ist nicht so, dass wir als LINKE nicht an das Bündnis herangetreten sind. Es war vielleicht von der Zeit her sehr kurz. Aber ich hätte einfach grundsätzlich eine Bitte. Wenn hier alle wirklich übereinstimmt sagen: Wir möchten die Mobilitätswende, wir möchten die Verkehrswende. Dann würde ich auch bitten, dass man das gemeinsam tut, dass das Bündnis auf die anderen zukommt, wenn wir Änderungsvorschläge haben, dass man mit uns diskutiert.

Das habe ich versucht, aber es wurde einfach überhaupt nichts angenommen. Es wurde gar nicht diskutiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Und ich finde, so eine Mobilitätswende in einer solchen Stadt wie Köln können wir nur gemeinsam schaffen. Deshalb auch mein Angebot, mein Wunsch an das Bündnis, dass man gemeinsam auch an diesen Anträgen arbeitet, dass man einfach schaut: Was gibt es für Verbesserungen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Akzeptieren Sie eine Rücksprache zu Frau De Bellis?

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte schön.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): In Anbetracht der Zeit halte ich mich auch ganz kurz. Frau Tokyürek, unter Punkt 9 Ihres Änderungsantrages kritisieren Sie, dass wir praktisch den Kommissionsskreis - ich nenne es so - leider sehr kurz gefasst haben. Sie schreiben aber auch „zum Beispiel“ und führen den auch nicht zu Ende. Da sind Sie ja schon im Widerspruch. Hier meine Frage: Warum dürfen Sie eine zum-Beispiel-Auflistung hier aufführen und vermissen bei uns die Vollenendung dieser Liste?

Eine andere Sache: Gut, wir beide haben nicht gesprochen, aber es ist ja auch legitim, dass das Bündnis seine Anträge alleine einbringt. Wir haben Sie ja eingeladen, dem Antrag zuzustimmen. Damit gestalten Sie ja auch mit.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Das kann man gerne so sehen, Frau De Bellis. Aber ich habe es ja eben gesagt: Gerade, weil es ein sehr großes, wichtiges Thema ist, die Verkehrswende, glaube ich, ist es wichtig, da auch zusammen den Weg zu gehen. Das glaube ich schon. Im Verkehrsausschuss klappt es ja auch ab und an mal ganz gut.

Natürlich haben wir auch Aufzählungen. Aber das ist es ja: Wir machen Verbesserungsvorschläge. Die kann man doch einfach übernehmen. Ich weiß nicht, was verschlägt sich denn, wenn man Verbesserung einfach mit aufnimmt? Darum geht es gerade.

Natürlich kann man nicht eine ganze Latte von Verbänden aufschreiben. Aber wichtig ist doch: Wenn wir Verbesserungsvorschläge haben, wenn es verständlicher ist, wenn wir dazu beitragen, dass ihr Antrag verständlicher ist, dann sollten Sie doch aber froh sein und sagen: Okay, super, dass sich auch andere Fraktionen damit beschäftigt haben und sich vielleicht auch auf den Weg begeben. Dann sollten Sie vielleicht auch das Angebot annehmen, um Änderungen einzuarbeiten. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

Das Netz der öffentlichen Nachverkehrsmittel ist sehr gut ausgebaut. Man

kommt fast überall mit der Metro hin. Es bestehen mehr als 230 Buslinien und nochmals 30 Nachtbuslinien zur Verfügung. Durch Tram und Seilbahn wird das ergänzt. Das Metronetz ist eng, weitgehend barrierefrei, absolut zuverlässig. Die Linien fahren in einem engen Takt von bis zu 1:30 Minuten. Sie brauchen also keinen Fahrplan. Innerhalb des Stadtgebiets kann man die Nahverkehrszüge wie die Metro nutzen. Sie fahren ebenfalls unterirdisch. Das Straßennetz wird ebenfalls weiter ausgebaut. Es ergänzt das U-Bahn-Netz mit mehreren Linien. Die Nachtbusse fahren außerhalb der Betriebszeiten der regulären Busse und U-Bahnen. Die Linien laufen zentral am Placa Catalunya zusammen.

Der letzte Satz hat es verraten: Es ist kein Traum eines KVB-Nutzers, den ich da vorgetragen habe, sondern es ist ein Werbetext der Stadt Barcelona über das ÖPNV-Angebot. Das ist das Problem Ihres Antrages. Sie beschließen hier Maßnahmen, ohne dass bei uns in Köln die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen wären.

Die Stadt Wien - wir haben uns das ja als Verkehrsausschuss in der letzten Periode angeguckt - hat 40 Jahre gebraucht und massive Investitionen in das Netz, insbesondere in das U-Bahn-Netz, gebraucht, um dahin zu kommen, wo die Stadt Wien in Sachen ÖPNV heute steht.

Wir haben heute ja einen Schienenfachmann als neuen Verkehrsdezernenten gewählt. Auch wenn wir ihn wegen der misslichen politischen Rahmenbedingungen nicht wählen konnten, verspreche ich mir aber von der Erfahrung von Herrn Egerer hier eine Menge, dass wir gerade in den ÖPNV-Ausbau hier in Köln investieren können.

Aber es wird - und das zeigt die Roadmap, die wir beschlossen haben, die wir mit breiter Mehrheit beschlossen haben - allein 20 Jahre dauern, um die Rückstände aufzubauen für die Investitionen, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht gemacht worden sind. Sie machen also den zweiten oder dritten Schritt vor dem ersten.

Und dann kommen hier Partner zusammen, die eigentlich gar nicht politisch zusammenpassen, wo die Inhalte und die Reden auch nicht zusammenpassen. Herr Schmitz von der Kölnischen Rundschau hat das sehr schön zusammengefasst in seinem Artikel:

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 68

(vom Redner ungelesene Fassung)

Während De Bellis-Olinger (CDU) sich am Ende des Prozesses ein leistungsfähiges Straßennetz erhofft, das den Wirtschaftsstandort Köln nicht gefährdet, hat bei Lars Wahlen (Grüne) das Grundnetz nur eine kurze Daseinsberechtigung.

Da passen die Sachen entsprechend nicht zusammen. Wir brauchen den motorisierten Individualverkehr auch langfristig. Auch wenn wir in zehn Jahren alle mit Elektro fahren, auch wenn wir in 20 Jahren möglicherweise mit Wasserstoff fahren: Wir haben heute 300.000 Pendlerinnen und Pendler jeden Tag in die Stadt. Wir sind eine Arbeits- und eine Einkaufsstadt. Wir wachsen als Wohnstandort. Wir sind die Wirtschaftsmetropole hier im Westen. Wir brauchen individuelle Mobilität für größere Strecken und für größere, schwerere Güter, als sie in eine Einkaufstasche passen.

Peter Pauls vom Kölner Presseklub hat in seinem Newsetter das sehr schön zusammengefasst. Er erinnert sich an einen kernigen Satz der ehemaligen Dombaumeisterin Barbara Schock-Werner, wenn er die Politik des Kölner Ratsbündnisses und ihre Vorschläge für den Kölner Verkehr sieht. Er zitiert hier Barbara Schock-Werner, die gesagt hat:

Verkehrspolitik ist nichts für Dilettanten.

- Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau Dickas hatte sich gemeldet, und dann Frau Gabrysch. Bitte schön.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Ich fordere das Ende der Debatte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war ein Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

(Christian Joisten [SPD]: Wer steht denn noch auf der Redeliste?)

Frau Gabrysch kann bitte noch sprechen. Und dann haben wir einen Geschäftsordnungsantrag der SPD, der zunächst abgestimmt wird. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich sehen wir das total positiv, denn auch wir sind natürlich der Meinung - wie ihr alle wisst -, dass es nicht schnell genug gehen kann mit der Verkehrs- und Mobilitätswende hier in Köln. Wir haben aber folgende Anmerkungen.

Im Text heißt es:

Der stadtweite Anteil des Umweltverbundes soll bis 2035 auf 75 Prozent und innerhalb der Innenstadt von über 80 Prozent auf bis zu 90 Prozent erhöht werden.

2035 ist mit Blick auf die Klimakatastrophe und die konsequente Umsetzung der Klimawende und damit der Mobilitätswende eindeutig zu spät. Mit kurzfristigen Maßnahmen kann die Stadt Köln dieses Ziel innerhalb von fünf Jahren erreichen, siehe zum Beispiel Paris.

Bis 2035 sind die Voraussetzungen schon wieder ganz andere. Bis 2035 muss die Stadt Köln längst autofrei sein. Diese Antragsformulierung ist wieder einmal ein Beispiel dafür, dass auf Basis von Ideen, die heute schon 20 Jahre alt sind, weit in die Zukunft geplant wird, obwohl es eigentlich Visionen für die Zukunft und vor allem eine sofortige Umsetzung längst möglicher und anderswo längst praktizierter Maßnahmen braucht.

Es heißt weiter:

Auf dem verbleibenden Grundnetz hat bis auf weiteres der MIV Priorität, auf allen anderen Straßen der Umweltverbund.

Es ist ja davon auszugehen, dass mit „Grundnetz“ die Hauptstraßen Kölns gemeint sind. Diese sind aber in der Regel immer die kürzesten und direktesten Verbindungen; insbesondere wenn es darum geht, aus den Außenbezirken Richtung Innenstadt und andersherum zu kommen. Gerade dort wäre es aber am wichtigsten, dass es gut ausgebaute, attraktive, baulich gesicherte, direkte Radwege entlang der Hauptrouten gibt, welche zugleich den Autofahrenden signalisiert, dass es attraktive Alternativen zum MIV gibt.

Der vorliegende Antrag zielt hingegen darauf ab, weiterhin dem MIV die attraktivsten, weil direkten Routen zuzuweisen und den Rad- und Fußverkehr auf Nebenrouten auszulagern, auf denen die Nutzer*innen deutlich schlechter vorankommen. Es wird also der Status quo sogar noch ausgebaut und der MIV weiterhin massiv bevorzugt.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 69

(vom Redner ungelesene Fassung)

Die eigentlich zukunftsorientierte Entscheidung wäre also an dieser Stelle, gerade die Hauptrouuten zu Routen für den Umweltverbund auszubauen und den unbedingt notwendigen MIV auf Nebenrouuten auszulagern. Grundsätzlich sollte dort, wo der MIV fahren darf, flächendeckend Tempo 30 angeordnet werden - natürlich Straße für Straße, so wie die Straßenverkehrsordnung es vorsieht.

Weiter heißt es:

Verlässt der MIV das Grundnetz, kann er dort, wo es notwendig ist, untergeordnet den Stadtraum weiter mitnutzen. Der Durchgangsverkehr der Kernstadt wird dabei auf ein notwendiges Maß reduziert.

Zu der Definition von „notwendig“ haben wir gerade eben schon einen Kommentar gehört; dem schließe ich mich an. Diese Formulierung lässt dem MIV alle Hintertüren offen und mündet voraussichtlich bzw. erfahrungsgemäß darin, dass es niemals echte Fahrradstraßen geben wird, die den Namen „Fahrradstraße“ auch verdienen. Erfahrungsgemäß wird der Verkehr auf solchen Straßen so aussehen, dass die Autos ungehindert durch die Straßen fahren und parken, wo sie parken wollen, sodass letztendlich keine ehrliche Umwidmung des Straßenraums eintritt. Wenn solche Routen schon nicht komplett für den MIV gesperrt werden sollen, sollte dort zumindest grundsätzlich Schritttempo und ein Überholverbot gelten.

Weiter heißt es:

Die Bewertung soll durch einen Facharbeitskreis aus Verkehrsplaner*innen und weiteren Fachleuten erfolgen. In den Prozess sollen darüber hinaus die Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft, die Handwerkskammer, den Einzelhandelsverband, die Kölner Verkehrsbetriebe, die DEHOGA, Verkehrsverbände und ggf. weitere Institutionen eingebunden werden.

Im Hinblick auf einen beratenden, bewertenden Kreis aus Fachleuten ist unserer Meinung nach die Einbindung der Verkehrsverbände - zum Beispiel ADFC, VCD, Radkomm, FUSS e.V. und andere - zentral für das Vorgehen. Diese Verbände, die sich seit Jahren mit genau den vorliegenden Themen intensiv beschäftigen, können einen signifikanten Beitrag zum schnellen und umfassenden Gelingen des Vorhabens leisten; vor allem, da sie einen Perspektivwechsel ermöglichen und

dadurch unterstützen, dass die in Punkt 1 formulierten Ziele tatsächlich zu erreichen sind.

Unserer Meinung nach ist es unerlässlich, hier, wie überall, die vorhandenen Kompetenzen aus der Kölner Zivilbevölkerung einzubinden und für ehrliche Bürgerbeteiligung zu sorgen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt auf den Verweisungsantrag der SPD in den Verkehrsausschuss abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Die PARTEI, Die KLIMA FREUNDE, die AfD-Fraktion und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag auf Verweisung abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag der LINKEN. Das sind DIE LINKE, Die PARTEI, Die KLIMA FREUNDE, die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Keine. Damit abgelehnt.

Ich lasse jetzt den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der SPD-Fraktion, der PARTEI, den LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT. Dann ist diesem Antrag zugestimmt. Damit ist er beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, den Tagesordnungspunkt 3.1.21 haben wir soeben behandelt.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

3.1.22 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., Volt und der Gruppe GUT betreffend „Ehemalige KHD Hauptverwaltung, Mülheimer Str. 147 - 149; Ausübung des besonderen Vorkaufsrechts nach § 25 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB“ AN/1488/2021

Von wem wird das Wort gewünscht? - Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen! Es gibt wohl kaum ein Thema, das so konstant auf fast jeder Tagesordnung der Ratssitzung gestanden hat wie das Thema Otto-Langen-Quartier. Das zeigt die Brisanz und die Wichtigkeit, die die Vorgänge um

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 70

(vom Redner ungelesene Fassung)

dieses Gelände haben. Vor einigen Wochen ist dann, was das KHD-Hauptgebäude angeht, das passiert, worauf wir im Grunde gewartet haben.

Nachdem der Eigentümer einen Direktverkauf an die Stadt abgelehnt hat, gibt es jetzt einen anderen, einen dritten Käufer. Gemäß der von uns beschlossenen Vorkaufssatzung kann die Stadt nun doch zum Zuge kommen. Einmal mehr den politischen Willen zum Vorkaufsrecht zu bekräftigen, ist Ziel dieses Antrags, und gleichzeitig auch den Beschluss aus dem Stadtentwicklungsausschuss zu bekräftigen, eine Beteiligungsstruktur für die Entwicklung des Gesamtgeländes umzusetzen. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Recktenwald.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Martin hat es schon gesagt: Dieses Thema war schon häufig hier im Rat und auch im Stadtentwicklungsausschuss Thema, und es gab immer eine große Einigkeit zwischen den Fraktionen zu diesem Thema. Trotzdem hat sich natürlich in letzter Zeit, gerade durch die Räumung, ein gewisses Ohnmachtsgefühl auch bei uns eingestellt. Jetzt gibt es, Gott sei Dank, die Möglichkeit, Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Deshalb möchte ich, stellvertretend für meine Fraktion, heute auch noch einmal die Gelegenheit nutzen, die eindringliche Bitte an die Verwaltung loszuwerden, alle Anstrengungen zu unternehmen, um hier das Vorkaufsrecht zu nutzen und das Gelände zu erwerben.

(Beifall bei der SPD)

Aber selbst dann stehen wir noch ganz am Anfang. Ziel muss doch hier ganz klar sein, das Gelände als Ganzes zu entwickeln, also auch mit dem Teil von NRW.URBAN, und dabei die Akteure vor Ort mit einzubeziehen. Daher richte ich meinen Appell heute an die Verwaltung und hoffe doch, dass unsere Bemühungen hier am Ende zum Erfolg führen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort dazu gewünscht? - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von unserer Seite möchte ich noch einmal klar bekräftigen, dass wir den städtischen Teil - oder den Teil, der jetzt privat verkauft worden ist - gerne per Vorkaufsrecht über die Stadt erwerben wollen, um hier das Konzept, was gemeinsam vorgesehen ist für die Entwicklung dieses Gebietes, auch entsprechend umsetzen zu können. Denn dieses Konzept zeigt einmal neue Wege auf, aber auch eine hochwertige städtebauliche Entwicklung.

Wir wollen außerdem, dass die Stadt Köln über eine ihrer Töchter dieses Areal, was zurzeit noch auf der Landesseite ist, klar erwerben kann, um eine Gesamtrealisation in diesem Gebiet erreichen zu können. Dafür setzen wir uns als CDU nicht nur in Köln, sondern auch in Düsseldorf ein, damit hier eine echte städtebauliche Chance genutzt werden kann und wir auch den Künstlern von raum13 an der Stelle eine weitere gute Entwicklung ermöglichen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke meinen Vorrednerinnen und Vorrednern. Ich habe eben mit sehr großer Freude Ihre letzten Worte, Herr Petelkau, zur Kenntnis genommen, dass sie nämlich auch nach wie vor dazu stehen, dass wir auch mit Blick auf das Gelände, was im Hinterland liegt, das NRW.URBAN-Gelände, Anstrengungen unternehmen, damit wir in Besitz dieses Geländes kommen.

Das überrascht mich, dass das so deutlich von Ihnen gekommen ist. Dafür möchte ich mich auch ganz herzlich bedanken. Das steht ja heute nicht in dem Antrag. Wir haben das deswegen auch nicht in den Antrag aufgenommen, weil wir dachten, da kriegen wir heute keinen Konsens. Wir wollen hier heute ein breites Bündnis. Wir kommen bestimmt noch einmal ins Gespräch bezüglich des NRW.URBAN-Geländes.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 71

(vom Redner ungelesene Fassung)

Mit den Aussagen von Ihnen heute freue ich mich, wenn man dazu kommt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird das Wort gewünscht von Volt oder GUT? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Nur kurz vom Platz aus: Wir sind natürlich dem Antrag auch gerne beigetreten, weil wir sehr gerne natürlich diesen breiten Willen weiterhin aufrechterhalten wollen oder mittragen wollen, das Gelände zu kaufen.

Wenn man das jetzt allerdings wortwörtlich liest, könnte man auch etwas stutzig werden. Daher möchte ich eine Frage an die Verwaltung richten. Der Rat bekräftigt ja seinen Willen, das Gelände zu erwerben. In der Begründung heißt es auch - ich weiß, die Begründung ist nicht Teil des Beschlusses -, dem soll nachgekommen werden.

Jetzt ist das ja eine Willenserklärung sozusagen. Ich möchte wissen, wie die Verwaltung damit umgeht. Es geht ja auch darum, dass da jetzt eine Frist abläuft. Wird die Verwaltung dann einsteigen in die Realisierung der Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes. Also wird sie es kaufen? Oder ist es nur eine Willensbekräftigung des Rates?

Denn wir könnten ja eigentlich drei Wörtchen austauschen. Statt „bekräftigt seinen Willen“ könnten wir schreiben: „beauftragt die Verwaltung“. Daher würde ich vor Abstimmungen dann doch gerne wissen, wie die Verwaltung mit diesem Beschluss umgehen wird, und was für eine Möglichkeit wir haben, falls die Verwaltung sagen sollte: Nein, wir kaufen doch nicht.

Wann haben wir dann noch Zeit, als Rat - da wird ja auch immer der Hauptausschuss ins Spiel gebracht -, dann doch noch einen Beschluss herbeizuführen, der ganz klar sagt: Wir kaufen, Punkt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Direkt dazu, Frau Blome, bitte.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Klarstellung: Dass wir das Vorkaufsrecht ausüben sollen, hat der Rat schon mehrmals bekräf-

tigt. Wir sind auch als Verwaltung mitten im Verfahren. Im Verfahren sind wichtig und federführend das Liegenschaftsamt und das Amt für Stadtentwicklung.

Das Prozedere ist beschrieben im Baugesetzbuch, im Abschnitt Gesetzliche Vorkaufsrechte, §§ 24 bis 28. Dort ist ganz genau geregelt, wie das zu laufen hat, weil es sich ja da um einen doch erheblichen Eingriff in das Eigentumsrecht - ich sage mal, einen enteignungsgleichen Eingriff - handelt.

Im § 27 ist die Abwendung des Vorkaufsrechts geregelt.

Der Käufer kann die Ausübung des Vorkaufsrechts abwenden, wenn die Verwendung des Grundstücks nach den baurechtlichen Vorschriften [usw.] (...).

Also spricht, wenn er sich verpflichtet - Sie können das alles nachlesen - die städtebaulichen und stadtentwicklungspolitischen Ziele, die wir ja gezielt beschreiben, umzusetzen.

Zunächst läuft jetzt erst einmal das Verfahren zur Anhörung des Eigentümers. Das läuft jetzt. Die Frist kennen wir sehr genau. Der Rat muss uns nicht sagen, dass wir das machen sollen. Wir sind schon mitten dabei. Aber es ist mir jetzt im Moment wichtig, Sie noch einmal darauf hinzuweisen, dass der Käufer auch ein Recht auf eine Abwendungsvereinbarung hat nach dem Baugesetzbuch. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, ist damit Ihre Fragestellung aufgenommen, oder soll Frau Blome das noch einmal konkretisieren?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Dann doch noch eine Konkretisierung: Wie erfährt der Rat, zu welchem Zeitpunkt, wenn der Investor das abwenden möchte? Wie können wir dann agieren und sagen: Nein, nein, wir wollen einfach jetzt kaufen? Ist das dann ein Rechtsstreit, der sich androht, oder können wir dann noch einmal Handlungsanweisungen oder Empfehlungen geben?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Der Rat - und vor allen Dingen auch die Verwaltung, aber auch

der Rat - ist an Recht und Gesetz gebunden. Hier geht es um verbriefte Rechte eines Eigentümers, die durch einfachen Ratsbeschluss nicht einfach aufgehoben werden können. Man müsste sich dann in einen Rechtsstreit hineinbegeben, über dessen Implikationen sicher die Rechtsdezernentin dann zum richtigen Zeitpunkt Auskunft geben kann. Das kann ich nicht. Aber das ist genauso vorgesehen, dass es dieses Recht auf eine Abwendung auch gibt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kollegen! Sie werden festgestellt haben, dass die FDP-Fraktion heute nicht als Mit Antragsteller auf diesem Antrag steht. Dies nicht nur, weil er inhaltlich im Grunde vollkommen überflüssig ist, weil er nur das bekräftigt, was schon Beschlusslage des Rates oder des Stadtentwicklungsausschusses ist, und Sie auch gehört haben, dass die Verwaltung schon in diese Richtung arbeitet.

Aber ich möchte einen anderen Aspekt hineinbringen in die Debatte. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt. Weil wir heute hier etwas unter Sondermaßnahmen tagen, ist der nicht verteilt worden. Sie können ihn in Ihrem Mandatos nachlesen. Ich kann ihn aber auch gerade vorlesen:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Stadtverwaltung auf, unverzüglich Verhandlungen mit dem Käufer der KHD-Hauptverwaltung Jamestown aufzunehmen, um zu eruieren, inwieweit er bereit ist, die städtischen Ziele zur Umnutzung des Otto-Langen-Quartiers (siehe Mitteilung 2038/2021) umzusetzen und welche inhaltlichen, zeitlichen und finanziellen Auswirkungen eine Einbindung des Investors für das weitere Verfahren hat. Dem Hauptausschuss am 19. Juli 2021 ist ein entsprechender Bericht mit einem Verfahrensvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Das ist ungefähr ja auch das, was Frau Blome jetzt Anhörung nennt. Ich würde das etwas konstruktiver entsprechend angehen, weil wir natürlich mit Jamestown hier nicht irgendeine Heuschrecke haben, vor der wir vielleicht immer Angst gehabt haben, irgendjemanden, bei dem man nicht weiß, wo das nachher landet. Sondern er ist ein Bestandshalter, der erfolgreich gezeigt hat,

wie er mit Industriebrachen umgeht, wie er sie einer neuen Nutzung zuführen kann.

Ich bin zufällig in einem Objekt von ihm gewesen, in Boston. Da muss ich noch nicht, dass es von Jamestown ist. Das ist eine alte Lagerhalle im Hafen, über 100 Jahre alt, die entsprechend umgenutzt worden ist und die ein gutes Beispiel dafür gibt. Er hat in Gesprächen bereits signalisiert, dass er sich vorstellen kann, die städtischen Ziele weitgehend entsprechend mit umzusetzen.

Wir hätten natürlich damit einen Partner für diesen, um hier einen urbanen Stadtbaustein zu schaffen, der die Prozesse wesentlich professioneller, wesentlich schneller und für den städtischen Haushalt wesentlich günstiger - weil wir privates Kapital aktivieren würden - umsetzen kann.

Seien Sie bitte ehrlich, welche Vorstellungen wir haben, wenn die Stadt selbst das entwickelt, wie viele Jahre das brauchen wird. Gucken Sie sich Projekte an, die lange nicht so groß sind wie das, was wir hier haben, und wie schwer sich die Stadtverwaltung damit entsprechend tut.

Und es gibt - das hat Frau Blome jetzt nicht gesagt - jetzt die Anhörung des Investors, aber es gibt ja auch noch ein Recht des Alteigentümers. Das gibt es auch noch. Der kann auch noch sagen: Nein, liebe Stadt Köln, so haben wir nicht gewettet, wir kommen mit dem Preis zum Beispiel nicht entsprechend klar; ich trete von dem Kaufvertrag zurück. Und dann tut sich Jahre gar nichts mehr an dieser Stelle.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Und das blockiert alles, was wir für Mülheim Süd wollen. Ich glaube auch, dass die Chancen für den zweiten Teil - deswegen ist das natürlich wichtig, Herr Weisenstein, dass wir den zweiten Teil von NRW.URBAN entsprechend bekommen; und deswegen habe ich mich über die Ausführungen von Herrn Petelkau gar nicht so sehr gewundert, dass wir an den zweiten Teil auch entsprechend kommen - mit einem solchen Investor im Rücken wesentlich größer sind, als wenn wir es als Stadt Köln entsprechend versuchen.

Von daher setzen wir das als Änderungsantrag hier, um ein Zeichen zu setzen, nicht noch einmal das zu beschließen, was der Rat und der Stadtentwicklungsausschuss längst beschlossen hat, sondern ein Signal zu senden, dass wir einen Weg möglicherweise mit dem Investor gehen, um hier professioneller, schneller und günstiger für die öffentliche Hand einen Fortschritt in diesem wichtigen Quartier zu bekommen.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 73**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Von daher würde ich mich freuen, wenn Sie sich unserem Änderungsantrag anschließen. Weil das, was Sie heute beschließen, haben wir schon beschlossen, das brauchen wir nicht. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die FDP, Herr Wortmann, die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Ursprungsantrag auf. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, 3.1.21 haben wir behandelt, sodass wir jetzt in der Tagesordnung weitergehen.

Ich rufe gemäß § 4 der Geschäftsordnung die Anfragen auf.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Angriffe auf Kölner Ordnungskräfte nehmen zu – welche Gegenmaßnahmen hat die Stadt im Sinn?“
AN/0997/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 11.06.2021
1693/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Die Nachfragen werden schriftlich beantwortet. Ich bitte darum, diese einzureichen, wenn es sie gibt.

**4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Sachstand „Masterplan Quartiersgaragen“ „
AN/0985/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 22.06.2021
2294/2021**

Die Anfrage der FDP-Fraktion ist beantwortet. Die Antwort liegt vor, Nachfragen schriftlich.

**4.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Bürger*innenhaushalt wiederbeleben“
AN/1413/2021**

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2340/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „E-Scooter – ein R(h)einfall?“
AN/1461/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021
2377/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „E-Scooter im Rhein“
AN/1458/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021
2367/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.6 Anfrage der Volt betreffend „Konditionen für den preisgedämpften Wohnraum“
AN/1475/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021
2379/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.7 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Systemischer Hitzeaktionsplan für Köln“
AN/1473/2021**

Die kurzfristig eingegangene Anfrage kann erst zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

4.8 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt betreffend „Sachstand: Öffentliche Toiletten“

**AN/1478/2021
Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021
2376/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.9 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Arbeitszeitmodelle der Stadtverwaltung Köln nach Corona“
AN/1477/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021
2374/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.10 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Fördermittel für die Stadt Köln“
AN/1479/2021**

Hier ist leider keine geschäftsordnungsgemäße Anfrage eingereicht worden, Frau Gabrysch, sondern eine Vielzahl von Anfragen, die so nicht akzeptiert werden.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE] nickt.)

Das wissen Sie aber schon, gut. Danke schön.

**4.11 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten bei Anmeldungen von Versammlungen“
AN/1480/2021**

Das gleiche gilt für diesen TOP. - Damit hätten wir die Viererpunkte erledigt.

Dann sind wir bei Tagesordnungspunkt

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

Hier gibt es eine unmittelbare Ratsvorlage, meine Damen und Herren.

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**5.3.1 Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Klimawende Köln - 100 % Ökostrom bis 2030“
2242/2021**

Herr Zimmermann. - Nein, er möchte nicht sprechen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir sind bei Tagesordnungspunkt

6 Ortsrecht

Ich komme zu den Satzungen, meine Damen und Herren.

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)

0329/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**6.1.2 Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung an das Wohnraumstärkungsgesetz NRW
1658/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

**6.4.1 Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirates zur Umsetzung der Rahmenplanung
1745/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie BV 4 Anlage 3, BV 3 Anlage 4, StEA Anlage 5. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zur haushaltsrechtlichen Unterrichtung des Rates.

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

**7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21
2029/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist eine Kenntnisnahme.

7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten-erhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist eine Kenntnisnahme.

**7.2.1 Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
1531/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Auch das ist eine Kenntnisnahme.

7.2.2 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen 2173/2021

Gibt es dazu Wortmeldung? - Keine. Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Ich bin bei den überplanmäßigen Aufwendungen.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0108 und Teilergebnisplan 0903 0977/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

8.2 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2020 1298/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu den allgemeinen Vorlagen, meine Damen und Herren.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Bedarfsfeststellung für die Landtagswahl 2022 0372/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit WLAN 1105/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.3 Umsetzung Einzelhandels und Zentrenkonzept Hier: Zentrenbudget - Erhöhung des Budgetrahmens 2021 1166/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.4 Finanzielle Entschädigung für die Tätigkeit in Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungsgesellschaften 0276/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.5 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser über § 16i SGB II – Erweiterung der Maßnahme 3694/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

10.6 Mehrgenerationen Haus Lindweiler 2021 0733/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

10.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Jahresabschluss 2020 1828/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Uns hat sich bei diesem Tagesordnungspunkt die Frage gestellt: Wir haben es ja mit dem Jahresabschluss der StEB zu tun. Der weist einen Gewinn von rund 25 Millionen Euro aus. Wenn ich das richtig sehe, dann ist das konstitutive Element von Gebühren, dass es dem Kostendeckungsprinzip folgt. Das heißt, die Kosten sollen und werden gedeckt durch die Gebühren der Bürger, aber es ist keine Gewinnerzielungsabsicht vorgesehen.

25 Millionen finde ich, ist ein Betrag, bei dem man schon einmal die Frage stellen könnte und sollte: Gehört dieses Geld nicht zurückerstattet an die Gebührenzahler, also an die Haushalte mit Entwässerungsanschluss?

Das sind immerhin - wenn man jetzt einmal die 560.000 Haushalte nimmt - in Köln rund 45 Euro pro Haushalt. Also unsere Frage ist: Wieso wird hier nicht entweder die Abwassergebühr gesenkt oder das Geld sogar über eine Rückzahlung den Bürgern wieder zugemessen? - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Frage würden wir gern schriftlich beantworten, Herr Boyens. Sie wird Ihnen zugehen.

Weitere Wortmeldungen zu 10.7? - Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.8 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Anpassung des Medienetats der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln für das Jahr 2021
1877/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.9 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Besucherstrukturanalyse für den Museumsstandort im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung (KEP)
1900/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.10 entfällt, ebenso 10.11.

**10.12 Weiterführung der Programme zur digitalen Bildung – MINTkölfn Festival der Stadtbibliothek
0559/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.13 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung, hier: Umgestaltung der Stadtteilbibliothek Nippes im Rahmen der Neueinrichtung/Sanierung von Stadtteilbibliotheken
1757/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.14 Bestellung des Geschäftsführenden Direktors Stefan Englert zum Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters
1676/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.15 entfällt.

**10.16 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum hier: 2. Ausbaustufe
0309/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 1, AVR Anlage 2 und StEA Anlage 3. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.17 Fahrplanwechsel 2021 - Überarbeitung des Busnetzes im Kölner Westen
0540/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 3, Finanzausschuss Anlage 4. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.18 Fahrplanwechsel 2021 - Anbindung der Ausweichquartiere des Bezirksrat-hauses Rodenkirchen
0680/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.19 Beschluss zur Erweiterung der P+R-Anlage an der Haltestelle Weiden West
0825/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 2, Finanzausschuss Anlage 4. Gegenstimmen? - Von Ratsgruppe GUT und KLIMA FREUNDE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.20 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz
3956/2019**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 4 mit dem Hinweis, dass der Passivhausstandard überall dort umgesetzt wird, wo es technisch noch möglich ist. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.21 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Beschaffung von 615 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
0928/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.22 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Beschaffung eines Mobilitäts Cockpits Köln – innovativ – integrativ – intelligent (MoCKiii) zum Aufbau eines verbesserten Verkehrsmanagements 1544/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

10.23 Kölner Lebenslagenbericht 0615/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mir nicht sicher, ob alle hier im Saal sich durch die 360 Seiten des Kölner Lebenslagenberichtes durchgekämpft haben. Klar ist, den Bericht kann man aus ganz unterschiedlicher Perspektive betrachten. Je nach Perspektive fällt das Fazit unterschiedlich aus. Aus Sicht der Sozialverbände ist der Bericht ein gefundenes Fressen. Aus Sicht eines Haushalts- und Finanzpolitikers ist der Bericht ein Albtraum. Aus Sicht eines Sozial- und Integrationspolitikers ist der Bericht eine Bankrotterklärung.

Gefundenes Fressen für die Sozialverbände? - Nun, der Lagebericht liefert die Begründung frei Haus für jede Menge weiterer Streetworker, Sozialbetreuer, Integrations- und Fortbildungskurse, und, und, und.

Er ist ein Albtraum für die Haushalts- und Finanzpolitik. Denn das alles will ja bezahlt werden. Wir wissen, ein UMA beispielsweise kostet die Stadt pro Monat 6.800 Euro. Wir haben ja vorhin gehört: 22 Prozent entweichen dann plötzlich. Corona hat große Löcher in die Kassen gerissen. Deshalb haben wir schlichtweg das Geld für diese Programme nicht.

Und es ist letztlich eine Bankrotterklärung für die Integrations- und Sozialpolitik. Wir müssen konstatieren: Wenn Sie diesen Sozialbericht, diesen Lebenslagenbericht gelesen haben, über die einzelnen Viertel, -

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Lesen Sie den!)

- Frau Heuser, dann kommen Sie zu dem Schluss, dass die Integration in ganz vielen Fällen in Köln gescheitert ist.

Der türkische Generalkonsul, der sich neulich vorgestellt hat - ich weiß nicht, wer das Interview mit ihm in der Zeitung gelesen hat - hat ein zentrales Problem ganz wichtig benannt. Er hat nämlich darauf hingewiesen, dass 37 Prozent der türkischstämmigen Menschen in Köln zwischen 20 und 34 Jahren keine Ausbildung haben, über keine Ausbildung verfügen.

Und noch einmal, das sind ja Menschen; gerade die Türken stehen uns ja kulturell noch deutlich näher als andere Zuwanderer und leben hier über viele Generationen, häufig in der zweiten und dritten Generation. Wenn in dieser Bevölkerungsgruppe 37 Prozent über keine Ausbildung verfügen, dann darf uns das nicht einfach kaltlassen.

(Beifall bei der AfD)

Nehmen Sie andere Problemgruppen. Noch einmal: Sie weigern sich, diese Dinge zur Kenntnis zu nehmen und sie wahrzunehmen.

Wir haben in einer der letzten Sitzungen über die 1065 Roma gesprochen, aus den Westbalkanstaaten, die ausreisepflichtig sind, jetzt mit einem Riesenaufwand zwangsintegriert werden sollen und sich in der Regel durch folgende Eigenschaften auszeichnen: Sie sind seit über acht Jahren in Deutschland; sie sprechen kein Deutsch; sie haben keinen Schulabschluss; Schulschwänzer, Analphabetismus, und so weiter.

Meine Damen und Herren, jeden Euro, den wir hier investieren, werden wir nicht wiedersehen. Was wir hier investieren, ist Scheitern mit Ansage. Jeder, der hier heute in Köln den Lebenslagenbericht formal zur Kenntnis nimmt, sollte wissen, worum es sich hierbei in Wirklichkeit handelt: Es ist eine Bankrotterklärung von 40 Jahren gescheiterter Einwanderungs- und Integrationspolitik!

Es ist zugleich ein finanzpolitischer Albtraum, ein Albtraum, der unseren Kindern und Kindeskindern als zukünftigen Steuerzahlern erhebliche Lasten aufbürdet. Nachhaltig ist das auf keinen Fall. Jedes Ratsmitglied, das diesen Bericht heute hier formal zur Kenntnis nimmt, sollte sich dessen gewahr sein. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Bauer-Dahm, Sie haben das Wort.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 78

(vom Redner ungelesene Fassung)

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen! Ich bitte darum, zu beschließen wie der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren, dass aber die Anregungen der BVen bitte als Input an die Verwaltung wahrgenommen und festgehalten werden. Selbiges gilt natürlich auch für etwaige Anregungen der Stadt-Arbeitsgemeinschaften und des Integrationsrats, dass eben nichts davon untergeht, aber beschließen bitte wie der ASSS. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der SPD das Wort dazu gewünscht? - Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Nein. Dann hat Herr Detjen jetzt das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren, ich hatte mich eigentlich nicht melden wollen zu dem Tagesordnungspunkt. Aber die Rede der AfD finde ich unerträglich. Das muss ich ganz klar sagen.

(Beifall)

Ich möchte mich ausdrücklich bedanken bei der Verwaltung, dass wir diesen Lebenslagenbericht bekommen haben. Es sind sehr viele Anregungen für die Sozialpolitik, die dort anstehen.

Wir müssen doch eines sagen: Wir sind in Köln in der Sozialpolitik gegenüber anderen Städten etwas weiter, und zwar im positiven Sinne, weil wir diese Sozialräume geschaffen haben. Das ist ein ganz klarer Weg, den wir weitergehen müssen. Der Lebenslagenbericht gibt viele Anhaltspunkte, wo wir noch verbessern können.

Das wird Geld kosten. Aber darüber werden wir uns hier unter den demokratischen Parteien unterhalten, wie wir das am besten machen. Da brauchen wir auch nicht die AfD, die immer so tut, als ob sie für die kleinen Leute ist, aber hier und heute gehetzt hat gegen arme Leute und deren Interessen nicht wahrnehmen will. Das, muss ich sagen, finde ich unerträglich.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, Sie sind jetzt schon zum Platz gegangen, aber Herr Boyens hatte noch eine Nachfrage. Lassen Sie diese zu?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nein!)

Stephan Boyens (AfD): Es ist keine Nachfrage, es ist eine Replik. Ich glaube, ich kann darauf antworten, Frau Oberbürgermeisterin.

(Zurufe: Nein! - Das gibt es nicht! - Es gibt keine zweite Runde hier!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke nicht, denn Sie haben eben gesprochen, und Ihre Redezeit war abgelaufen. Wenn Sie keine Nachfrage haben, können Sie Ihre Redezeit nicht verlängern. - Dann machen wir eine zweite Rederunde, okay. - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Herr Detjen, ein getroffener Hund bellt. Noch einmal: Wir haben hier nicht gehetzt, wir haben Tatsachen beschrieben. Wir haben unangenehme Wahrheiten ausgesprochen. Das sind Dinge, die uns allen zu denken geben müssen. Und noch einmal: Wenn Sie damit ein Problem haben und damit nicht umgehen können, ist das Ihre Sache.

Aber es kann uns nicht egal sein, wenn wir diese schweren sozialen Verwerfungen, dieses mangelnde Integrieren von gewissen Gruppen hier feststellen nach vielen Jahrzehnten. Das ist der Punkt. Daran müssen wir arbeiten. Darauf muss jemand hinweisen. Und das sind wir in diesem Haus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Boyens, wenn Sie sich da aus diesem Bericht nur etwas herauspicken, was Ihnen gerade in Ihr Konzept passt, dann können Sie das gerne so lesen. Wir lesen den ganz anders. Uns bringt der in der Sozialpolitik weiter - das zum Thema. Wir lassen uns von Ihnen nicht in so eine Hetzecke stecken.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Akude hat das Wort.

Dr. John Akude (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Sehr geehrte Zuschauer zu Hause!

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 79**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Ich habe heute zum zweiten oder dritten Mal immer wieder diese Tiraden der AfD auf Mitbürger und Mitbürgerinnen mit internationaler Familiengeschichte gehört. Es gefällt mir nicht so sehr, dass dieses Thema das erste Thema ist, das ich hier ansprechen sollte. Aber ich denke, es ist an die Zeit, dass ich etwas dazu sage.

Man schmeißt mit der Statistik herum, als wäre es eine gottgegebene Wahrheit. Es mag stimmen, dass 37 Prozent der Türken - zweite, dritte Generation, egal - keine Ausbildung haben. Aber die wichtigere soziale Frage ist: Warum?

(Beifall)

Und das ist das Problem. Das ist das Problem, dass viele von uns mit diesem Lebenslagenbericht haben, dass Dinge gesagt wurden, wie sie sind, ohne zu sagen, warum sie sind, wie sie sind. Und für uns als Entscheidungsträger ist dieses „Warum“ das Wichtigste, denn von dort aus kann man die politischen Maßnahmen ergreifen, um das zu bekämpfen.

Ich möchte noch hinzufügen: Integration mag gescheitert sein. Aber es ist nicht das Scheitern der zu Integrierenden. Es ist nicht das Scheitern der Leute, die hierhergekommen sind, sondern das Scheitern der Mehrheitsgesellschaft. Ihr habt versagt, Leute, die hierhingekommen sind, zu integrieren.

(Beifall)

Ich bin auch ein Flüchtling. Kein Mensch geht in eine Gesellschaft, ohne Bereitschaft, sich in diese Gesellschaft zu integrieren. Jeder, der irgendwann migriert ist - Weißer, Schwarzer, Grüner, Brauner, ist egal -, wenn du gezwungen bist, deine Heimat zu verlassen und irgendwohin zu gehen, um dort zu leben, bringst du enorme Bereitschaft mit, dich zu integrieren; sogar mehr Bereitschaft als die Leute, die dort geboren sind. Diese Dinge sind wissenschaftlich bewiesen. Ich sage es nur nicht hier, weil ich auch ein Migrant bin. Es ist ein Versagen der Mehrheitsgesellschaft.

Viele von uns sind hier, und wir wollen helfen, dass es mit diesem Versagen aufhört, so dass wir unseren Beitrag zu Deutschland leisten können. Wir mögen schwarz sein. Wir mögen irgendwoher kommen. Aber wer hier denkt, er würde Deutschland mehr lieben als einige von uns, der macht einen riesigen Fehler.

(Beifall)

Wir sind bereit, für dieses Land zu kämpfen, und wir sind bereit, für dieses Land zu sterben. Dieses Land hat manchen von uns Dinge gegeben, die unsere Geburtsländer nicht geben können. Deswegen lieben wir es, und deswegen respektieren wir es. Aber wir wollen auch teilhaben. Und wir wollen Chancen. Und wir werden niemanden enttäuschen, der uns diese Chancen gibt.

Also bitte, es ist besser, für Deutschland, für die ganze Welt, dass ihr diese Haltung ändert. Es ist eine Haltung, die ins Verderben führt. Das habt ihr irgendwann schon einmal versucht in der Vergangenheit. Und jeder weiß, wozu das geführt hat. - Danke.

(Anhaltender Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Wenn ich jetzt beschließen lasse wie Sozialausschuss, dann weise ich darauf hin, dass der Sozialausschuss oder der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren der Vorlage unverändert zugestimmt hat. Wir können das natürlich als Protokollnotiz aufnehmen, Herr Bauer-Dahm, was Sie uns noch an Anregungen mitgegeben haben. Einverstanden? - Gut.

Dann lass ich jetzt beschließen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist der Lebenslagenbericht so zur Kenntnis genommen. Vielen Dank.

Ich rufe auf:

**10.24 Wirtschaftsplan 2021 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
1243/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10.25 auf.

**10.25 Mehrkostenbeschluss Fachraumerneuerung für die Mikrobiologieräume Berufskolleg 16, Kartäuserwall 30, 50676 Köln
1297/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.26 Zuständigkeitsübertragung der Linie SB 60 für die Streckenabschnitte auf Kölner Gebiet auf die Stadt Bonn

1607/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.27 Baubeschluss für die Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße, Platz 1 (an der Schule)
1608/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie BV 7 Anlage 6 und Finanzausschuss Anlage 7. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.28 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung des Perlengrabens zwischen Blaubach und der Severinsbrücke im Stadtbezirk Innenstadt sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
1747/2020**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 8 und Finanzausschuss Anlage 9. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.29 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Zusestraße 47, 50859 in Köln-Lövenich zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
1692/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.30 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Aachener Str. 744-750 in Köln-Müngersdorf zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
1748/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.31 Baubeschluss Rettungswache Worringen
3039/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.32 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung von 10 Löschfahrzeugen Logistik (LF-L) aufgrund von Fahrzeugtypenänderungen (Fahrzeug-Soll/Ist-Vergleich) der Feuerwehr Köln
3254/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.33 Grünzug Chorweiler Nord - Wegebau
3065/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Umweltausschuss Anlage 6, Finanzausschuss Anlage 7. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

**10.34 Fortführung der Ausbildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern bei der Berufsfeuerwehr Köln
3628/2020**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.35 Radsportzentrum NRW
1559/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.36 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Sporthalle mit mindestens drei Sportübungseinheiten im Stadtbezirk Lindenthal
1894/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

**10.37 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtbezirk Ehrenfeld
1893/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

**10.38 Generalsanierung der Zentralbibliothek der Stadt Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln - Kostenfortschreibungsbeschluss
3520/2020**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/1486/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/1512/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Zunächst frage ich die Grünen, ob dazu das Wort gewünscht wird.
- Das ist nicht der Fall. Dann beginnt Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir entscheiden hier im Rat heute über die Komplettauslagerung der Zentralbibliothek während des anstehenden Umbaus. Für die SPD-Fraktion begrüße ich diese Entscheidung der Verwaltung und sage: endlich.

Von Anfang an - und das heißt, seit September 2012 - diskutieren wir im Rat, ob sich diese wichtige und sinnvolle Maßnahme durchführen lässt. Während des regulären Betriebs auf einer Baustelle eine solche Umbaumaßnahme durchzuführen, erscheint für jeden, der den regulären Betrieb einer solchen Stätte kennt, nicht sinnvoll und auch nicht zielführend.

Nun ist also klar, dass die Zentralbibliothek für ihr wichtiges Bildungsangebot ein Interimsstandort bekommen soll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie die Maske bitte anziehen? - Danke schön. Oder Sie kommen nach vorne zum Rednerpult.

Maria Helmis (SPD): Ich bleibe hier, danke.

Das begrüßen wir sehr. Was unsere Fraktion aber wirklich irritiert, ist der Umgang der Bauverwaltung mit unseren berechtigten Fragen zur Bauausführung und zu den Kostenangaben, die wir im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft gestellt haben. Zunächst einmal vielen Dank für die Beantwortung zur heutigen Sitzung. Wir haben sie seit gestern vorliegen, und unsere Baufachleute halten sie für unvollständig und intransparent.

So werden von uns auch die regelmäßigen Sachstandsberichte der Bauverwaltung wahrgenommen. Die Berichte lassen jeglichen Blick in die Zukunft vermissen. Ein Blick in die Anlagen zur Vorlage zeigt, dass es nicht nur uns verwehrt blieb, sich korrekt und umfassend mit den Aussagen der Bauverwaltung zu befassen, sondern dass es auch den Rechnungsprüfungsamt so geht. Das RPA bezweifelt sogar, dass die notwendigen Beschlüsse zur kompletten Änderung der Innenarchitektur ordnungsgemäß eingeholt wurden.

Kurzum: Wir möchten dem laufenden Betrieb und der Sanierung nicht im Wege stehen. Wir möchten deswegen den Änderungsantrag der Grünen auch hier begrüßen und ihm zustimmen. Wir möchten aber, dass unsere offenen Fragen noch weiter beantwortet werden und dass die Punkte 1 und 2 in die nächste Sitzung der Gebäudewirtschaft geschoben werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort dazu gewünscht? - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist natürlich schön, wenn der Gebäudewirtschaftsausschuss beteiligt wird, aber der Kulturausschuss sollte natürlich auch beteiligt werden, wenn es noch einmal zum Aufruf der Tagesordnungspunkte 1 und 2 kommt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann hat jetzt Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt heute diese Vorlage schieben, brauchen wir unseren Änderungsantrag nicht einzubringen und zu begründen, denn der bezieht sich auf die betreffenden Punkte, die heute vertagt werden.

Wir haben die gleiche positive Haltung wie die SPD zu einer Komplettauslagerung. Das ist ein Segen für die Zentralbibliothek und war vor Jahren nicht möglich. Jetzt gibt es die Möglichkeit dazu.

Ich muss auch sagen: Auch die Änderung bei der Innenarchitektur - das neue Architektenbüro von

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 82

(vom Redner ungelesene Fassung)

Aat Vos - halten wir für eine sehr gute Wahl. Die Bezirksbibliothek in Kalk hat gezeigt, was für eine tolle Bibliothek dabei entstehen kann. Ansonsten würden wir den Beratungsbedarf, der angemeldet ist, gewähren. Da würden wir den anderen Fraktionen halt zustimmen.

Wie gesagt, den Änderungsantrag halten wir aufrecht. Den bringen wir dann neu ein, wenn die Vorlage neu eingebracht wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich das SPD-Ansinnen richtig verstanden habe, geht es ja darum, heute den Punkt 3 der Vorlage auf jeden Fall zu beschließen. Dazu haben wir ja auch einen Änderungsantrag noch eingebracht, der noch einmal klarmacht, dass, wenn ein Interimsstandort entsprechend gefunden wurde, uns dieser auch zur Beschlussfassung noch einmal vorgelegt wird.

Meine Frage an die Fachverwaltung wäre jetzt noch: Verschlägt es etwas, wenn wir die Punkte 1 und 2 heute nicht beschließen im weiteren Prozedere? Denn wir sind der Auffassung, dass wir auf jeden Fall diesen eingeschlagenen Weg weitergehen sollten und jetzt nicht noch weitere Schleifen daran machen. Wenn Sie sagen, dass die Vertagung der Punkte 1 und 2 mit den anderen beiden Schleifen nichts verschlägt und wir nun den Punkt 3 beschließen würden, würden wir uns dem natürlich nicht verschließen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Direkt dazu der Baudezernent, bitte.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zum einen bin ich etwas überrascht, dass die Fragen nicht auskömmlich beantwortet worden sind. Wir hatten vorab auch noch Informationsveranstaltungen interfraktionell gehabt. Aber das muss ich so akzeptieren, respektieren. Deswegen werden wir das natürlich nacharbeiten.

Zum Zweiten: Natürlich verschlägt es genau drei Monate, weil wir damit die Ausschreibung genau drei Monate später rausbringen. Aber ich stelle anheim, dass wir das noch einmal nacharbeiten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der FDP-Fraktion das Wort gewünscht? - Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gab ja zu dieser Vorlage tatsächlich in den diversen Ausschüssen viele Fragen. Ich habe als Vorsitzende im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft auch einiges gefragt, weil: Die einen Kosten kommen dazu, da müssten eigentlich an anderer Stelle welche wegfallen. Auch der zeitliche Faktor müsste sich eigentlich noch einmal ändern.

Persönlich würde ich diese Vorlage nicht aufhalten wollen, denn der Baumarkt wird immer enger. Wir sind eigentlich hier in einem laufenden Projekt, was wir nicht aufhalten sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten uns aber auf die Fahne schreiben, dass wir das eng begleiten, dass wir vor allem die Kosten eng begleiten und auch die Zeiten, dass wir auch Nachbesserungen der Beantwortung noch wünschen.

Ferner finde ich den Änderungsantrag des Ratsbündnisses unterstützenswert. Ich hätte mir gewünscht, man hätte genauer formuliert, was die Verwaltung denn ausgeben soll, darf oder möge für einen Interim. Dann wäre das noch etwas spezifischer geworden. Denn in der Information haben wir ja erfahren, dass es maximal zu gleichen Preisen, wie im Grunde jetzt die Mieten sind, angemietet werden soll. Das wäre ganz schön gewesen.

Den Änderungsantrag der LINKEN halte ich für eine schöne Idee, das Projekt sofort zu beerdigen. Deswegen würden wir den auf jeden Fall ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik, Sie haben das Wort.

Christian Achtelik (Vlt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer, falls Sie noch zuschauen! Vielen Dank, dass unser Änderungsantrag hier auf Zustimmung stößt. Uns ist besonders wichtig, Transparenz in das Verfahren zu bekom-

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 83

(vom Redner ungelesene Fassung)

men. Deswegen ist es wichtig, dass auch die Kosten für eine Interimslösung dann noch einmal vorgelegt werden.

Aber auch wir sehen den Punkt, der gerade von der Kollegin der FDP noch gemacht worden ist, dass es jetzt keinen großen Wert hat, das noch weiter aufzuhalten. Uns ist wichtig, dass die Interimslösung gefunden wird, dass der Bibliotheksbetrieb weiter aufrechterhalten werden kann, ohne Störung im Bau.

Dementsprechend würden wir auch vorschlagen, dass der Punkt 3 mit unseren Änderungen beschlossen wird und die anderen Punkte dann ebenso heute zur Beschlussfassung kommen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann gebe ich einmal wieder, was ich verstanden habe: Die SPD hat einen Verweisungsantrag der Ziffern 1 und 2 in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft gestellt.

(Christian Joisten [SPD]: In den Sitzungslauf noch einmal!)

Sagen Sie das bitte noch einmal, Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Wir nehmen den Vorschlag natürlich an. Der Kulturausschuss ist genauso wichtig, deshalb würden wir Vorlage Gebäudewirtschaft und Kulturausschuss mit aufnehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir die Sitzung für fünf Minuten unterbrechen, damit wir uns alle einmal sortieren und einen gemeinsamen Verfahrensvorschlag machen können. Denn es bringt jetzt nichts, die verschiedenen Sachen gegeneinander abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das wäre gut. Vielen Dank. Fünf Minuten heißt, wir sehen und hören uns um 21.50 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 21.45 bis 21.50 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Was darf ich denn als Ergebnis der Beratungen entgegennehmen, Herr Hammer?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir den Punkt 3 heute in der geänderten Fassung durch unseren Änderungsantrag abstimmen sowie die Punkte 1 und 2 in den Hauptausschuss vertagen, damit wir sie dort final auch beschließen können, wenn bis dahin alle Fragen beantwortet wurden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, dann ist der Vorteil, dass wir nicht so viel Zeit verlieren. Dann darf ich davon ausgehen, dass ich das so abstimmen lassen kann. Herr Joisten, darf ich davon ausgehen, dass ich das so abstimmen lassen kann? - Okay. Dann stimme ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag ab. - Jetzt besteht hier Verwirrung, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, entschuldigen Sie, dass ich Verwirrung gestiftet habe. Ich würde gern darum bitten, dass wir den Änderungsantrag von CDU, Grüne und Volt jetzt abstimmen. Dann wird höchstwahrscheinlich der Punkt 3 geändert werden; das entnehme ich den Gesprächen gerade eben.

Diesen dann geänderten Punkt 3 würden wir dann auch gerne heute in dieser Sitzung beschließen, damit da weitergemacht werden kann. Darüber gibt es keine weiteren Fragen und auch Konsens. Die Punkte 1 und 2 der Vorlage gehen dann allerdings zur Beschlussfassung in den Hauptausschuss geben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt haben wir es. Ja, okay, dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse jetzt über Ziffer 3 der Ursprungsvorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das beschlossen.

Wir beraten Ziffer 1 und 2 im Hauptausschuss am 19. Juli. - Wir beschließen über Ziffer 1 und 2. Okay, vielen Dank.

Dann lasse ich auch das noch einmal abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir sind bei Tagesordnungspunkt

**10.39 Umsetzung Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) 2021-2023
1947/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.40 Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden - Bedarfsfeststellungsbeschluss mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
1218/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.41 Drogenhilfeangebote am Neumarkt
1154/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ich habe nur eine Frage: Es wundert mich schon, dass bis jetzt immer bei allem, was mit dem Thema Drogenkonsumraum zu tun hatte, z.B. Drogenhilfeangebote, der Sozialausschuss mit beteiligt war, in dieser Runde aber überhaupt nicht. Soll das in Zukunft weiterhin so sein, oder ist es einfach ein Fehler? Es würde mich freuen, wenn das ein Fehler ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau?

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Ich bin nicht sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe. Die Beteiligung des Sozialausschusses: Hintergrund ist

natürlich, dass drogenabhängige Menschen häufig auch ein soziales Thema haben. Von daher leuchtet mir schon ein, dass das Sozialausschuss auch ein Interesse dran hat, an der Weiterentwicklung unserer Drogenkonzepte beteiligt zu sein, informiert zu sein.

Katja Hoyer (FDP): Das war bisher ja auch immer so, nur dieses Mal nicht.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Entschuldigung, dann werde ich dafür sorgen, dass es in den Sozialausschuss kommt, ganz klar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber ich gehe davon aus, dass es im Gesundheitsausschuss war. Der hat nämlich einstimmig zugestimmt. - Okay, in Zukunft wieder beides.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 10.41? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**10.42 Entwurf zum Haushalt 2022 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW
1763/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/1497/2021**

Wünschen die Grünen das Wort? - Wünscht die SPD-Fraktion das Wort? - Wünscht die CDU-Fraktion das Wort? - Dann, Frau Tokyürek, bekommen Sie gerne das Wort von mir.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache das hier vom Platz aus. Wir haben diesen bescheidenen Änderungsantrag eingebracht, weil die Vorlage mal wieder die - wenn auch relativ geringe - Inflationsrate nicht berücksichtigt. Es geht hierbei um eine Gesamtsumme von nicht einmal 65.000 Euro.

Wenn man sich die anderen Vorlagen der heutigen Sitzung anschaut, wirkt das nicht nur bescheiden, sondern fast lächerlich. Das liegt aber auch daran, dass die Haushaltsmittel, die wir den Bezirken zu freien Verfügung stellen, im Vergleich

7. Sitzung vom 24. Juni 2021**Seite 85**

(vom Redner ungelesene Fassung)

zum Gesamthaushalt verschwindend gering sind. Hinter vorgehaltener Hand wird sogar von „Spielgeld“ geredet.

Aber das, was uns im Vergleich so gering vor kommt, das sind Zuschüsse in Höhe von wenigen hundert Euro für engagierte Menschen in den Vereinen. Das ist Geld für Bürger, Sport und Schützenvereine, für freiwillige Feuerwehren und teilweise sogar für städtische Kitas und Schulen, weil sie mehr machen, als sie gesetzlich müssen. Eigentlich müsste hier sogar eine noch stärkere Erhöhung stattfinden, aber das berechnen wir für unseren Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf.

Hier und heute geht es uns lediglich um den Inflationsausgleich. Wenn es diesen nicht gibt, haben wir de facto eine Kürzung. Das wäre gerade jetzt, während der Pandemie, ein fatales Zeichen. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Ich möchte bloß noch mitteilen, dass sich ein Fehlerleufel eingeschlichen hat: Im Beschluss ist noch der alte Betrag aus der Ursprungsvorlage drin; es müsste 1.492.000 sein. Das ist uns einfach erst später aufgefallen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen, zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag nicht beschlossen worden.

Ich lasse die Ursprungsvorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10.44 auf,

**10.44 Häfen und Güterverkehr Köln AG: Satzungsänderung
2158/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.46 Filmforum NRW im Museum Ludwig - Satzungsänderung
0788/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.47 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr
2019/2020 des Gürzenich-Orchesters
Köln
1285/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.48 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII -
Änderungen nach dem neuen Kinder-
bildungsgesetz (KiBiz NRW)
0502/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Kessing.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, nur eine Klarstellung: Wir haben zu dieser Vorlage ja noch nicht beschlossen. Es sind teilweise Alternativen in dieser Beschlussvorlage vorgesehen. Ich würde aber gern noch einmal klarstellen, dass wir dem Vorschlag der Verwaltung folgen wollen und den jeweils weitergehenden Beschlüssen folgen wollen, die ein Mehr an Qualität und ein Mehr an Leistung zusichern. Nur damit klar ist, worüber wir heute hier abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das ist so. - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas zu der Alternative zu Punkt 6 sagen. Wir möchten beantragen, dass bei Punkt 6, Qualifizierung, nach Alternative 1 abgestimmt wird. Es geht da um die Fortbildung und die Kosten, die Tagespflegepersonen tragen müssen nach der Ausgangsvorlage.

Wir denken, dass es angemessen ist, dass die Stadt die vollständigen Fortbildungskosten für Tagespflegepersonen übernimmt. Die Bezahlung in diesem Bereich ist nicht so hoch; und wir denken, dass es angemessen wäre, dass die Stadt diese Fortbildungskosten mitträgt.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, war das jetzt ein Änderungsantrag?

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Seite 86

(vom Redner ungelesene Fassung)

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Wir beantragen, bei Punkt 6 nach Alternative 1 abzustimmen. - Das müsste, glaube ich, dann separat abgestimmt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Vot): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich muss ehrlich sagen, dass diese Vorlage mich sehr verwirrt hat, ich sie mehrfach durchgelesen habe und jetzt auch erneut verwirrt bin.

Denn: 1, 5 und 6 haben Alternativen, und jeweils die erste ist die weitgehendste. Und so, wie ich das gerade von Frau Kessing verstanden habe, soll auch darüber abgestimmt werden. Dann müsste die 6 nicht abgestimmt werden.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Immer der Hauptvorschlag der Verwaltung!)

Es ist aber leider so, dass auch der Hauptvorschlag der Verwaltung bei diesem einen Punkt „Alternative“ heißt. Das ist leider nicht bei allen Punkten gleich beschrieben. Deshalb hat es bei mir tatsächlich für Verwirrung gesorgt. Deshalb noch einmal die Frage, ob wir immer nach Verwaltungsvorschlag abstimmen können. Das wäre dann entweder der Beschlusstext und/oder die erste Alternative. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, dass das so ist. Herr Voigtsberger? - Herr Voigtsberger, würden Sie bitte Ihr Mikrofon anschalten und uns alle teilhaben lassen.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr gern. - Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag der Verwaltung ist immer der Beschlussvorschlag. Und bei den Positionen 1, 5 und 6 gibt es noch Alternativen, über die natürlich ebenfalls abgestimmt werden kann, sofern Sie das wünschen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann wären wir, Herr Kockerbeck, mit Ihrem Vorschlag, bei Punkt 6 nach Alternative 1 abzustimmen, noch klarer. - Genau. Wir werden dann so abstimmen,

würde ich sagen. - Frau Ruffen vorher noch einmal.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich wundere mich ein bisschen, weil ich Ihnen extra eben einen Zettel zugesteckt habe, dass ich hier noch reden möchte.

Ich finde, diese Vorlage, lieber Herr Voigtsberger, ist ein Beispiel dafür, dass wir im Rat manchmal auch eine einfache Sprache brauchen. Ich glaube, die Rückfragen waren zahlreich. In den Ausschüssen wurde er verwiesen, weil wir alle nicht so richtig klarkamen und gar nicht wussten, was wir damit machen sollten.

Mir wäre es wichtig an dieser Stelle, dass wir die Tagespflege noch einmal deutlicher mitnehmen, dass wir die Tagespflege stärken. Da gebe ich Herrn Kockerbeck sogar recht. Die haben in der Pandemie am wenigsten Unterstützung bekommen. Sie leisten vieles: Denn sie gewährleisten einmal die Kinderbetreuung, die wir durch mangelnde Kitaplätze nicht gewährleisten können, und sie gewährleisten eine Wahlfreiheit für Eltern.

Deswegen möchten wir auch zugunsten der Kindertagespflege abstimmen. Das ist zum Beispiel im Punkt 1 nicht die Alternative. In Punkt 6 ist es die Alternative. Da wären wir dann so dabei.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Voigtsberger hat noch einmal das Wort.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ruffen! Es ist richtig, dass die Vorlage nicht im Jugendhilfeausschuss beraten wurde, weil sie zu kurzfristig eingegangen ist. Ich hatte allerdings im Jugendhilfeausschuss bereits allen Fraktionen das Angebot gemacht, Fragen im Vorfeld einzureichen. Von diesem Vorschlag haben auch einige Fraktionen Gebrauch gemacht.

Wir sind auch gestern noch auf die FDP-Fraktion in dem Zusammenhang zugegangen, und uns wurde mitgeteilt, dass man nach der Fraktionssitzung dann gegebenenfalls auch noch mit Fragen auf uns zukommen wird. Das ist nicht geschehen.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir im Rahmen der Beteiligung auch eine Expertenrunde für Tages-

pflege ins Leben gerufen haben - dazu gibt es einen Ratsbeschluss -, die sich ebenfalls im Rahmen dieser Vorlage geäußert hat. In Anlage 3, glaube ich, können Sie dort auch die Stellungnahme sehen.

Insgesamt ist die gesamte Tagespflege grundsätzlich sehr zufrieden mit dieser Vorlage. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen. Und die Vorschläge seitens der Verwaltung finden sie, wie gesagt, immer ganz oben. Zu den anderen - 1, 5 und 6 - gibt es Alternativen, wo man jetzt letztendlich auch über 6, über den Alternativvorschlag abstimmen könnte. Und für den Rest ist ja dann, denke ich, Klarheit geschaffen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, dann lasse ich jetzt abstimmen. Als erstes über den Änderungsantrag der LINKEN, nämlich bei Punkt 6 Alternative 1 anzunehmen. Als zweites lasse ich die Ursprungsvorlage abstimmen; das, was eben erläutert wurde, dass klargestellt wurde: Wir stimmen über den Beschlussvorschlag ab, wenn nicht der Änderungsantrag zu Punkt 6 Erfolg hat. Dann lasse ich das jetzt abstimmen.

Zunächst zum Änderungsantrag der LINKEN: Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE und Volt.

Ich lasse noch einmal abstimmen: DIE LINKE und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das leider nicht so beschlossen.

Wir kommen zur Ursprungsvorlage, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Gibt es da Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

Zu 10.49 wurde soeben Beratungsbedarf deutlich gemacht.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

10.50 Bedarfsfeststellungsbeschluss für eine kommunikative Begleitung der Strategie Klimaneutrales Köln: Entwicklung und Umsetzung einer Kommunikations- und Partizipationsstrategie 1953/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/1515/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen: zunächst über

den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt, dann über die Vorlage.

Zur Abstimmung des Änderungsantrages: Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD- und der AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag so beschlossen.

Dann lasse ich über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage in der ergänzten Fassung beschlossen.

10.51 haben wir gemacht.

Dann bin ich bei Tagesordnungspunkt

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf mit der Nummer 74490/07 Arbeitstitel: Wasserwerkstraße in Köln Dellbrück sowie Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses mit dem Arbeitstitel - Heidestraße 1675/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

12.2 Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73490/06; - Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -; Arbeitstitel: August - Strindberg Straße, Teilaufhebung in Köln - Holweide 1644/2021

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu den Veränderungssperren unter Tagesordnungspunkt

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch 1080/2021

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt /

**Nord Arbeitstitel: „Westlich unter Goldschmied (Laurenz Carré)“
1348/2021**

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir sind bei Tagesordnungspunkt

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

**16.1 276. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0784/2021**

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Die PARTEI. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu den Gremienbesetzungen.

17 Gremienbesetzungen

**17.1 Bestellung eines sachkundigen Einwohners und seines Vertreters in den Wirtschaftsausschuss
1259/2021**

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.2 Neubestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Köln
1671/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.3 Neubestellung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Soziales und Senioren
1678/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2025/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.5 Entsendung sachkundiger Einwohner*innen in vier zusätzliche Ausschüsse auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln
1673/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.6 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Unterausschuss Wohnen“
AN/1353/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17: Neubesetzung sachkundige Einwohner*innen“
AN/1466/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.8 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Unterausschuss Wohnen“
AN/1487/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.9 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung der sachkundigen Einwohnerin der Volt-Fraktion für den Verkehrsausschuss“
AN/1489/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

17.10 ist zurückgezogen.

**17.11 Umbesetzung von Gremien
AN/1511/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zur Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**18.1 Projekt „Arbeitsorientierte Grundbildung(sberatung) in Köln“
1891/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Damit wären wir am Ende des öffentlichen Teils angelangt. Bevor wir die Nichtöffentlichkeit herstellen, habe ich Ihnen mitzuteilen, dass eine Brille mit braunroten Bügeln gefunden wurde. Wer immer sie vermisst: Sie liegt auf der Theke im Foyer. Ich würde Sie bitten, diese dort abzuholen.

Es wird dann die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

(Schluss: 22.13 Uhr)